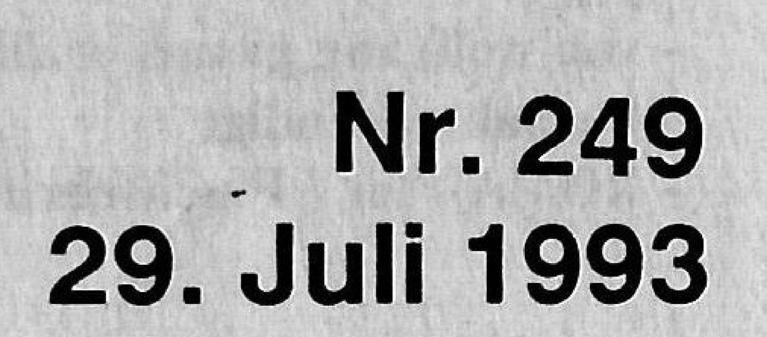
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

EXCLUSIV: Enver Hodscha Geouted



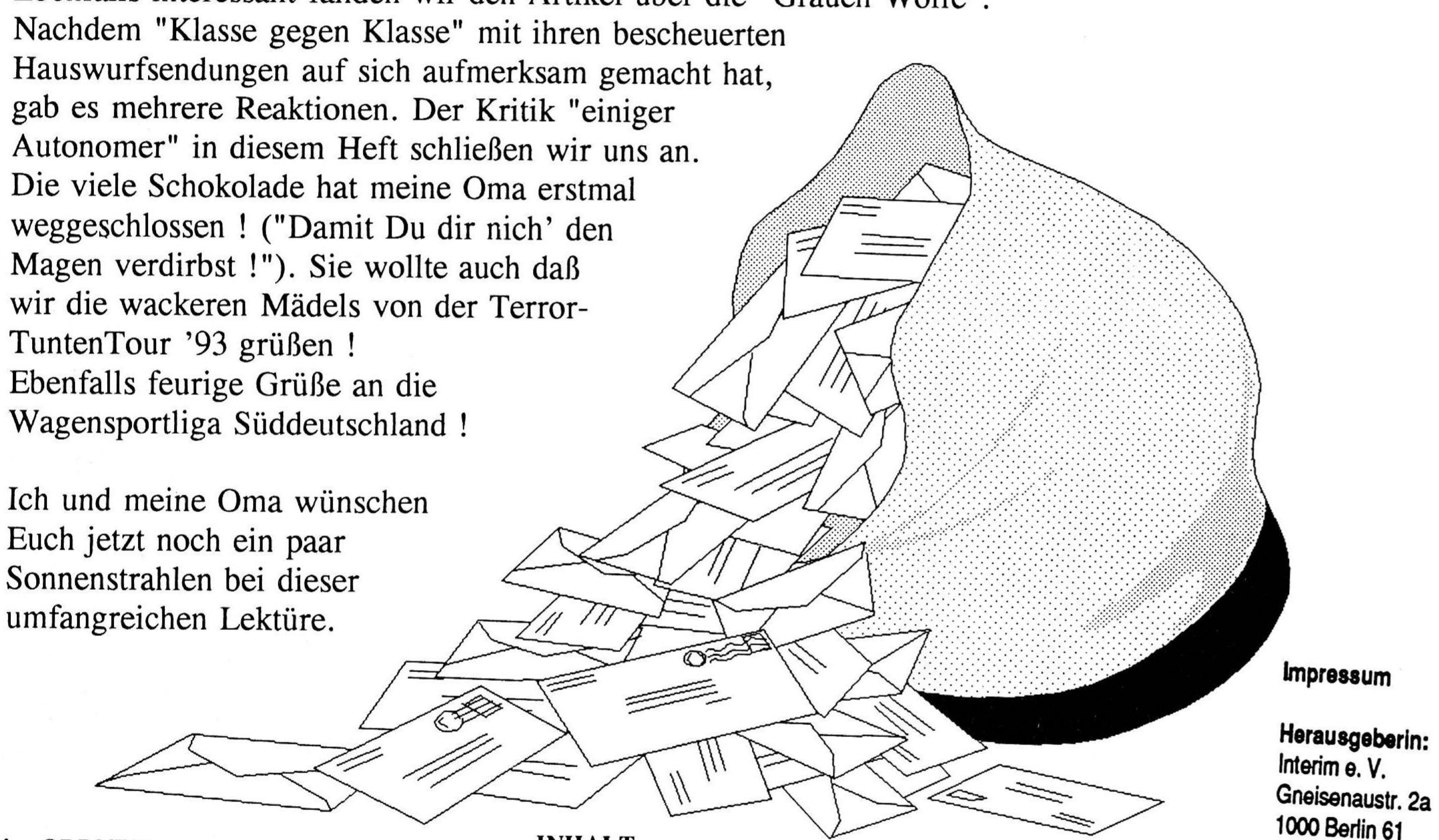
Nr. 249
29. Juli 1993

Vorwort

Hallöchen Allerseits !

Wie auf dem Titelbild unschwer zu erkennen haben ich und meine Oma (Sie ist gerade im Wasser), wiedermal trotz Sonnenschein unsere kostbare Urlaubszeit geopfert um Eure zahlreichen Zuschriften, viele davon zum Mord an Wolfgang und zur RAF, zu sichten. Da wir jedoch nicht alles abgedruckt haben, verweisen wir auf andere Publikationen wie das Angehörigen Info. Weiterhin finden wir es schade, daß kaum etwas zum Bundeswehreinsatz in Somalia praktisch gelaufen ist. Zu der Aktion der Zivildienstleistenden am Breiti ("Nackte Tatsachen") hat uns leider auch kein Artikel erreicht.
Zum 15.August stehen wieder Antifa-Gegenaktionen zum Rudolf-Hess-Faschoaufmarsch an. Wir hoffen, daß die Kritik der letzten Jahre (ritualisiertes, mackriges Auftreten vieler Männer, Alkprobleme etc.) aufgenommen wurde und in der Vorbereitung stärker thematisiert wird. Trotz alledem finden wir es wichtig, weiterhin diesen größten Faschoaufmarsch in der BRD anzugreifen.
Gefreut hat uns auch der Artikel aus der "randschau" - Zeitschrift für Behindertenpolitik -.
P.S.: das ganze Heft "die randschau" Nr.1 Thema Rassismus/Biologismus ist sehr empfehlenswert !
Ebenfalls interessant fanden wir den Artikel über die "Grauen Wölfe".
Nachdem "Klasse gegen Klasse" mit ihren bescheuerten Hauswurfsendungen auf sich aufmerksam gemacht hat, gab es mehrere Reaktionen. Der Kritik "einiger Autonomer" in diesem Heft schließen wir uns an.
Die viele Schokolade hat meine Oma erstmal weggeschlossen ! ("Damit Du dir nich' den Magen verdirbst !"). Sie wollte auch daß wir die wackeren Mädels von der Terror-TuntenTour '93 grüßen !
Ebenfalls feurige Grüße an die Wagensportliga Süddeutschland !

Ich und meine Oma wünschen Euch jetzt noch ein paar Sonnenstrahlen bei dieser umfangreichen Lektüre.



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

im ORDNER :
- inflation des rassismus
- spekulanten klatsch
- betr. zegg
- die imperialistische tageso.
- brauner gürtel
- raf-trauer um grams
- faschos in hh
- kastanie 85
- hausb. potsdam presse
- brief von klaus s.
- solidarität mit cuba
- faschos in solingen
- helft bischofferode
- terrorgruppe gsg-9
- warnung jre
- rara - von de vries
- faschos in jülich
- jugoslawien
- von wolfgang grams erzählen
- baobab gekündigt
- ROMA-Ffm / Fluchschrift

INHALT
3 Volxsport
6 Kritik an "Klasse gegen Klasse"
7 Die Kettenhunde des Kapitals
10 Besetzungen
12 Spekulantenklatsch II
12 Widerstand gegen Militäry
13 Die Schwulen & die Linken
14 Gegen den sozialen Angriff ...
16 Gewalt gegen Behinderte
18 KrüppelInnenland ist nirgendwo
21 E I L T: Bleiberecht durchsetzen
22 Wunnsiedel '93
24 Die Pappnasen
25 Antifas in U-Haft
26 Vorläufige Einschätzung zu Wolfgang & Birgit
27 Kalte Welt und bleierne Zeit
28 Brief von Birgit Hogefeld
30 Kommuniqué der RARA
32 Abschied von "autonomer" Ästhetik
33 Tomme Hus gir trobbel
34 Termine

Erklärung und Angriff gegen die reaktionär frauenfeindliche und z.T. faschistische Ideologie der LebensschützerInnen-Organisation

Organisierte AbtreibungsgegnerInnen, die sich selbst "Lebensschützer" nennen, wollen die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche durch eine Verschärfung des Strafrechts, Kontrollmaßnahmen und ein moralisch gewendetes Klima drastisch reduzieren und wenden sich gelegentlich sogar gegen Verhütungsmittel. In ihrer Argumentation tauchen häufg bevölkerungspolitische, rassistische und nationalistische Motive auf und ihr Frauenbild ist geprägt von Haß auf alle emanzipatorischen Bestrebungen.
Die Abtreibungsfrage ist offensichtlich ähnlich wie die AusländerInnen- und Asylpolitik besonders geeignet für rechte Propaganda, weil hier jede und jeder sich betroffen fühlen kann, ein simples und griffiges Feindbild (Die Abtreiberin) zur Verfügung steht und exemplarisch an einem Tehma mit allen als Bedrohung empfundenen Tendenzen der Frauenemanzipation und sexuellen Libertinage radikal aufgeräumt werden kann.
Insofern ist es kein Zufall, daß Hetze gegen hohe Geburtenziffern bei Ausländerinnen und Empörung über Schwangerschaftsabbrüche bei deutschen Frauen einträchtig beieinanderstehen; teilweise lassen sich in Publikationen der "Lebensschützer" explizit rechtskonservative bis rechtsradikale Strickmuster finden. Oder sie stehen in personeller oder organisatorischer Verbindung mit solchen Verbindungen.
Abtreibungsgegner verfügen über ein bedeutsames Netz an Kontakten in Kirchen, Parteien und Regierung. MIt zahlreichen aktiven Mitgliedern sind sie in wichtigen öffentlichen Ämtern und Funktionen wie an Gerichten und UNiversitäten, in Synoden und Parteigremien vertreten.
Die Hauptargumente/-forderungen der "Lebensschützer" sind:
- Beendigung der gegenwärtigen Abtreibungspraxis
- Bestrafung von Abtreibung "gesunder" Kinder als Totschlag
- Die Angst vor dem Aussterben der Deutschen und ihrer Kultur durch Rassenvermischung.

Die politische Zielsetzung der LebensschützerInnen hat ein lebens verachtende und lebensfeindliche Praxis zur Folge: Demütigung, Verfolgung und Kriminalisierung von Frauen, Zwangsgeburten und die daraus resultierenden psychischen Folgen bei Frauen wie Kindern, Re-Etablierung und Verfestigung einer reaktionären und verklemmten Sexualmoral mit allen Leiden, das damit verbunden ist.
Wir sprechen den selbsternannten Lebensschützern jede moralische Legitimation ab, den Lebensbegriff für sich zu reklamieren. Damit richten wir uns nicht gegen diejenigen Frauen, die für sich selbst eine Abtreibung ablehnen. Gerade weil wir für die Entscheidungsfreiheit von uns Frauen eintreten, halten wir es für wichtig, die Vielfalt möglicher Erwägungen und Anschauungen, die immir aus konkreten Lebenssituationen entstehen, zu akzeptieren. Entschieden wenden wir uns aber gegen die falsche Moral organisierter AbtreibungsgegnerInnen die ihre eigene Auffassung allen Frauen aufoktryieren wollen und dabei skrupellos mit den Mitteln der Difamierung, Einschüchterung und Verurteilung arbeiten.

UNS STINKT ES SCHON LANGE; JETZT STINKT ES EUCH !!!!!!!!!
Am Fr, 18.6.1993 haben wir die Veranstaltung "Bevölkerungsexplosion" mit dem reaktionären Referenten Herbert Rösler,Lebensschützer-CDL, mit Zuhilfe von Buttersäure angegriffen, um seinen stinkenden Inhalt zu werten.
In der Nacht zum 19.6. haben wir die Organisation "DVCK" mit Parolen besprüht und mit Buttersäure bereichert.
In der Nacht zum 20.6. haben wir den 'Caritasverband f. d. Diözese Limburg - Ffm' angegriffen mit der Parole:"Vorsicht Frauenfeinde", den gläsernen Eingangsbereich zerschlagen und eine Duftnote hinterlassen

25.7.93 Wagensportliga : Neue Saison hat begonnen !

Auch wir haben auf die Saisoneröffnung durch befreundete Gruppen reagiert und unsererseits ins Spielgeschehen eingegriffen. Aufgrund der Spielplangestaltung mußten wir unser erstes Match auswärts (Seitenstraße des Treptower Parkes) austragen. Als Gegner wurde uns ein BMW der 7er Reihe zugedacht. Nach kurzer Sondierung des Terrains begannen wir den Gegner einzukreisen und mit Hilfe von zwei auf den Vorderreifen abgelegten Pattex-Dosen und dem konventionellen Benzin-Öl-Gemisch einen flammenden Erfolg davonzutragen. Wir legen Wert darauf, daß die Pattex-Hilfsmittel vom Schiedsgericht für die neue Saison zugelassen sind und weder auf der Dopingliste stehen noch als unerlaubte Hilfen zu begreifen sind.
Neben dem Spielbericht veröffentlichen wir noch eine Kritik, die uns am Herzen liegt:

Von 9mm-, Dach- und anderen Geschossen

Erster Angriffspunkt müssen immer diejenigen sein, die klar und eindeutig auf seiten der herrschenden Klasse stehen, bzw. diejenigen, die herrschende Klasse sind. Dies muß ohne wenn und aber deutlich sein. Durch die Eindeutigkeit der Aktion, bzw. des Angriffsziels, fällt es dem Gegner auch entsprechend schwer, politisch gegen uns vorzugehen. Jede Zweideutigkeit an diesem Punkt spielt den Herrschenden in die Hände und macht es einfach, militante Aktionen zu denunzieren nach dem Motto, es hätte jeden treffen können. Ein paar unserer vorrangigsten Gegner sind daher die Bonzen, die sich superteure Autos leisten können, welche auf keinen Fall durch Aufwendung eigener Arbeitskraft, sondern durch Ausbeutung anderer erworben worden sind.
Wir haben daher eine deutliche Kritik an der Politik von "Klasse gegen Klasse". Ihr fackelt u.a. Mittelklasseautos ab, erklärt DachgeschoßbewohnerInnen ohne jegliche Differenzierung zu Schweinen und erklärt den kreuzberger und neuköllner Kiez zur "Todeszone für Yuppies".
Wir haben den Eindruck, daß für euch die sog. Mittelklasse (die nicht unbedingt Mittelklasseautos fährt) für euch den Feind Nr. 1 darstellt. Mittelklasse ist für euch jemand, der/die SozialarbeiterIn/LehrerIn, KünstlerIn oder sowas in der Richtung ist, und politisch der AL nahesteht. Ihr vermutet, daß diese Leute einen Haufen Geld haben und aufgrund ihres Lebensstils "böse" sind. Wir haben auch an vielen VertreterInnen dieser Gruppe heftige Kritik, würden sie aber nie über einen Kamm scheren. Was ihr in eurer "Analyse" im übrigen völlig außer acht laßt, ist die Tatsache, daß die von euch so beschworene "Klasse" teilweise ökonomisch besser dasteht als irgendwelche SozialklempnerInnen in diversen Projekten. der Facharbeiter bei Daimler-Benz oder Siemens hat auf seinem Lohnstreifen mit Sicherheit jeden Monat mehr draufstehen, als Leute in senatsgeförderten Projekten. deshalb ist der Facharbeiter nicht zwangsläufig schlechter oder besser drauf als einE SozialarbeiterIn. diese Menschen der sog. Mittelklasse (wo wir auch den Facharbeiter zupacken) sitzen nicht direkt an den Schalthebeln der Macht und sie beeinflussen mit ihrem mittelmäßigen Geld und ihrem mittelmäßigen leben eben auch den Kiez nur mittelmäßig. und was für uns viel wichtiger ist: diese "Mittelklasse" kann sich entscheiden. Sie kann sich entscheiden für ein menschenwürdiges Leben aller und sich auf die Seiten der revolutionären Linken schlagen oder voll und ganz zu den Schweinen überlaufen. diese Entscheidung ist aber offen und beeinflußbar!
diese Entscheidungsmöglichkeit gibt es nebenbei auch für die "Klasse". Menschen sind nicht per se gut drauf oder gar revolutionär, nur weil sie unterdrückt werden. Und nur weil es nicht in euer Weltbild paßt, könnt ihr euch trotzdem nicht vor der Realität verschließen: daß zu aller Zeit in allen Ländern ein ganzer Haufen von Leuten, die ihr als "Mittelschicht" oder "Hauptfeind" denunziert, auf seiten des guten gekämpft haben und TrägerInnen emanzipatorischer Prozesse waren.
autos zwischen 30- und 50000 DM werden gerne von Facharbeitern und/oder türkischen Familien gefahren. die Kohle dafür haben sich diese Leute irgendwie vom Munde abgespart, indem sie auf alles mögliche verzichten. Wir finden es generell ziemlich bekloppt für Autos so viel Geld auszugeben, ob nun abgespart oder nicht, das ist für uns aber noch lange kein Grund, genau diese Autos (Toyota, Volvo, Pontiac etc) abzufackeln, wie ihr das tut.
Wir kritisieren es heftig, wenn Menschen auf Statussymbole wie Autos und sonstigen Konsumscheiß abfahren, aber wir denken, daß verschiedene Autos auch verschiedene Formen der Kritik erfordern. Denn so, wie ihr vorgeht, ist es nachvollziehbar, daß sich nicht nur die Bonzen bedroht fühlen (was sie auch sollen!), sondern viele andere auch. Es entsteht ein diffuses Gefühl und da fällt es dem Staatsschutz natürlich leicht, uns mit entsprechenden Behauptungen ("es werden Autos von türkischen Arbeitern angesteckt") zu isolieren.
Der Versuch mit der Parole "Bonzen raus" und den entsprechenden Aktionen längerfristig aus noch bewohnbaren und bezahlbaren Kiezen der Innenstadt kapitalkräftige Spekulanten, Bonzen und Yuppies rauszuhalten bzw. rauszuwerfen ist im Moment ein Ansatzpunkt für Widerstand. Kübelaktionen wie die im Exil (das fanden wir gut von euch) und Auerbach, brennende Daimler etc. sind zielgerichtete Aktionen die auch von der Gegenseite nicht denunziert werden können.

Ungezielte Drohungen dagegen, die wahllos an Leute ergehen, nur weil sie in Dachgeschossen wohnen, halten wir für absolut falsch. das Agieren mit persönlichen Bedrohungen gegenüber einer Vielzahl von Leuten, die völlig unterschiedlich sind, verhindern nicht nur eine mögliche breite Akzeptanz für militanten Widerstand, sondern kann bei einem Vorgehen wie von euch nur als Terror bezeichnet werden. Irgendwelche DachgeschoßbewohnerInnen undifferenziert zu feinden zu erklären ist auch deswegen falsch, weil die politische Glaubwürdigkeit von einem genauen umgehen konterkariert wird. Ein mehr an Sympathie oder Unterstützung kriegen wir Militanten so jedenfalls nie und nimmer.
es gibt z.B. etliche DachgeschoßbewohnerInnen, die die 20dm/qm durch zwei Jobs versuchen zu bezahlen, es sind nicht alle StaatssekretärInnen! Diese Anpassung, auf Druck mit mehr Arbeit zu reagieren, ist zwar kritisirenswert, aber nicht mit solchen Drohungen .Weiterhin bedenkt ihr nicht, daß die Schaffung von Dachgeschoßwohnungen es dem Spekulanten ermöglicht, eine andere Wohnung im Haus zu "zweckentfremden", wie es behördendeutsch heißt, d.h. als Gewerberaum zu vermieten und damit noch mal Reibach zu machen. Denkt und zielt genauer! Die Fehler, die ihr macht, fallen uns allen, die noch kämpfen auf die Füße und verstärken eine Entsolidarisierung und Isolierung.
So halten wir auch euren Einfall, an Nowakowski (taz-Berlin) eine 9mm-Patrone zu schicken und ihn entsprechend mit Knieschüssen zu bestrafen, falls er eure Broschüre nicht abdruckt, für alles andere als revolutionär. In einer älteren Interim stand schon mal ne gute Kritik dazu, warum ihr als Klassenorientierte an nen Mittelstandsblatt wie die taz euch wendet, die von eurer angeblichen Klientel mit Sicherheit nicht gelesen wird.
Diese Art von Drohungen, genau wie die "Todeszone" oder "die Spekulanten, die an den Gedärmen ihrer Handlanger aufgehängt werden", haben nichts fortschrittliches an sich. Wir nehmen ab und zu den Mund auch gerne mal voll, finden allerdings, daß solche Ankündigungen immer politisch korrekt sein müssen, also auch bei einer eventuellen Umsetzung derselben, vermittelbar und zielgerichtet sein.
Wir denken weiter, daß diese Art von Politik, die ihr betreibt, eine gefährliche Kombination von ungenauer Analyse und Machtphantasien ist, die uns Militanten eher schadet als nach vorn bringt

Ein Team aus der Wagensportliga

ANTIFA WORKCAMP 93 IN BUCHENWALD WEIMAR VOM 16.08.-21.08.93

WAS GESCHIEHT IN DIESER WOCHE !

* DISKUSSIONSRUNDEN
* INFOSTÄNDE
* KONZERT
* FÜHRUNGEN IN WEIMAR UND BUCHENWALD
* AUSFLUG ZUM AUßENLAGER
* VORLESUNG

UND ALLES AUF WAS IHR LUST HABT, ABER BESONDERS EINE MENGE AN ARBEIT , DENN DIE GEDENKSTÄTTE BRAUCHT JEDE ERDENKLICHE HILFE.

Wir sind Antifaschisten die sich bereits das 4 Jahr in Folge in Buchenwald treffen. Dort verbringen wir schöne und erfahrungsreiche Tage, wo wir uns mit ANTIFASCHISTISCHEN, RASSISTISCHEN und SEXISTISCHEN Problemen im Alltag und am Arbeitsplatz auseinadersetzen.
Wir kommen aus verschiedenen Zusammenhängen und wollen auch in diesem Jahr ein breites, buntes, unterschiedliches und offenes Spektrum bilden. Der Tag kostet pro Person, mit Frühstück und Abendbrot, 5.00 MARK.
Bringt Schlafsäcke mit und ihr könnt das Geld für die Bettwäsche sparen.

KOMMT ALLE ZAHLREICH ! ARBEITEN IST KEIN MUß !
SPENDENKTO INTERESSENVERBAND VdN 104972501 COMMERZBANK HALLE BLZ80040000 KENNWORT BUCHENWALD

Nähere Infos und Anmeldung über :
- ANTIFA BITTERFELD Postlagernd Bitterfeld 4400
- Fußball-Fan und Infoladen ANSTOß Kennwort WORKCAMP Brunnenstr. 7 Berlin 1054 OST

KAMPF DEM FASCHISMUS

Kontakt Halle:
Antifaschistische Aktion
Gr. Klausstraße 11
~~4020~~ Halle
06108
Tel., Fax: 21279
Mo: ab 21°° uhr

Einige Bemerkungen zur "Aktion" von "Klasse gegen Klasse" gegen Läden in SO-36, deren BetreiberInnen nach Meinung der Gruppe nur einen Platz "zwischen Mündungsfeuer und Einschußloch" haben:

In der Broschüre von "Klasse gegen Klasse" heißt es: "Wer in den deutschen Arbeitern nur die Gewinnler und Komplitzen des Kapitals sieht, ist noch nicht durch die Hölle gegangen, die Arbeit heißt und selber ein Gewinnler ... Doch bitte, lieber autonomer Theoretiker, mit wem kann hier überhaupt eine solche (revolutionäre) Veränderung durchgesetzt werden? Mal zugespitzt gefragt: Mit ein paar Flüchtlingskomitees, 3.Welt-Gruppen und einem Netz von Antifazusammenhängen?"

In der Broschüre wird demgegenüber die Notwendigkeit einer *einigen* Klasse festgestellt. Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck in eine unterdrückte Klasse und ihre Klassenfeinde aufgeteilt. Eine schematische Auflistung soll dabei behilflich sein Menschen nach Merkmalen in Klassenangehörige und Klassenfeinde zu unterscheiden. Die Aufstellung orientiert sich alleine an klassischen proletarischen Bildern, ohne auch nur im geringsten auf eine antisexistische oder antirassistische Diskussion einzugehen. (Der Sprachgebrauch der "Klasse gegen Klasse"-Gruppe bleibt in diesem Sinne auch konsequent - weibliche Wortformen werden konsequent vermieden.) Es gäbe eben nur eine wahre Klasse, weil es auch nur einen Hauptwiderspruch gibt und der bestünde in der "gesellschaftlichen Produktion und deren privaten oder staatlichen Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts."

Kein Wunder also, wenn sich "Klasse gegen Klasse" Gedanken über das revolutionäre Potential eines Facharbeiters macht, den es für den Kampf zu gewinnen gelte, um sich gleichzeitig über das angebliche politische Bild der Autonomen von einer "armen, alten, schwarzen Frau" lustig zu machen.

"Klasse gegen Klasse" fordert eine "neue" proletarische Gegenkultur, die sich auch an der früheren Arbeiterbewegung orientieren solle. Diese Gegenkultur wird scharf von der "Alternativ und Autonomenszene" abgegrenzt, denn: "Ihre Aktivitäten unterscheiden sich nicht von der kapitalistischen Todeskultur". Soweit das Urteil, das durch ein kurzes Interim-Zitat belegt wird, das bezeichnenderweise nicht aus der Interim sondern aus einem Heft des Bundesamtes für Verfassungsschutz entnommen wurde. Doch "Klasse gegen Klasse" hat sicherlich solche Argumentationshilfe nötig, wie auch zahlreiche andere nicht mehr als Peinlichkeiten zu bezeichnende politische Statements zeigen.

Wenn es um die zu schaffende proletarische Klasse geht, tauchen plötzlich rassistische und sexistische "Spaltungen" auf, aber nicht etwa, um sie als Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zu thematisieren, sondern, weil es sie als "Spaltungen" zu überwinden gelte um zu einem revolutionären "Miteinander" zu kommen. Diese haarstreubende politische Analyse zieht sich durch die ganze Broschüre, auch wenn sich die Schreiberlinge bemüht haben, durch das stellenweise Hineinstreuen von Wörten wie antisexitsche und antirassistisch, den Anschluß an aktuelle Diskussionen vorzutäuschen.

Im ganzen betrachtet ist die Broschüre von "Klasse gegen Klasse" eine einzige Bestimmung von Feindbildern die der "proletarischen Klasse" gegenübergestellt werden. Und hier haben sich die Schreiberlinge neben SozialpädagogInnen, LehrerInnen und interessanterweise auch "AussiedlerInnen" (die sich auf dem Wohnungsmarkt "vordrängeln" und zusammen mit den Flüchtlingen die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt verschärfen würden) auf die "pseudoalternative Mittelklasse" eingeschossen, die es besonders zu bekämpfen gelte.

Nicht die Sexshops, Bankfilialen, Maklerbüros, Spielhallen und Autohäuser gehören zu den von "Klasse gegen Klasse" bedrohten Objekten, sondern nicht-"angestammte" (diesmal Zitat des letzten Drohbriefs), "pseudoalternative Kleinläden", als "Propagandisten der *sozialen Durchmischung* proletarischer Stadtteile und Rufer nach Ruhe und Ordnung".

Wo von "Klasse gegen Klasse" eine proletarische Kultur gefordert wird, wird diese gegen die kapitalistische Kultur abgegrenzt. Da stellt sich nur die Frage, ob Billigprodukte im Trikont produziert und bei New Yorker, bei Karstadt am Hermannplatz oder bei Plus am O-Platz gekauft, revolutionärer sind, als die Produkte von "Pseudoalternativen" in der O-Straße, die vielleicht sogar bei garantierten Mindestlöhnen produziert wurden. Eine derartige Gegeneinanderstellung ist mühsehlig. Aber es scheint so, daß die Leuten von "Klasse gegen Klasse" nicht gerafft haben, daß sich die Widersprüche des Kapitalismus nicht durch eine Hinwendung zu Billiggeschäften überwinden lassen.

Die großzügige Floskel in ihrer Broschüre, die es Leuten aus der Mittelschicht und der Oberklasse erlaubt, zur *proletarischen* Klasse zu gehören, wenn sie "sich bewußt und tatkräftig auf die Seite unserer Klasse stellen", wird schon gar nicht mehr auf die Läden in der O-Straße angewendet. Es scheint alleine um die Kategorie überflüssiger schicker Klamotten zu gehen, die aber obskurerweise nicht auf teure Turnschuhe und Herrenanzüge zutrifft.

Um nicht mißverstanden zu werden: Uns geht es nicht darum, irgendwelche LadenbesitzerInnen zu verteidigen, die vielleicht nicht anders als Plus, Penny und Kaisers ihren Beitrag zur Umstrukturierung im Kiez leisten, oder uns gegen militante Aktionen im Stadtteil zu wenden. Wir finden es wichtig, auch unter denen, die die vermeintliche Schickeria konsumieren, gegen die Umstrukturierung und die Folgen der Yuppisierung zu sensibilisieren bzw. ein Bewußtsein zu schaffen.

Aber warum werden von "Klasse gegen Klasse" nicht eben die Spekulanten angegriffen, die über die drastische Anhebung der Mieten für Läden und Wohnungen der auslösende Faktor für die Veränderung im Stadtteil sind. Warum interessieren sich die Leute dieser Gruppe nicht für die Geschäftemacher im Kiez, die beispielsweise durch sexuelle Ausbeutung, ihr Geld verdienen? Aber Sexshops gehören eben zum proletarischen Milieu, oder?

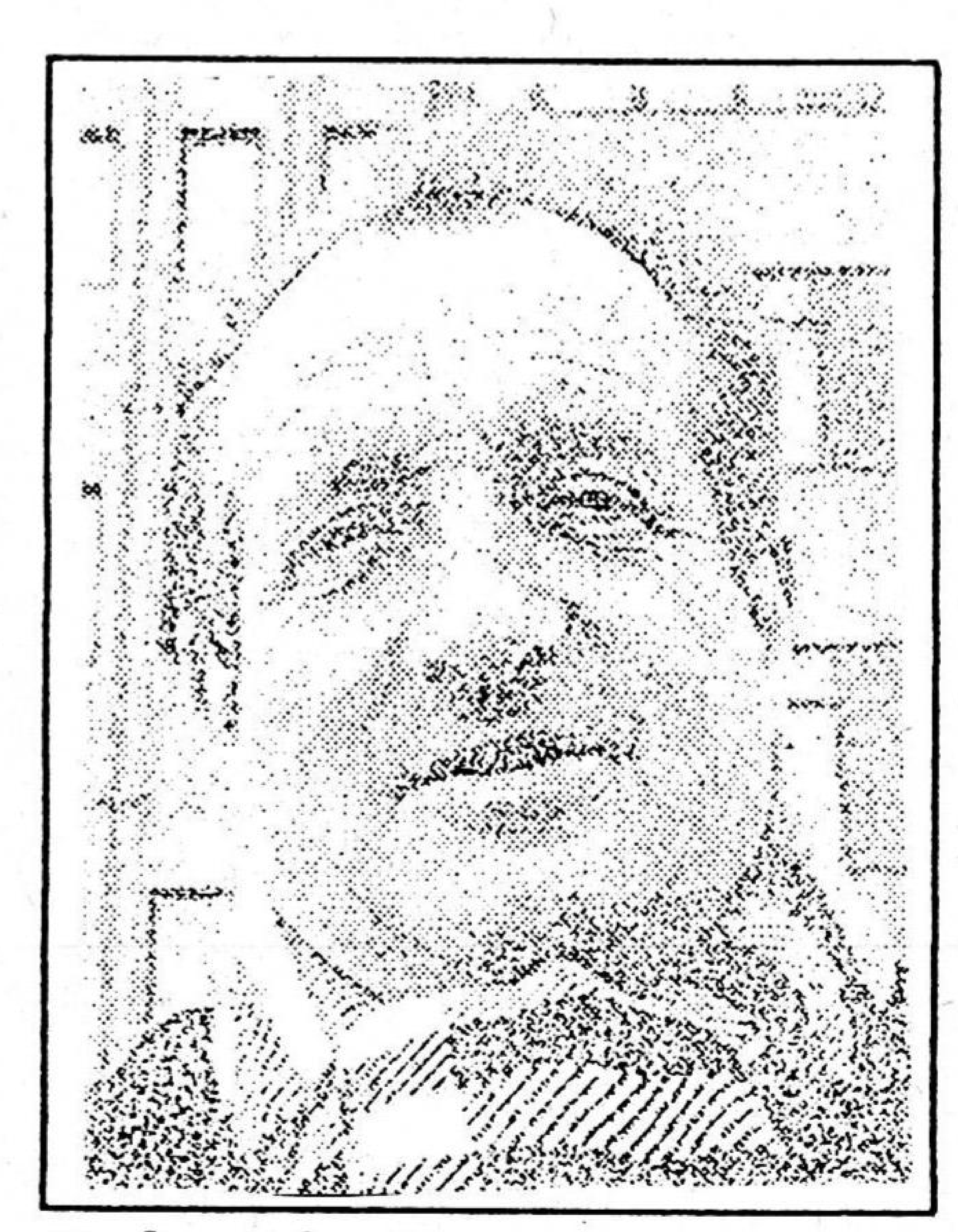
Wenn es sich bei den politischen Äußerungen von "Klasse gegen Klasse" noch um Peinlichkeiten handelt, die getroßt ignoriert werden könnten, lassen die absolut kontraproduktiven Aktionen dieser Gruppe keine andere Wahl als entschieden Stellung dagegen zu beziehen.

Einige Autonome

Die Kettenhunde des Kapitals

Lose Blätter gegen Mietausbeuter und Umstrukturierer

Der Kampf gegen Mietausbeutung und Umstrukturierung ist in den letzten Jahren eher geschrumpft, als weiter gewachsen. Hört mensch vom erstern kaum noch etwas, so gibt es ihm Kampf gegen die Umstrukturierung immer noch gute Ansätze, die weiter entwickelt werden sollten. Auch wenn die Mobilisierung gegen den Regierungssitz Berlin zusammengebrochen ist, haben die Aktivitäten zu NOylimpic City eine gewisse Schlagkraft, die hoffen läßt. Bei der Verteidigung der Stadtteile machen eigentlich nur noch die Sympis und AktivistInnen der poststalinistischen Sekte von 'Klasse gegen Klasse' von sich reden. Ihren Hauptfeind haben sie im Kiez entdeckt. Es sind die 'Schmarotzer' in Dachgeschoßwohnungen und die BetreiberInnen von kleinen Läden, die sie mit sprachlich sehr bedenklichen Drohbriefen traktieren.
Aber davon wollen wir jetzt nicht schreiben. Es geht uns um einen Mann, der nicht klassisch unter dem Begriff des Miethais paßt, weil er seine Gewinne nicht mit Mietskasernen macht, sondern mit Heimen, Hotels und Gewerbeimmobilien. Sein Name: <u>Helmuth Penz</u>.



Helmuth Penz

Ihm gehören mindestens 14 Firmen, die den Namen Sorat tragen. Zudem ist er an mindestens 22 weiteren Firmen beteiligt und/oder stellt dort den Geschäftsführer (GF). Fast alle seiner Firmen residieren im Gewerbehof des Einsteinufer 63/65. Mittlerweile soll er 2000 Menschen beschäftigen.
Eine seiner Hauptaktivitäten besteht in dem Betreiben von Flüchtlings-, AussiedlerInnen- und Obachlosenheime. Diese Heime werden von speziellen Sorat-Firmen oder der Gierso GmbH verwaltet. In 9 Flüchtlingsheimen (nach unseren Infos sind es 14) sind über 2500 Flüchtlinge untergebracht, für die er im Durchschnitt 23,- DM Kasse pro Tag macht, ohne Verpflegung. Seine Methoden stoßen auch manchmal auf Widerstand, wie in dem Flüchtlingsheim auf dem ehemaligen Nawra-Gelände an der Warschauer Straße. Ende letzten Jahres wehrten sich die Flüchtlinge dort gegen die miesen Zustände. Für Penz gehört dies zum Geschäft. Denn seine Flüchtlingsheime machen 10% seines gesamten Gewinns aus, und sind "nur mit einem Minimum an Aufwand für Küchen und sanitäre Einrichtungen ausgestattet", wie er auf einer Versammlung am 20.7.93 in Köpenik erklärte. In seinem gemeinnützigen Verein "Jugendasyl" verwaltet er 70 alleineinreisende jugendliche Flüchtlinge, angeblich ohne kommerzielle Interessen, wie er behauptet (Die Zeit Nr.3).
Der Bereich der Zukunft ist für Penz die Betreuung von Obdachlosen- und AussiedlerInnenheime. 15 solcher Heime hat er schon. Die DDR-AussiedlerInnen des Frühherbstes 89 haben ihn auch groß gemacht. Ein großteil seiner Sorat- und Gierso Firmen wurden ab dem Zeitpunkt gegründet. Für die profitable Unterbringung dieser Menschen bekam er sogar ein offizielles Dankesschreiben des Senats. Jetzt geht es um die AussiedlerInnen aus Rumänien, Polen und der ehemaligen SU.
Auch wenn er mal 200 Obdachlose aus seinem Heim in der Charlottenburger Schlüterstr. in einer unangekündigten Aktion räumen und nach Potsdam verfrachten läßt (Juni 92), so ist er doch ein mit ihnen verbunden. Und das nicht nur über das Geld, was er mit ihnen macht. So sponserte die Sorat die 'Nacht der Obdachlosen' am 25./25.6. Der schlaue Profiteur baut vor.
Damit auch alles in einer Hand bleibt, gründete sein Hauptprokurist <u>Nicolas Meißner</u> 1990 die B.O.S.S Sicherheitsdienste GmbH, die auch für die 'Sicherheit' in und an seinen

Heimen zuständig ist. Ein Jahr später übernahm Penz die Firma und machte den ehemaligen Stasi-Oberst, Eduard Pomerenke, Haupt-Abt. 18, zum GF. Die B.O.S.S GmbH residiert jetzt im AussiedlerInnenheim Blumeshof, Schöneberger Ufer, das die Sorat dem DRK abspenstig gemacht hat.

Helmuth Penz, 30.6.45, Heydenstr. 19, 1-33.
Nicolas Meißner, 21.6.63, Emserstr. 12, 1-31.
Eduard Pomerenke, 20.4.48, Blenheimstr. 28, 1140 Bln.
Wilhelm Pleß, 17.6.67, Sigismundkorso 1, 1-28.
Christa Kiel, 18.3.50, Herrfurthstr. 2, 1-41.
Dietrich Garski, 4.6.31, Wangenheimstr. 23, 1-33.
Claudia Garski, 29.5.54, Sybelstr. 51, 1-12.
Jörg Wiedenhöft, 6.1.53, Rubensstr. 104, 1-41.

Namen und Adressen

Drei bis Vier Sterne Hotels sind das zweite Standbein von Penz. Insgesamt ist sein Ziel bis Ende 95 20 Hotels, davon 5 in Berlin zu bauen und zu betreiben. Zwei sind schon in Betrieb: Sorat Art Hotel, Joachimsthalerstr. 28 und Sorat Hotel Humbold Mühle, An der Mühle 7 (Freiberger-Komplex) in Tegel. Zwei Hotels sind im Bau. Einmal in Stolpe-Süd (ehemalige Grenzkontrollstelle, Richtung Hamburg), hier soll ein Drei-Sterne Hotel mit 120 Betten u.a. für 50 Mio. DM entstehen. Im Prenzlauer Berg, an der Prenzlauer Allee/ Erich Weinert Str. entsteht ein 130 Betten 3 Sterne Hotel für 20 Mio. DM, Einzelzimmer pro Nacht 'nur' 220 DM. Gegen dieses Umstrukturierungsprojekt gab es monatelang massiven Protest der AnwohnerInnen, der weder den Pappelhain retten, noch den Baubeginn verhindern konnte.
Weitere Hotels werden in Wittenberg, Cottbus, Görlitz, Ludwigsfelde und Apollensdorf gebaut. Nach bisher ungesicherten Infos ist Penz auch an dem weiteren Freiberger Komplex am Spree-Bogen (alte Bolle Meierei) in Moabit beteiligt. Dort entsteht ein 220 Betten Hotel und ein 120.000 qm großes Büro-Zentrum, Kostenpunkt 500 Mio. DM.
Die wichtigsten Figuren neben Penz sind in dem Sorat und Gierso Komplex: Wilhelm Pleß, er ist in fast allen Firmen Miteigentümer mit sehr geringen Anteilen und teilweise auch GF. Meißner und Christa Kiel als HauptprokuristInnen der wichtigsten Firmen.
Im Gewerbeimmobilienbereich (Drittes Standbein) hat sich Penz mit dem berüchtigten Architekten **Dietrich Garski** zusammengetan. Da Garski wegen seinem Knastaufenthalt noch Berufsverbot hat, schickt er überall seine Frau Claudia Garski vor. Er ist aber laut Vollmacht durch sie berechtigt, alle Geschäfte in ihrem Namen tätigen zu dürfen. Die wichtigsten Firmen sind hier die GWF (Grundwert-Fonds) und die Pega Bau (in diesen Firmen halten Garski und Penz gemeinsam die Gesellschaftsanteile und wurde ab Ende 88 gegründet; da kam Garski gerade wieder aus dem Knast). Diese Firmen (insgesamt mindestens 13) lassen sich in zwei Hauptbereiche aufteilen. Der Neubau von Gewerbekomplexen und der Aufkauf, samt Sanierung, von alten Gewerbehöfen. So baut die GWF den '1. Gewerbepark Marzahn' an der Bitterfelder Str. Hier wird mit 160 Mio. DM ein Areal von 47.000 qm Gewerbefläche erstellt.
Am Gewerbehof Lehrter Str. läßt sich die Zusammenarbeit der Garski- und Penz-Firmen am besten aufzeigen. In der Besitzerfirma, der Geleg GmbH ist



Der Fall Garski
Dietrich Garski war in den siebziger Jahren zum Stararchitekten West-Berlins aufgestiegen. Als er jedoch in Saudi-Arabien Militärakademien bauen wollte, erlebte er ein finanzielles Desaster. Im November 1980 setzte sich Garski auf die Bahamas ab und hinterließ eine offene Rechnung von 128 Millionen Mark. Für 90 Prozent der Summe hatte der sozialliberale Senat unter Dietrich Stobbe gebürgt. Der Senat stürzte über diesen Skandal, Garski wurde im Oktober 1985 wegen fortgesetzter Untreue und Kreditbetrugs zu drei Jahren und elf Monaten verurteilt.

Penz GF. 'Bauherr' ist die Garski Firma CBN Projektconsult GmbH. Die hat als Generalübernehmer die Garski-Penz Firma Pega Bau GmbH verpflichtet. Die Vermietung der Gerwerbeflächen übernimmt die Garski Firma CeGe Immobilien GmbH. So bleibt alles in einer Hand, und die Gewinnspannen werden gleichmäßig zwischen Garski und Penz aufgeteilt.
Als weitere wichtige Person wäre hier noch Jörg Wiedenhöft zu nennen, GF bei GWF Hausverwaltung GmbH und Prokurist bei GWF GmbH.
Zum Schluß noch die älteste Penz Firma, die Eltec KG. Sie wurde 71 gegründet und betätigt sich als Elektroanlagenbaufirma. Penz hat hier über 800.000,- DM angelegt. Die Eltec KG arbeitet international, am Flughafen Warschau, an einem Sägewerk in Sierra Leone oder an einer Zementfabrik in Saudi Arabien. 84 wurde gegen seine Eltec wegen Betrug ermittelt. Er hatte bei dem Bau eines Oberstufenzentrum mehr Material berechnet, als er verbaut hatte. Das Verfahren wurde eingestellt, aber der Generalübernehmer, die DeGeWo klagte einen großen Teil ihrer Zahlungen an Penz wieder ein.

Und sollte ihr mal einen Ausflug an den Helenesee in der Nähe von Frankfurt (O) machen, auch da werdet ihr auf Penz treffen. Trotz riesigen BürgerInnenprotest konnte er das gesamte, 5000 Hektar große Erholungsareal zu einem Spottpreis pachten.

Die Firmen

Sorat, Zweite Sorat, Gierso, P+P, Eltec, Helmuth Penz GmbH, Fapeg, P.E.P., GWF, B.O.S.S., Pega Bau, CBN, CeGe, GeHaGe.

Um die Lesbarkeit des Textes zu erhalten, wurde darauf verzichtet die Firmennamen in ihrer kompletten Länge auszuschreiben.

Öffnung der Grenzen und Bleiberecht der Flüchtlinge durchsetzen!
Freiheit der Gefangenen erkämpfen!
Solidarische Grüße an Birgit Hogefeld und alle anderen!

ART

Solidarität ist eine Waffe!

Vor etwas mehr als drei Jahren wurden die ersten Häuser im Ostteil Berlins besetzt. Mit der Räumung der Mainzerstraße am 14.11.90 und der Vergabe von Einzelmietverträgen schaffte es der Senat die Häuserbewegung zu spalten und zu befrieden. Gemeinsame Forderungen waren nun nicht mehr vorhanden. Die Kommunikation und Solidarität zwischen den Häusern flaute immer mehr ab, so daß nur noch Antifa-arbeit als kleinster und einziger gemeinsamer Nenner übrigblieb.
Unter dem Vorzeichen Berlin 2000, das mit massiver Werbung und Manipulation der Bevölkerung propagiert wird, entwickeln sich Hauptstadtwahn und Vertreibungspolitik zum Thema einiger linker Gruppen. Damit bildet sich wieder ein Angriffspunkt für den Staat, um Andersdenkende zu kriminalisieren. Neben der Repression gegen Flüchtlinge (Abschaffung des Asylrechts) und Frauen (§ 218) ist auch wieder ein spürbarer Druck auf die (ehemals) Besetzten Häuser entstanden. Die bürgerlichen Medien hetzen weiter im Sinne der HeRRschenden, um damit den Terror in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Die massive Bullenpräsenz in unseren Kiezen und diverse Hausdurchsuchungen und Provokationen machen die Siuation unerträglich. Die Räumungsandrohungen für Marchstr./Einsteinufer und Engelbecken wollen wir nicht so einfach hinnehmen.
Wir lassen uns nicht von einen Heckelmann einschüchtern, der auch in den übrigen besetzten Häusern wieder rechtschlechtmäßige Zustände herstellen will, sondern werden entsprechend auf diese Angriffe reagieren. Um es aber nicht nur bei Reaktionen zu belassen, brauchen wir wieder mehr Solidarität und eine funktionierende Koordination zwischen (ehemals) besetzten Häusern, Wagenburgen und allen solidarischen Menschen in der Stadt. Wir müssen uns jetzt die eskalierende Repression bewußt machen, um nicht eines Tages aufzuwachen und zu denken: Wie konnte es soweit kommen?

Deshalb kommt alle zur

berlinweiten VV
Mittwoch 4.8.93 20 Uhr im X-B-Liebig
Liebigstr. 34 Friedrichshain

SCHUHE

„Na, ich weiß nicht recht... Führen Sie keine anderen Modelle?"



Bekennerbrief zu Anschlag

TÜBINGEN, 22. Juli (AP). Eine bislang nicht bekannte Gruppe mit der Bezeichnung „Antifaschistische Wagensportliga Süddeutschland" hat die Verantwortung für den Brandanschlag auf drei Fahrzeuge des baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der rechtsextremen Republikaner, Karl-August Schaal, übernommen. Wie die Landespolizeidirektion Tübingen am Donnerstag mitteilte, ging ein Bekennerschreiben der Gruppierung bei der *Südwest Presse* in Tübingen ein.

FR 23.7.93

Potsdamer "Fabrik" besetzt !

Am Freitag, dem 9.7.93, wurde die Fabrik kurz vor Beginn der durch die RENTACO beauftragten Abrißarbeiten besetzt.
Die Fabrik in der Gutenbergstr. 105 ist seit über 3 Jahren ein zentraler Anlaufpunkt für Kunst, Kultur, deren "Macher" und Interessenten. Hier konnten alle hinkommen, die die 30,-DM Eintritt für z.B. den Lindenpark nicht bezahlen können.
International bekannte und vor allem unbekannte Gruppen verschiedenster Stilrichtungen fanden hier Raum und Möglichkeiten sich vorzustellen. Paradox ist es, einerseits mit viel Geld Jugendclubs für "orientierungslose" Jugendliche in Neubaughettos zu finanzieren und andererseits durch Eigeninitiative ohne Fördergeld aufgebaute Projekte zu zerstören und deren Räumlichkeiten abzureißen. Abzureißen, damit die Rentaco eine Nobeleinkaufsmeile hinsetzen kann.
Die RENTACO ist eine der beiden größten Immobilienfirmen in Potsdam, die ihre Aufträge durch Kaminski und Gramlich zugeschanzt bekommt. (Schmiergelder, Spenden, Geschenke).
Die Rentaco ist zuständig für die Räumung in der Höhenstr. 1-2. In diesem Haus hätten 20 Jugendliche leben und ihre Ideen verwirklichen können. Wenn dieses Haus irgendwann einmal saniert ist, wird wieder nur ein (reicher) Anwalt darin wohnen oder es wird ein Geschäftshaus, wie es in der Helene-Lange-Str. oder in der Gregor-Mendel-Str. schon passiert ist. Darüber sind wir erbost, und es ist uns eine große Freude, durch die Besetzung der Fabrik, der Rentaco durch Verhinderung der Abrißarbeiten finanzielle Schäden zufügen zu können. Es geht uns nicht nur um den kulturellen Aspekt, sondern auch um den politischen Konflikt.

Wir lassen uns nicht vertreiben!!!

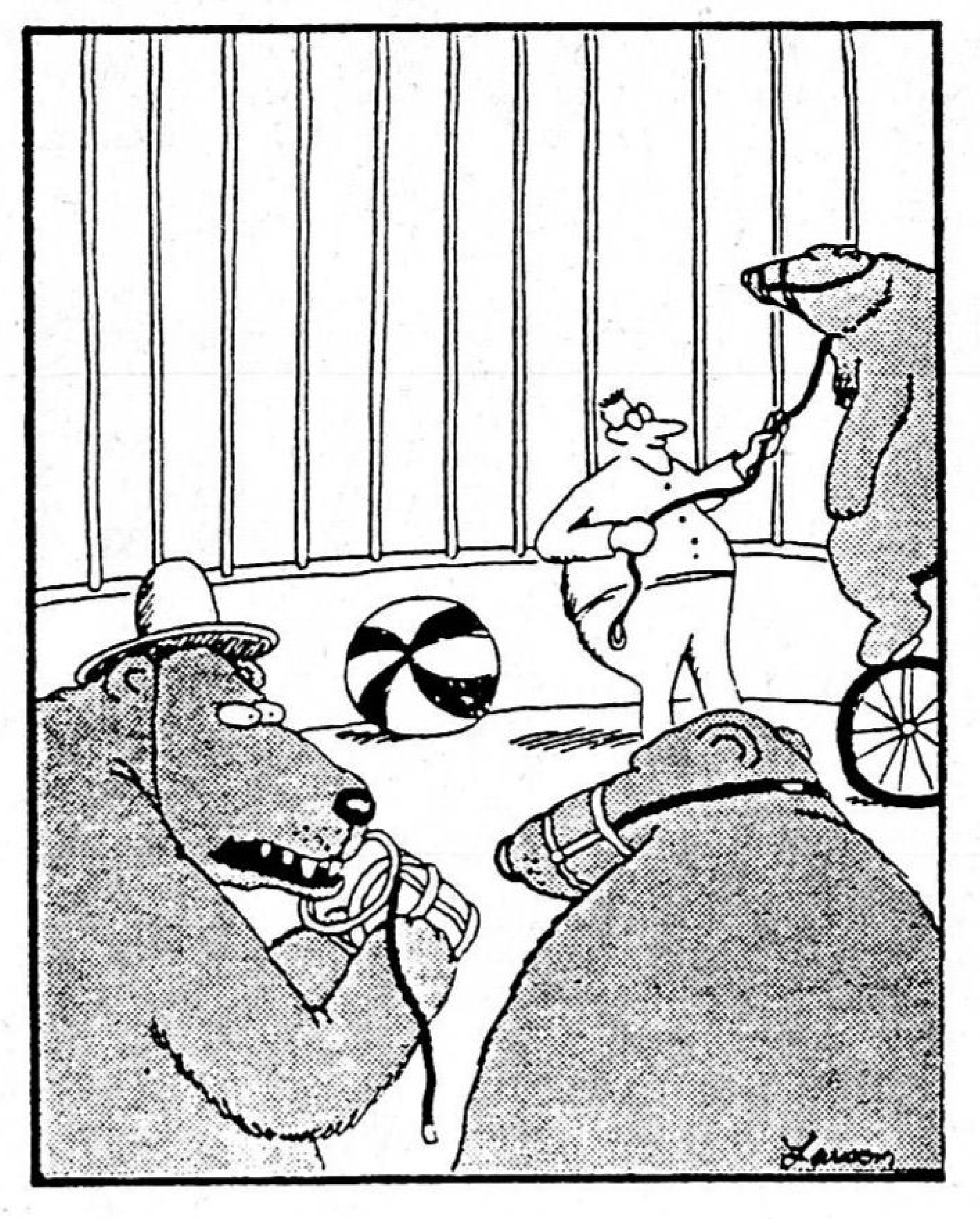
Nach scheinheiligen Verhandlungsangeboten seitens der Stadt durch Fotoamateur und Scheißegrabscher Motzkus und der Räumung der Höhenstraße, trotz Nichträumungsgarantie unmittelbar vor Verhandlungstermin, können wir auf solche Angebote verzichten!!!
Mit der Besetzung der Fabrik wollen wir uns gegen die immer weiter fortschreitende Vernichtung unserer Lebensräume und Kultur wehren.
Wir geben nicht auf, heißt für uns, die Fabrikaktivitäten solange wie möglich aufrechtzuerhalten.
Unsere Angebote sind:
- Kneipe (offen für alle) von 12.00 ... mit Frühstück
- Kino ab Dienstag 13.7.
- Konzerte

Wir sind für selbstbestimmte Initiativen offen. Raum ist für alle!!!

KEINE RÄUMUNG !!!



Gutenbergstr. 27 in Potsdam geräumt !



„Hey . . . Diese Dinger gehen ganz leicht ab."

Am 17.07. 1993 wurde die Gutenbergstr. 27 gegen 13 Uhr von rund zehn Leuten besetzt.
Die BesetzerInnen waren mit dem Sichern des Hauses beschäftigt, als gegen 19 Uhr in der Gutenbergstr. und in der Friedrich-Ebert-Str. Streifenwagen aufzogen. Erst waren es zwei, später kamen noch sieben dazu.
Zwei Streifenwagen standen vor dem Haus, so das die BesetzerInnen versuchten, durch die Gärten im Hinterhof zu fliehen. Die Anwohner halfen beim Überwinden der Gartenzäune und schlossen ihnen das Durchgangstor zur Friedrich-Ebert-Str. auf.
Beim Verlassen des Hauses liefen die BesetzerInnen in die Arme der Pplzei. Diese reagierte mit Aufnehmen der Personalien und verbalen Beschimpfungen.
Der ganze Ablauf wurde vom Pfeifen und Johlen der herbeigerufenen BesetzerInnen aus der Gutenbergstr.begleitet und photographiert. Mindestens zwei Streifenwagen drückten sieh nach der Räumung, die ungefähr 40 Minuten dauerte, noch ums Karee.

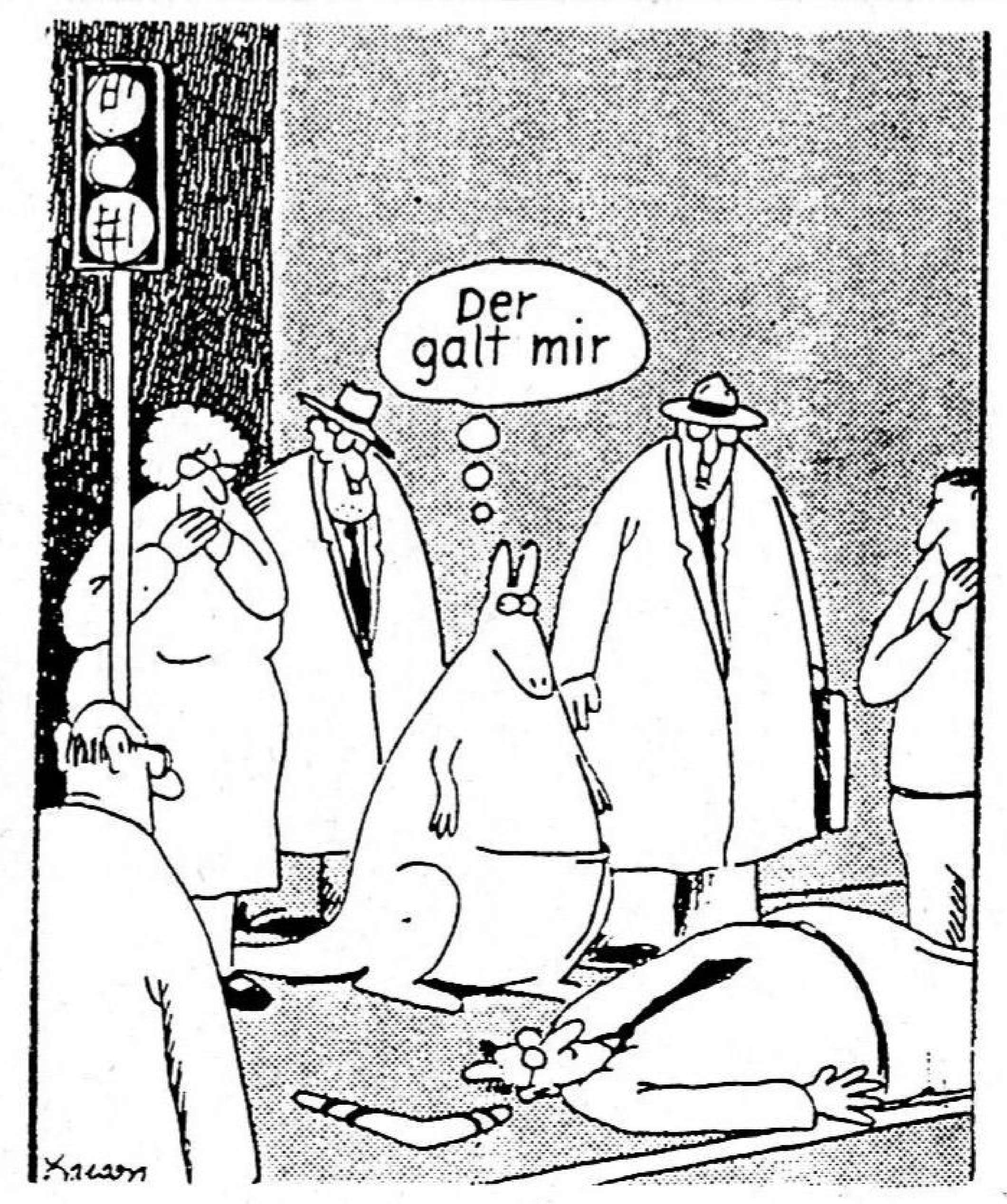
Potsdamer BesetzerInnen
19.07.1993

An alle OlympiagegnerInnen!

Wegen Olympia ist auch Rostock ein vom kapitalfaschistischen Herrschaftsplan vorgesehener Austragungsort der Olympischen Spiele im Jahr 2000.
Vom 12. bis 15. August stellen die Stadt und zahlreiche Sponsoren aus Politik und Wirtschaft die traditionell gewordenen "Hafentage" unter olympischen Banner. Hintergrund ist es, bei den Rostocker BürgerInnen weiter für die olympische Idee zu werben.
Wir haben nicht vor dieses einfach hinzunehmen. Hier in Rostock ist immer noch ein Großteil der Bevölkerung davon überzeugt, daß Olympia in Form von Arbeitsplätzen, Verbesserungen der Infrastruktur u.ä. Vorteile für sie bringt. Dabei vergessen sie allerdings, daß Olympische Spiele gleichfalls eine traurige Komödie auf Kosten der Bevölkerung, verbunden mit Preissteigerungen, erhöhten Mieten und einer größeren Verschuldung der Stadt, bedeutet. Um dem entgegenzuwirken sind wir auf eure Unterstützung angewiesen. Wir wollen gemeinsam mit euch versuchen, diese Hafentage lustig zu gestalten.
Am Sonnabend, den 7.08.93 um 14.⁰⁰Uhr findet ein Vorbereitungstreffen dazu im **JAZ** (A.-Bebel-Str. 92, 18055 Rostock) statt. Für alle die am 11.08.93 anreisen, ist um 19.⁰⁰ eine Vollversammlung gedacht. Wir freuen uns auf Ideen und realisierbare Vorschläge.

Laßt uns gemeinsam Olympia verhindern!

PS.: Eine Auflistung von Co-Sponsoren, Behörden und Einzelpersonen als UnterstützerInnen der Pro-Olympiaaktion liegt im *INTERIM*-Ordner





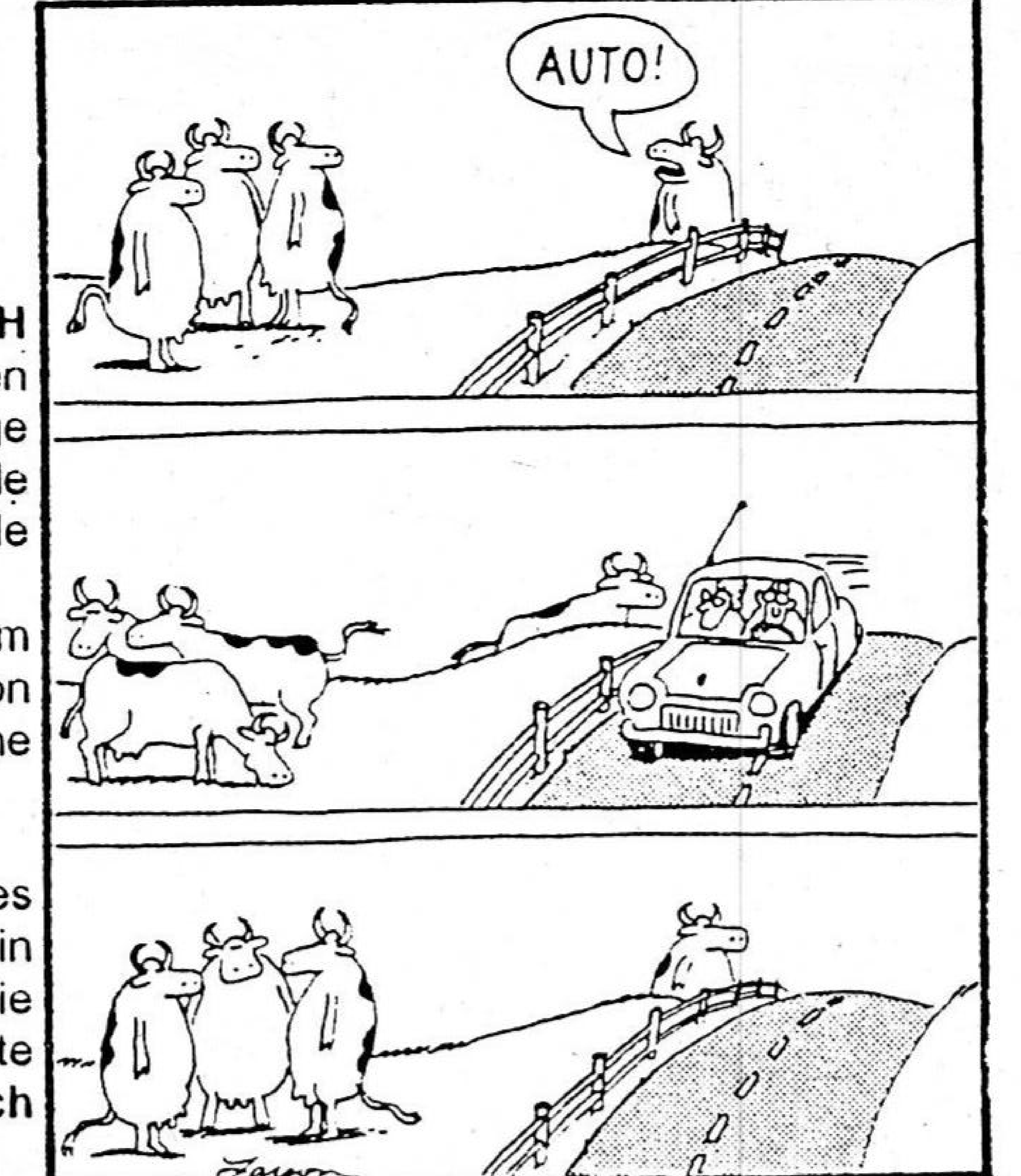


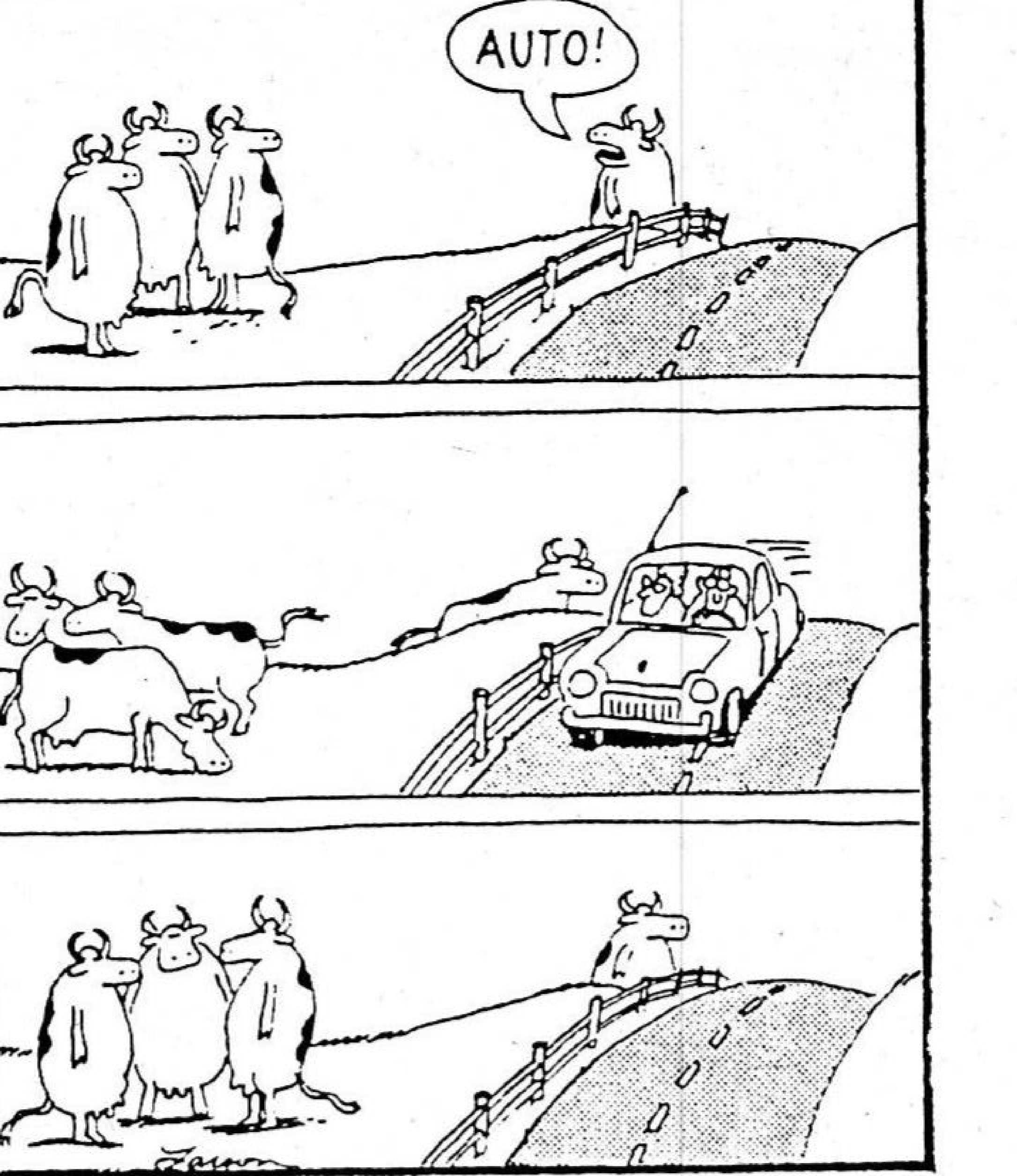
SPEKULANTENKLATSCH II

Seit 1.7.1993 gibt es den über 20 Jahre lang existierenden Lebensmittelladen **FEINKOST KURTH** in dem Eckhaus Manteuffelstr. 99/Waldemarstr. 108 **nicht mehr**. Er war von den BewohnerInnen des gegenüberliegenden Altenwohnheims und sonstigen Pflegebedürftigen allseits als notwendige Hilfe für Einkaufstransporte etc. genutzt worden. So betrieb mit diesem Laden das dort arbeitende Ehepaar jahrzehntelang, wegen seiner anerkannten Hilfsbereitschaft eine wichtige soziale Einrichtung im Kreuzberg 36.
Seit 1984 **meldete** sich nun der **5. Hauseigentümer, die Arator Immobilien GmbH** bei dem Ehepaar mit einer **dreifachen Mieterhöhung auf 4700 DM** für über 100 qm Gewerbefläche, davon knapp 50 qm Laden. Mit einem Alter von über 60 Jahren hatten die alten Leute keine Widerspruchsgeduld mehr. **Sie gaben auf!**
Die restlichen HausbewohnerInnen sind jünger. **Sie widersprechen noch ständig!**
Im Juni 1991 konnte der 34-jährige querschnittgelähmte, rollstuhlabhängige Alleinbetreiber des Kopierladens M99 durch seinen persönlichen Besuch in der Villa, **Klaushagener Weg 32,** in Frohnau der **4. HauseigentümerInnen Herrn und Frau Bail, Tel. 4551030 + 4042033** die Rücknahme der Hinwegmodernisierung beider Läden erreichen. Die Planung + Bauleitung hatte damals ein **Architektenbüro RTW, im Südwestkorso 61, Tel. 8219091, Fax 8219930. Siehe auch Spekulantenklatsch Nr. 1**. Sie verkauften überraschend.
Seit dem 1.1.1993 gibt es die **neuen 5. Hauseigentümer** mit dem Familiennamen **Marsollek**, Opa, Sohn und Enkelsohn. **Peter** und **Marcus** beide Architekten mit Büros in der **Hubertusbaderstr 35, Tel. 8267328, Fax 8265450, Südwestkorso 26 Funk 01612302840, Schorlemerallee 23A Tel. 8244298 + 8236599.**
Sie lassen nicht mit sich reden!?!
Am 1.1.1993 kauften Sie auch noch **Lausitzerplatz 1**. Sie ließen dort bis zum 1.3.93 mit anschließender **Wuchermonatsmiete von 9000 DM**, die ehemalige Puffkneipe für flüchtige Obdachlose umbauen. Gerüchteweise wird diese profitable Miete mit öffentlichen Geldern gestützt und sind dort seit dem die Wasseranschlüsse und sanitären Anlagen mangelhaft installiert.
Anfang April 93 planten sie zwecks **im März heimlich vorbereiteten Dachgeschoßausbaus** ein Baugerüst vor die Läden im Eckhaus Manteuffelstr./Waldemarstr. zu stellen. Die **HausbewohnerInnen** versammelten sich und **wechselten** laut Mietvertrag dazu berechtigt für ihren widerrechtlich umgenutzten Trockenboden die **Schlösser** von dessen Dachbodentüren aus. Ein **Plakat "An die EinbrecherInnen", empfahl, wenn dazu berechtigt, sich die dazu passenden Schlüssel im Kopierladen abzuholen.**
Bis 15.7.1993 sind die **Marsolleks** (Terminator Immobilien GmbH) noch **nicht im Grundbuch** als Hauseigentümer eingetragen. Die im Dachgeschoß bis März 93 tätige **Baufirma stellte** wegen fehlenden Berechtigungsnachweises gerüchteweise **ihre Bauarbeiten dort ein**. Auch die Alteigentümer der drei Häuser Waldemarstr. 108 + Manteuffelstr. 99 + Lausitzerpl. 1 wollen angeblich Ihre **Eigentumsrechte erst** an die Marsolleks abgeben, **wenn** bei Ihnen die vertraglich verabredete, aber immer noch **fehlende Verkaufssumme, hinterlegt ist**.

Der Lebensmittelladen ist immer noch leer.

Vielleicht sinkt jetzt der monatliche Mietpreis weit unter 4700 DM ?





RUF DOCH MAL AN!

Funk 01612302840, 030-8244298, 8267328, 8236599, Fax 8265450

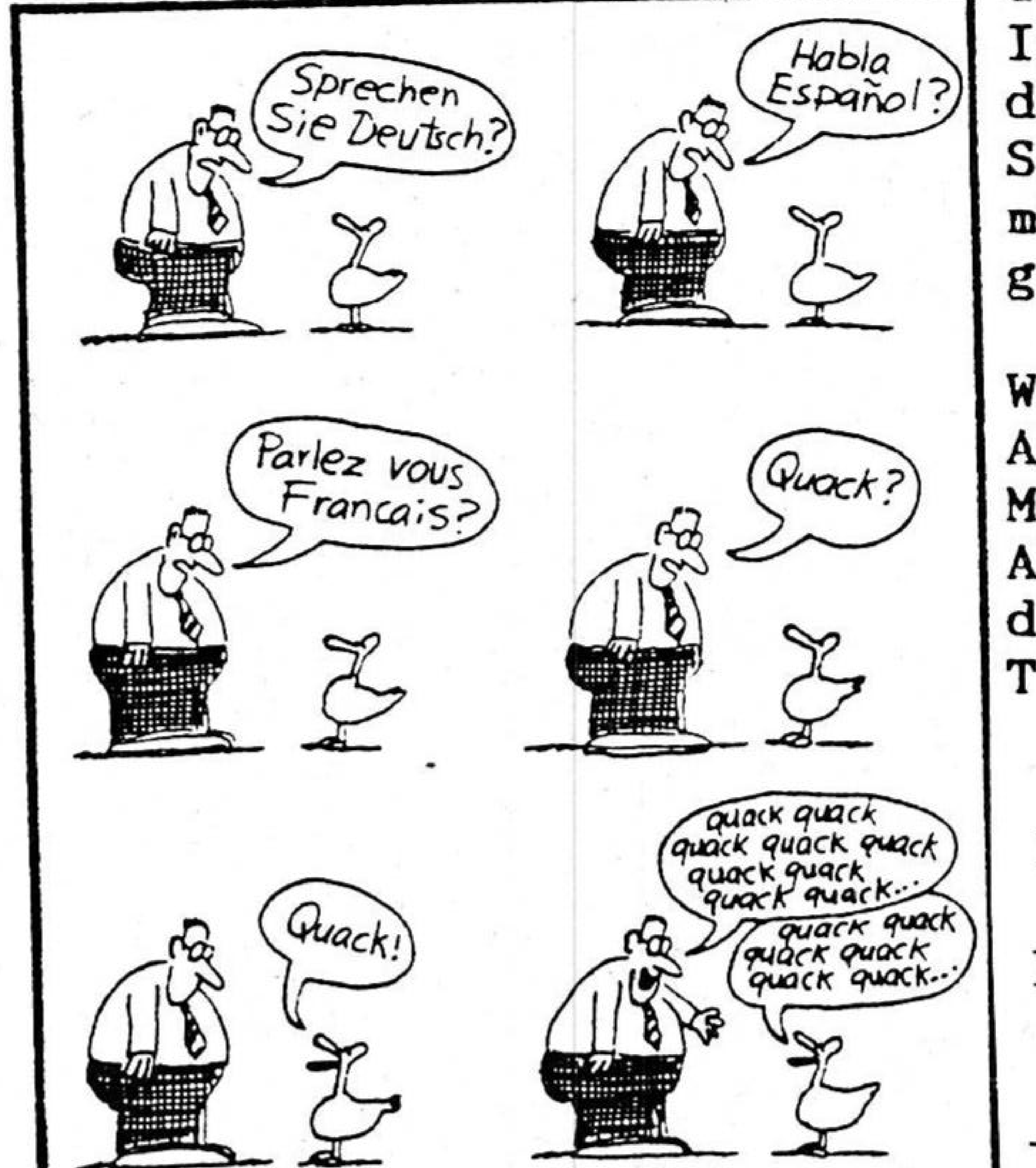
Widerstand gegen Militarypferderennen organisieren

Military"pferderennen" bestehen aus einer Dressur"prüfung", einem Gelände"ritt" (ca. 35 km) und einer Spring"prüfung". Bei dem Gelände"ritt" brechen sich viele Pferde die Beine ("Not"schlachtung ist die Folge) oder das Genick.
Europas grausamstes Military soll auch dieses Jahr - Anfang Oktober - in Pardubice (CSFR) stattfinden. Seit 1980 mußten dort hunderte von Pferden die Sensationsgier der ZuschauerInnen und die Skrupellosigkeit der VeranstalterInnen mit dem Leben bezahlen. Der 6 Meter breite und 2 Meter tiefe Taxisgraben, z.B., ist erst nach dem Absprung über eine 2,6 Meter breite Hecke zu sehen und trifft die Pferde völlig unvorbereitet. Der Sprung wird wegen seiner Gefährlichkeit vorher nicht trainiert.
Im letzten Jahr besetzten TierrechtlerInnen den Graben, um das "Rennen" zu verhindern. Sie wurden brutal von der Polizei zusammengeschlagen und noch Stunden später gefoltert.

Wir zeigen ein Fernsehvideo über die Aktion, informieren über das diesjährige Military und wollen Möglichkeiten für Aktionen in diesem Jahr sammeln und diskutieren. Wir haben dazu auch TierrechtlerInnen aus der CSFR eingeladen.

Am: 8.8., 18.00 Uhr
Im: Autonomen Tierrechts-cafe,
Drugstore, Potsdamerstr.. 180, 2.OG

- Wie immer gibt's auch vegane Volxküche -



Die Gruppe Novosty ruft auf zum heißen Herbst im Äther !

Wir haben die Schnauze voll von dem Dudelfunk, den uns die Legalisierung der freien Radioinitiativen gebracht hat. Konzertiert und koordiniert senden die freien Initiativen ab Montag, den 6. September 93.
Achtet auf die örtlichen Hinweise der lokalen Initiativkreise.
Unterstützt die lokalen Radiozellen!
Montag wird zum Radiotag!
Koordiniert Euch über Interim und den einschlägig bekannten Infocafes!

Die Schwulen und die Linken

Die linken Heterosexuellen sind kaum minder schwulenfeindlich, als der Rest der Gesellschaft , in der sie leben. Was nicht verwunderlich ist, denn es gibt keine Auseinandersetzung darüber und so werden unhinterfragt bürgeliche Moralvorstellungen, Normen, Vorurteile und Wertungen übernommen

Dieses Unterstützen der öffentlichen und privaten Normen durch die im wesentlichen männliche und patriarchale, heterosexuelle und antihomosexuelle Linke, ist eine Unterstützung des Systems selbst. Reproduzierend und wahrhaftig nicht revolutionär!
Aber Angriffe von Linken gegen Schwule laufen auf vielen unterschiedlichen Ebenen ab und haben verschiedenste Ausdrucksformen, weswegen sie von Heteros oft nicht einmal wahrgenommen werden.

subtil, subtil

Als Erwähnung in Opferlisten von faschistischer Gewalt sind wir gerngesehen. Und da sollen wir offensichtlich auch bleiben. Denn so sind wir bequem, nerven nicht.
Alibi-Opfer für's gute Gewissen.
Wenn wir als linke Schwule dann auch mal bewußt wahrgenommen werden, sind wir oft nur geduldet, weil wir so praktisch als Beweis für die wahnsinnige Toleranz der "aufgeschlossenen, antipatriarchalen" Männlichkeit herhalten.
Darauf können wir verzichten.
Denn es wird selten gut getarnt, wie sehr nur der männliche, coole Streetfighter, der harte Typ mit dem großen Schwanz und den Muskeln aus Stahl gesucht ist.
Dafür wird uns Schwulen gerne zugestanden, für kulturelles und leicht verdauliche Unterhaltung zu sorgen. Das wird konsumiert wie warme Semmeln.
Obwohl viele Schwule das als gesellschaftliche Nische und nicht als Aufbau von Gegenkultur auch annehmen, wird einem leicht speiübel, wenn die selben Tunten, die zuvor dafür gut sind, für gute Laune zu sorgen, auf einem Plenum, wenn sie im Fummel 'rumlaufen, nicht einen Deut mehr ernst genommen werden
Ganz normaler Sexismus halt.

Allerdings ist die Hetero-Linke insgesamt so prüde, daß so manches Kulturgut und einiges an schwulem Leben schwer verdaulich für sie ist. Drastischer formuliert: Die reaktionäre und HERRschaftssichernde bürgerliche Moral wird als Unterdrückungsinstrument voll angenommen.
Aber: Auch das Ignorieren von Unterdrükkungsverhältnissen durch die Betonung der angeblichen Normalität von Schwulsein, ist schwulenfeindlich, negiert es doch jegliche Notwendigkeit schwulen Kampfes und Widerstandes.

Das war jetzt viel ziemlich herbe Kritik, aber das führt hoffentlich dazu, daß ihr mal darüber nachdenkt. Keine Angst, wir fressen euch nicht
Gegen all diese Scheiße werden wir aber auch nicht, auf Integrationsfallen wartend, in Gejammer versinken, sondern wollen uns soviel Raum erkämpfen, wie wir brauchen und soviel und wie wir es für nötig halten.
Die Tunten-Terror-Antifa-Bustour'93, die wir gerade machen, ist ein Teil davon.

FÜR EIN HERRSCHAFTSFREIES LEBEN

KAMPF DER EHE

KEIN GOTT KEIN STAAT KEIN VATERLAND

CSD 93 PRIDE LICHT DER SCHWULE BEFREIEN SICH VON INHALTEN

In der Roten Flora in Hamburg wurden Schwule auf einem Konzert ernsthaft aufgefordert vor der Tür zu knutschen.

Einem Schwulen, der im Rock auf einer Antifa-Demo war, wurde nahegelegt zu verschwinden, weil er die Faschos provozieren würde und dann geschützt werden müßte.

Auf der Demo gegen die FAP-Geschäftsstelle in Halstenbeck wurden Faschos als "Schwule Säue" beschimpft. Außerdem: "Ihr müßt wohl mal wieder richtig durchgefickt werden."

"Sucker" wird als "normales" Schimpfwort benutzt, obwohl bekannt ist, daß es ein amerikanisches Schimpfwort gegen Schwule ist. Es wird sich nicht entblödet zu entgegnen, daß sucker laut Lexikon ja auch Insektensaugrüssel bedeutet.

Bei der Schwulenkneipe "Schwule Sau" in Hannover haben szenezugehörige Heteromänner und -frauen an davor stehenden Fahrrädern Luft abgelassen, weil sie am Schwulentag nicht reingelassen wurden. Im darauffolgenden Streit wurde ein Schwuler aufgefordert doch "endlich mal normal" zu reden.

Gegen den sozialen Angriff - für die soziale Revolution !

Mitte März wurden im Rahmen des "Solidarpaktes" Maßnahmen zur Bekämpfung des sog. "Sozialmißbrauchs" beschlossen, die auf eine stärkere Kontrolle und Einschüchterung von BezieherInnen staatlicher Gelder abzielen. Neben einer propagandistischen Plakat- und Anzeigenserie "Illegal ist unsozial" finden verstärkt medienwirksam inszenierte Großrazzien auf Baustellen statt, die vornehmlich der Kriminalisierung und Einschüchterung illegal Beschäftigter dienen (die gelegentlich gegen die Firmen verhängten Bußgelder sind für diese in der Regel aus der Portokasse zu begleichen, den ArbeiterInnen droht ggf. Abschiebung und Einreiseverbot), mittels Datenabgleich zwischen Arbeitsämtern und Krankenkassen sollen "Sozialbetrüger" ausfindig gemacht werden. Kernstück war jedoch die Anweisung an die Arbeitsämter, alle LeistungempfängerInnen monatlich zur Meldung vorzuladen. Ziel der Maßnahme sind zum einen Einsparungen von jeweils 1-2 Milliarden Mark für 1993 und die folgenden Jahre, indem denjenigen die Leistungen gesperrt oder gestrichen werden, die der Meldevorladung nicht oder verspätet nachkommen. Über das Ziel der konkreten Einsparungen hinaus sollen durch die Schikane und Stimmungsmache gegen "Sozialschmarotzer" Leute davon abgeschreckt werden, Sozialknete zu ziehen. In Verbindung mit den geplanten pauschalen Kürzungen von Arbeitslosenkohle/ Sozi um 3% (gemessen an der Inflation real 7-8%) und der Befristung von Arbeitslosenhilfe auf 2 Jahre, werden immer mehr Leute gezwungen, stattdessen miesbezahlte Drecksjobs zu machen. Dadurch wird das gesamte Lohnniveau gedrückt.

Selber von dieser Meldepflicht betroffen und verärgert, beschlossen wir, an diesem Punkt etwas gegen den umfassenden sozialen Angriff zu unternehmen. Die Chancen erschienen uns relativ gut, da diese Maßnahme unterschiedslos alle Arbeitslosen betraf und in den Schlangen vor den Meldestellen meistens recht "dicke Luft" war. Der reine Kontroll- und Schikanecharakter war für alle offensichtlich, auch die Angestellten des Arbeitsamtes waren über die entstehende Mehrarbeit nicht immer glücklich (es gab Berichte von Arbeitsämtern in Westdeutschland, die sich geweigert haben, die Meldeanweisung umzusetzen). So war das erste Treffen Anfang Juni auch sehr gut besucht, gemessen an dem sonst geringen Interesse der Szene am Bereich Einkommen/Arbeit/Existenz.
Wir beschlossen, auf verschiedenen Arbeitsämtern zu den Meldezeiten präsent zu sein, Flugblätter (siehe Interim Nr. 246) zu verteilen, Diskussionen zu führen, die Stimmung mitzukriegen und uns ein Bild von der konkreten Umsetzung der Meldeverordnung zu machen.

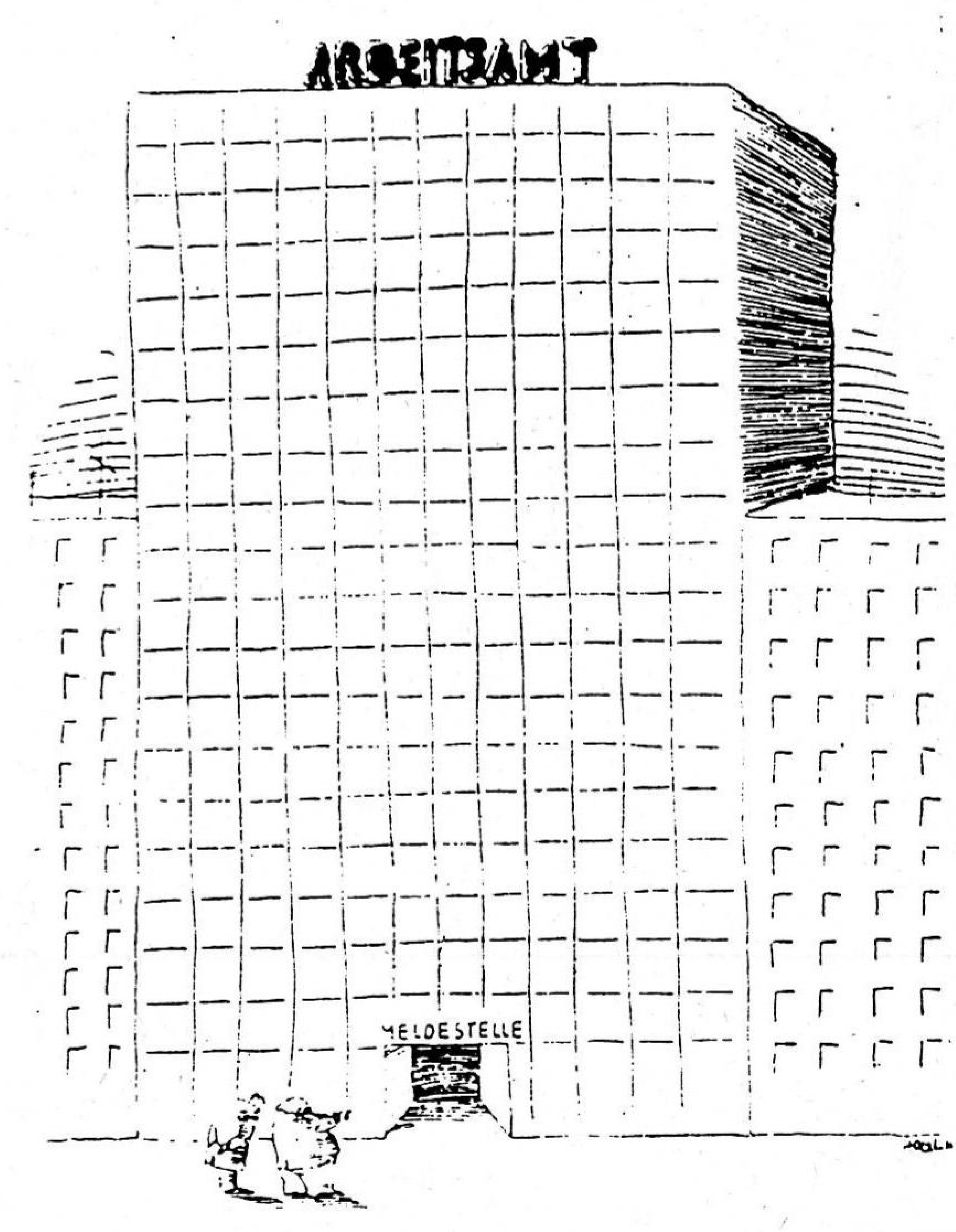
Die Umsetzung des Meldeappells in Berlin sieht unterschiedlich aus: Während z.B. im AA Lichtenberg oft Gruppen von 10- 40 Leuten vorgeladen werden, die sich in Schulzimmeratmosphäre einen Vortrag anhören müssen, um anschließend einen Fragebogen zu Nebeneinkünften etc. abzugeben, stellt mensch sich in anderen Arbeitsämtern an 'ner Schlange an, geht alleine rein, zeigt seinen Perso und wird auf der Liste der SachbearbeiterIn abgehakt. Die Vorladungen kommen oft erst drei Tage vor dem Termin. Wer nicht kommt, kriegt zwei Wochen Sperre, oft auch schon bei 5-minütigen Verspätungen oder Krankmeldungen. Wer auch beim Nachmeldetermin nicht erscheint, fliegt ganz raus. Fakt ist, daß die Arbeitsämter den monatliche Meldeappell **aller** Arbeitsloser nicht umsetzen (können). Im AA Marzahn werden z.B. jeden Monat 33% aller "LeistungsbezieherInnen" vorgeladen, so ähnlich werden die Zahlen bei den anderen Arbeitsämtern wahrscheinlich auch aussehen. Natürlich heißt das nicht, daß sich jedeR Arbeitslose nur alle 3 Monate melden muß, es gibt Schwerpunkte in "problematischen" Bereichen wie Bau und Gastronomie, bestimmte Leute müssen auch alle 2 Wochen kommen.

Die Resonanz auf unsere Flugblattaktionen war sehr unterschiedlich. Gelesen bzw. genommen haben sie die meisten, Diskussionen ergaben sich nur vereinzelt, selten bildeten sich mal Gesprächsgrüppchen, in welchen sich die Atmosphäre der Vereinzelung so aufhob, wie wir uns das

gewünscht haben. Die frustige und resignierte Stimmung konnten wir selbst auch nicht überwinden, Diskussionen beschränkten sich meist auf gemeinsames Meckern und Abkotzen, überzeugende Vorschläge für praktisches, kollektives Handeln konnten auch wir nicht machen.
Ein paar Male besuchten wir die zuständigen SachbearbeiterInnen und stellten sie "zur Rede" -dabei klinkten sich auch "normale" Arbeitslose ein- , sie zogen sich aber immer auf die selbe windelweiche Haltung zurück: "Finden wir auch nicht gut, können aber nichts dagegen machen/ haben schon alles versucht". Diese Aktionen erzeugten auch keine weitergehende Dynamik, sodaß wir keine Lust mehr hatten, uns dieselben Argumente von denselben SachbearbeiterInnen anzuhören.

Vor dem Hintergrund folgender Entwicklungen müssen wir nun unser weiteres Vorgehen planen: Der Meldeappell war aus der Sicht des Arbeitsamtes bisher relativ erfolgreich, viele haben sich schon aufgrund der Meldeaufforderung abgemeldet, insgesamt sollen um die 10% (regional unterschiedlich) aus den Leistungen gestrichen worden sein. Auf der anderen Seite konnte die Durchführung des Meldeappells "rationalisiert" werden, d.h. es gibt kaum noch Schlangen oder Wartezeiten, es wird selektiver vorgeladen. Insofern hat auch der anfängliche Ärger über die Schikane nachgelassen, die meisten arrangieren sich mit dem 1-2 monatigen Termin. Die Maßnahme ist vorläufig nur auf 6 Monate befristet, was dannach kommt, ist unbekannt. Die Funktion der Institution Arbeitsamt wird jedenfalls überdeutlich: Sie dient nicht der Vermittlung sondern der Kontrolle von Arbeitslosen.

Von großer Bedeutung sind für unsere weitere Praxis daher auch die anvisierten pauschalen Kürzungen, mit denen allein im Bereich Bundesanstalt für Arbeit/ Arbeitslosenkohle für 1994 15-16 Milliarden Mark eingespart werden sollen.
Um dem gesamten Ausmaß des sozialen Angriffs gerecht werden zu können, müssen wir auch versuchen, über unsere Belange als Arbeitslose hinaus Bezüge zu anderen, vom Krisenangriff (= alles, was darauf abzielt, das wir mehr arbeiten sollen und weniger dafür bekommen) betroffenen Bereichen herzustellen und gemeinsame Kampfstrategien zu entwickeln!!!



"DAS IST IM MOMENT UNSERE EINZIGE OFFENE STELLE!"

Unser praktischer Vorschlag ist zunächst, für Ende August/ Anfang September eine Kundgebung vor einem Arbeitsamt zu organisieren, zu der wir möglichst breit mobilisieren und auf der wir die Kürzungen und Angriffe in verschiedensten Bereichen in einen Zusammenhang stellen wollen.
Dabei geht es uns vor allem darum, die Bereitschaft auszutesten, über das verbreitete, aber konsequenzenlose Meckern hinaus aktiv zu werden, sich einzuklinken. Sollte der Versuch erfolgreich sein, wollen wir ihn an verschiedenen Orten wiederholen und für den Herbst eventuell eine Demo vorbereiten. Weiteren und besseren praktischen Vorschlägen gegenüber sind wir natürlich offen. Wir werden weiterhin Aktionen auf den Arbeitsämtern machen und unsere Ideen zur Diskussion stellen!

Für alle Betroffenen und Interessierten: Wir treffen uns jeden Mittwoch (also wieder am 4.8 und 11.8.) um 20 Uhr im Blauen Salon (oder im Vorraum), Mehringhof, Gneisenaustr. 2a / 2. Hof / 2. OG.

Gewalt gegen Behinderte

Seit einigen Monaten häufen sich Berichte über tätliche Angriffe und Überfälle auf Behinderte. Als Osteogenesis imperfecta-(OI)-Betroffener muß ich mich schon deshalb mit diesem Phänomen beschäftigen, weil für mich schon geringste körperliche Attacken katastrophale Folgen haben können. Aber auch andere Behinderte sollten sich davor hüten, dieses Phänomen zu ignorieren, oder es lediglich einer kleinen Gruppe von sogenannten "gewaltbereiten rechten Spinnern" zuzuschreiben, wie dies zur Zeit gerne von offizieller Seite getan wird.
Verständnis für die "armen, irregeleiteten" Täter, denen Zukunftsperspektiven, familiäre Geborgenheit und was noch alles fehlen und die deshalb ihren "Frust" an Schwächeren abreagieren, will und kann ich beim besten Willen nicht aufbringen. Solche Erklärungsmuster helfen mir als potentiellem Opfer wenig, und außerdem kann ich kein Verständnis für Leute entwickeln, die mir nach dem Leben trachten. Ich möchte auch keinen weiteren Betroffenheitsaufsatz zu diesem Thema schreiben. Davon gibt es zur Zeit wahrhaftig genug. Auch wenn viele Behinderte es nicht wahrhaben wollen, die Ursachen für die Gewalt und die daraus resultierende Bedrohung für uns liegen tiefer, weil sie ein Zeichen für das Verhältnis sind, das unsere nichtbehinderten Mitbürger tatsächlich zu uns haben.

Ist Gewalt gegen Behinderte wirklich so neu?

Es ist in diesem Zusammenhang u.a. von erheblichen Interesse, ob Gewalt gegen Behinderte in letzter Zeit tatsächlich derart zugenommen hat oder ob sich die Öffentlichkeit heute lediglich mehr damit beschäftigt. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang überlegen, wo Gewalt tatsächlich anfängt.
Gewalt gegen uns gab es auch schon, bevor die Medien dieses Phänomen entdeckt haben. Rollstuhlfahrer wurden auch früher schon nicht in Gaststätten und Kinos eingelassen. Prozesse gegen Reiseveranstalter, wegen der Anwesenheit von Spastikergruppen in Ferienhotels, gab es bereits vor zehn Jahren. Behinderte wurden schon immer von inkompetenten oder überforderten Behördenbediensteten in Heime gesteckt. Geistig Behinderte waren schon immer dem Hohn und Spott ihrer Mitmenschen ausgesetzt. Behinderte Kinder wurden auch früher schon - oft lebenslänglich - von ihren Eltern versteckt. Behinderte Frauen waren auch schon vor 1992 Opfer von Vergewaltigungen. Auch vor Singers Thesen wurden neugeborene behinderte Kinder ohne Behandlung liegen gelassen.
Die Gewalt beginnt nicht erst beim Mordversuch oder einer Vergewaltigung. Einen Menschen an einem menschenwürdigen Leben zu hindern, ist ebenfalls Gewalt. Diese alltägliche Gewalt wurde in der Vergangenheit und wird auch heute nicht als solche registriert, weil die Fälle meist nicht so spektakulär waren bzw. sind, daß sie genügend Stoff für die Medien hergeben würden. Daß die Öffentlichkeit heute mehr darüber erfährt, ist gut und wichtig. Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob Art und Häufigkeit der Berichterstattung die Grundeinstellung unserer Mitmenschen dauerhaft ändern wird. Wir werden in den Berichten immer noch als die "armen, bedauernswerten Krüppel" dargestellt und kaum jemand bemüht sich, etwas tiefer zu graben und sich mit der Einstellung der "braven Bürger" uns gegenüber zu beschäftigen bzw. über die Ursachen dieser Einstellung nachzudenken. Gerade das Wissen um diese Einstellung könnte für Behinderte evtl. einmal überlebenswichtig werden.

Wie sehen uns eigentlich unsere Mitmenschen?

Gesellschaftliche Einstellungen resultieren aus der Wahrnehmung. Nichtbehinderte nehmen uns in der Regel immer zuerst durch unsere oft andersartigen Lebensumstände und Bedürfnisse wahr. Das beginnt bei der Art unserer Fortbewegung, auf Krücken oder im Rollstuhl, bis hin zum daraus folgenden speziellen Toilettenhäuschen. Die Rampe am Rathaus, der Behindertenfahrdienst, die Pflegedienste, die "beschützende Werkstatt" und all die anderen Sondermaßnahmen und -einrichtungen bilden die Fixpunkte, durch die die nichtbehinderte Umwelt unsere Existenz hauptsächlich wahrnimmt.
Durch diese Wahrnehmungsweise und die Berichterstattung über die "guten Taten", die zu unserer Integration unternommen werden, werden Behinderte immer zuerst als gesellschaftliche Kostenfaktoren wahrgenommen. Das Bild vom "armen, hilflosen Krüppel", der Hilfe braucht und froh sein muß, wenn man sie ihm gewährt, hat sich in den letzten Jahren leider nicht sehr verändert. Nichtbehinderte machen mich in letzter Zeit, meistens indirekt, wieder häufiger darauf aufmerksam, daß meine Existenz eigentlich eine erhebliche Belastung für Staat und Steuerzahler sei. Welcher Behinderte wurde nicht schon mit dem Spruch genervt, daß in der Nachbargemeinde wieder ein Behindertenheim eingeweiht wurde und wieviel das wohl gekostet habe. Für Politiker und Funktionäre ist es stets ein willkommener Anlaß, bei der Eröffnung einer weiteren Sonder-Einrichtung darauf hinzuweisen, wie sehr man sich doch für uns einsetze und daß keine Kosten und Mühen gescheut würden, uns in die Gesellschaft zu integrieren. "Es wird doch viel für Euch getan", diesen Satz kennen wir wohl alle. Mit welchen Anstrengungen es zum Teil verbunden ist, diese vermeintlichen Annehmlichkeiten zu erkämpfen, will kein Mensch wirklich wissen, weil man sich ja dann näher mit seiner eigenen Einstellung gegenüber Behinderten beschäftigen müßte.
Ein weiterer Faktor, der die Einstellung Nichtbehinderter wesentlich beeinflußt, ist die Tatsache, daß sich Wissenschaftler, spätestens seit Herrn Singer, wieder laut über unsere Existenzberechtigung äußern. In Dissertationen beschäftigt man sich damit, daß die Gesellschaft "an jedem nicht geborenen Behinderten durchschnittlich 7,3 Millionen DM sparen" könne, was "bei 100.000 genetisch Geschädigten" 730 Milliarden bedeute (Spiegel 5/93). Spätestens hier bin ich als OI-Betroffener, dessen Behinderung genetisch bedingt ist, auch gemeint.
Unter diesen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, daß sich die Forschung immer mehr mit der Vermeidung von Behinderung (Pränatale Dia-

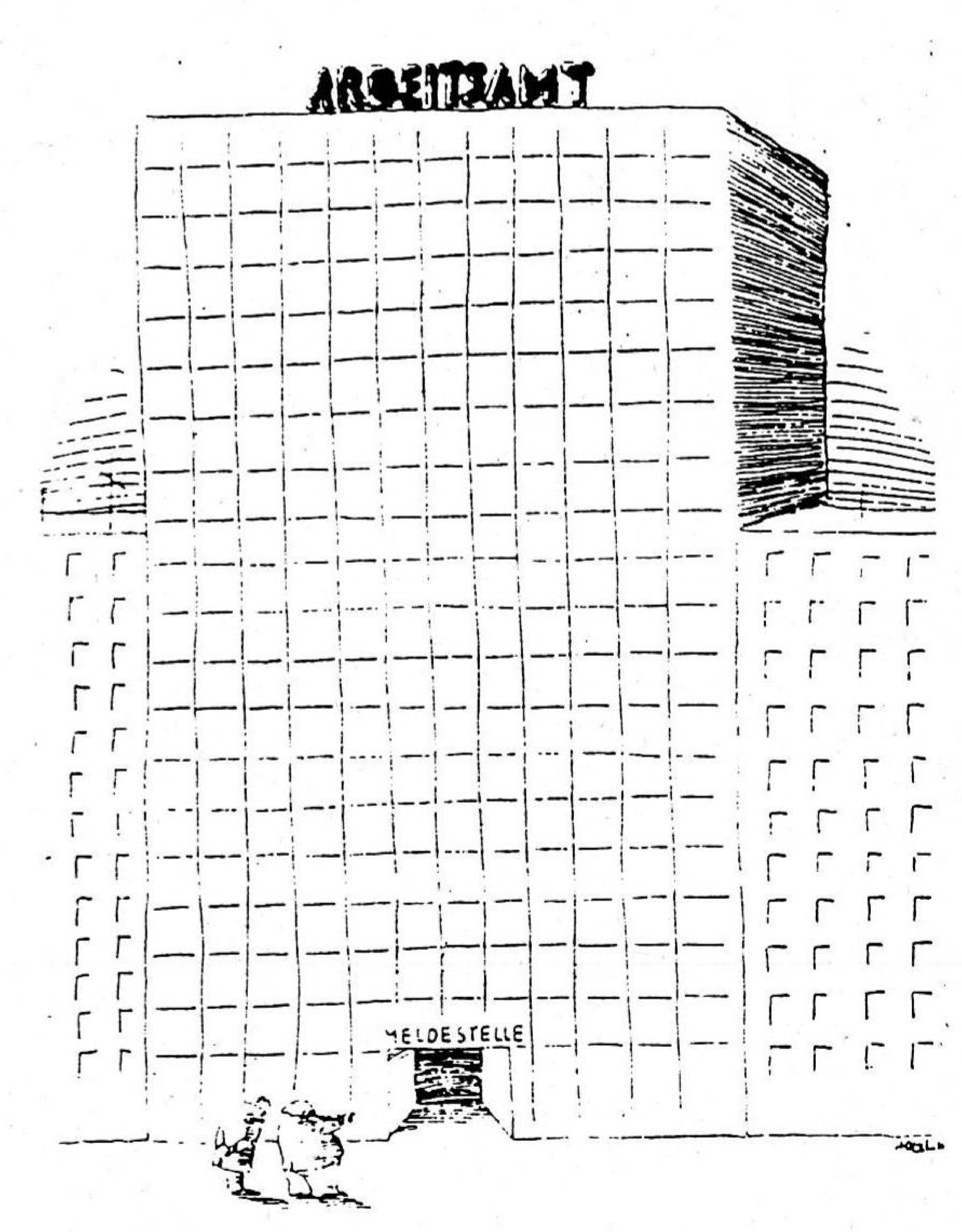
Foto: Ursula Aurlen, Berlin

gewünscht haben. Die frustige und resignierte Stimmung konnten wir selbst auch nicht überwinden, Diskussionen beschränkten sich meist auf gemeinsames Meckern und Abkotzen, überzeugende Vorschläge für praktisches, kollektives Handeln konnten auch wir nicht machen.
Ein paar Male besuchten wir die zuständigen SachbearbeiterInnen und stellten sie "zur Rede" -dabei klinkten sich auch "normale" Arbeitslose ein- , sie zogen sich aber immer auf die selbe windelweiche Haltung zurück: "Finden wir auch nicht gut, können aber nichts dagegen machen/ haben schon alles versucht". Diese Aktionen erzeugten auch keine weitergehende Dynamik, sodaß wir keine Lust mehr hatten, uns dieselben Argumente von denselben SachbearbeiterInnen anzuhören.

Vor dem Hintergrund folgender Entwicklungen müssen wir nun unser weiteres Vorgehen planen: Der Meldeappell war aus der Sicht des Arbeitsamtes bisher relativ erfolgreich, viele haben sich schon aufgrund der Meldeaufforderung abgemeldet, insgesamt sollen um die 10% (regional unterschiedlich) aus den Leistungen gestrichen worden sein. Auf der anderen Seite konnte die Durchführung des Meldeappells "rationalisiert" werden, d.h. es gibt kaum noch Schlangen oder Wartezeiten, es wird selektiver vorgeladen. Insofern hat auch der anfängliche Ärger über die Schikane nachgelassen, die meisten arrangieren sich mit dem 1-2 monatigen Termin. Die Maßnahme ist vorläufig nur auf 6 Monate befristet, was dannach kommt, ist unbekannt. Die Funktion der Institution Arbeitsamt wird jedenfalls überdeutlich: Sie dient nicht der Vermittlung sondern der Kontrolle von Arbeitslosen.

Von großer Bedeutung sind für unsere weitere Praxis daher auch die anvisierten pauschalen Kürzungen, mit denen allein im Bereich Bundesanstalt für Arbeit/ Arbeitslosenkohle für 1994 15-16 Milliarden Mark eingespart werden sollen.
Um dem gesamten Ausmaß des sozialen Angriffs gerecht werden zu können, müssen wir auch versuchen, über unsere Belange als Arbeitslose hinaus Bezüge zu anderen, vom Krisenangriff (= alles, was darauf abzielt, das wir mehr arbeiten sollen und weniger dafür bekommen) betroffenen Bereichen herzustellen und gemeinsame Kampfstrategien zu entwickeln!!!

Unser praktischer Vorschlag ist zunächst, für Ende August/ Anfang September eine Kundgebung vor einem Arbeitsamt zu organisieren, zu der wir möglichst breit mobilisieren und auf der wir die Kürzungen und Angriffe in verschiedensten Bereichen in einen Zusammenhang stellen wollen.
Dabei geht es uns vor allem darum, die Bereitschaft auszutesten, über das verbreitete, aber konsequenzenlose Meckern hinaus aktiv zu werden, sich einzuklinken. Sollte der Versuch erfolgreich sein, wollen wir ihn an verschiedenen Orten wiederholen und für den Herbst eventuell eine Demo vorbereiten. Weiteren und besseren praktischen Vorschlägen gegenüber sind wir natürlich offen. Wir werden weiterhin Aktionen auf den Arbeitsämtern machen und unsere Ideen zur Diskussion stellen!



"DAS IST IM MOMENT UNSERE EINZIGE OFFENE STELLE!"

Für alle Betroffenen und Interessierten: Wir treffen uns jeden Mittwoch (also wieder am 4.8 und 11.8.) um 20 Uhr im Blauen Salon (oder im Vorraum), Mehringhof, Gneisenaustr. 2a / 2. Hof / 2. OG.

Gewalt gegen Behinderte

Seit einigen Monaten häufen sich Berichte über tätliche Angriffe und Überfälle auf Behinderte. Als Osteogenesis imperfecta-(OI)-Betroffener muß ich mich schon deshalb mit diesem Phänomen beschäftigen, weil für mich schon geringste körperliche Attacken katastrophale Folgen haben können. Aber auch andere Behinderte sollten sich davor hüten, dieses Phänomen zu ignorieren, oder es lediglich einer kleinen Gruppe von sogenannten "gewaltbereiten rechten Spinnern" zuzuschreiben, wie dies zur Zeit gerne von offizieller Seite getan wird.
Verständnis für die "armen, irregeleiteten" Täter, denen Zukunftsperspektiven, familiäre Geborgenheit und was noch alles fehlen und die deshalb ihren "Frust" an Schwächeren abreagieren, will und kann ich beim besten Willen nicht aufbringen. Solche Erklärungsmuster helfen mir als potentiellem Opfer wenig, und außerdem kann ich kein Verständnis für Leute entwickeln, die mir nach dem Leben trachten. Ich möchte auch keinen weiteren Betroffenheitsaufsatz zu diesem Thema schreiben. Davon gibt es zur Zeit wahrhaftig genug. Auch wenn viele Behinderte es nicht wahrhaben wollen, die Ursachen für die Gewalt und die daraus resultierende Bedrohung für uns liegen tiefer, weil sie ein Zeichen für das Verhältnis sind, das unsere nichtbehinderten Mitbürger tatsächlich zu uns haben.

Ist Gewalt gegen Behinderte wirklich so neu?

Es ist in diesem Zusammenhang u.a. von erheblichen Interesse, ob Gewalt gegen Behinderte in letzter Zeit tatsächlich derart zugenommen hat oder ob sich die Öffentlichkeit heute lediglich mehr damit beschäftigt. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang überlegen, wo Gewalt tatsächlich anfängt.
Gewalt gegen uns gab es auch schon, bevor die Medien dieses Phänomen entdeckt haben. Rollstuhlfahrer wurden auch früher schon nicht in Gaststätten und Kinos eingelassen. Prozesse gegen Reiseveranstalter, wegen der Anwesenheit von Spastikergruppen in Ferienhotels, gab es bereits vor zehn Jahren. Behinderte wurden schon immer von inkompetenten oder überforderten Behördenbediensteten in Heime gesteckt. Geistig Behinderte waren schon immer dem Hohn und Spott ihrer Mitmenschen ausgesetzt. Behinderte Kinder wurden auch früher schon - oft lebenslänglich - von ihren Eltern versteckt. Behinderte Frauen waren auch schon vor 1992 Opfer von Vergewaltigungen. Auch vor Singers Thesen wurden neugeborene behinderte Kinder ohne Behandlung liegen gelassen.
Die Gewalt beginnt nicht erst beim Mordversuch oder einer Vergewaltigung. Einen Menschen an einem menschenwürdigen Leben zu hindern, ist ebenfalls Gewalt. Diese alltägliche Gewalt wurde in der Vergangenheit und wird auch heute nicht als solche registriert, weil die Fälle meist nicht so spektakulär waren bzw. sind, daß sie genügend Stoff für die Medien hergeben würden. Daß die Öffentlichkeit heute mehr darüber erfährt, ist gut und wichtig. Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob Art und Häufigkeit der Berichterstattung die Grundeinstellung unserer Mitmenschen dauerhaft ändern wird. Wir werden in den Berichten immer noch als die "armen, bedauernswerten Krüppel" dargestellt und kaum jemand bemüht sich, etwas tiefer zu graben und sich mit der Einstellung der "braven Bürger" uns gegenüber zu beschäftigen bzw. über die Ursachen dieser Einstellung nachzudenken. Gerade das Wissen um diese Einstellung könnte für Behinderte evtl. einmal überlebenswichtig werden.

Wie sehen uns eigentlich unsere Mitmenschen?

Gesellschaftliche Einstellungen resultieren aus der Wahrnehmung. Nichtbehinderte nehmen uns in der Regel immer zuerst durch unsere oft andersartigen Lebensumstände und Bedürfnisse wahr. Das beginnt bei der Art unserer Fortbewegung, auf Krücken oder im Rollstuhl, bis hin zum daraus folgenden speziellen Toilettenhäuschen. Die Rampe am Rathaus, der Behindertenfahrdienst, die Pflegedienste, die "beschützende Werkstatt" und all die anderen Sondermaßnahmen und -einrichtungen bilden die Fixpunkte, durch die die nichtbehinderte Umwelt unsere Existenz hauptsächlich wahrnimmt.
Durch diese Wahrnehmungsweise und die Berichterstattung über die "guten Taten", die zu unserer Integration unternommen werden, werden Behinderte immer zuerst als gesellschaftliche Kostenfaktoren wahrgenommen. Das Bild vom "armen, hilflosen Krüppel", der Hilfe braucht und froh sein muß, wenn man sie ihm gewährt, hat sich in den letzten Jahren leider nicht sehr verändert. Nichtbehinderte machen mich in letzter Zeit, meistens indirekt, wieder häufiger darauf aufmerksam, daß meine Existenz eigentlich eine erhebliche Belastung für Staat und Steuerzahler sei. Welcher Behinderte wurde nicht schon mit dem Spruch genervt, daß in der Nachbargemeinde wieder ein Behindertenheim eingeweiht wurde und wieviel das wohl gekostet habe. Für Politiker und Funktionäre ist es stets ein willkommener Anlaß, bei der Eröffnung einer weiteren Sonder-Einrichtung darauf hinzuweisen, wie sehr man sich doch für uns einsetze und daß keine Kosten und Mühen gescheut würden, uns in die Gesellschaft zu integrieren. "Es wird doch viel für Euch getan", diesen Satz kennen wir wohl alle. Mit welchen Anstrengungen es zum Teil verbunden ist, diese vermeintlichen Annehmlichkeiten zu erkämpfen, will kein Mensch wirklich wissen, weil man sich ja dann näher mit seiner eigenen Einstellung gegenüber Behinderten beschäftigen müßte.
Ein weiterer Faktor, der die Einstellung Nichtbehinderter wesentlich beeinflußt, ist die Tatsache, daß sich Wissenschaftler, spätestens seit Herrn Singer, wieder laut über unsere Existenzberechtigung äußern. In Dissertationen beschäftigt man sich damit, daß die Gesellschaft "an jedem nicht geborenen Behinderten durchschnittlich 7,3 Millionen DM sparen" könne, was "bei 100.000 genetisch Geschädigten" 730 Milliarden bedeute (Spiegel 5/93). Spätestens hier bin ich als OI-Betroffener, dessen Behinderung genetisch bedingt ist, auch gemeint.
Unter diesen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, daß sich die Forschung immer mehr mit der Vermeidung von Behinderung (Pränatale Dia-

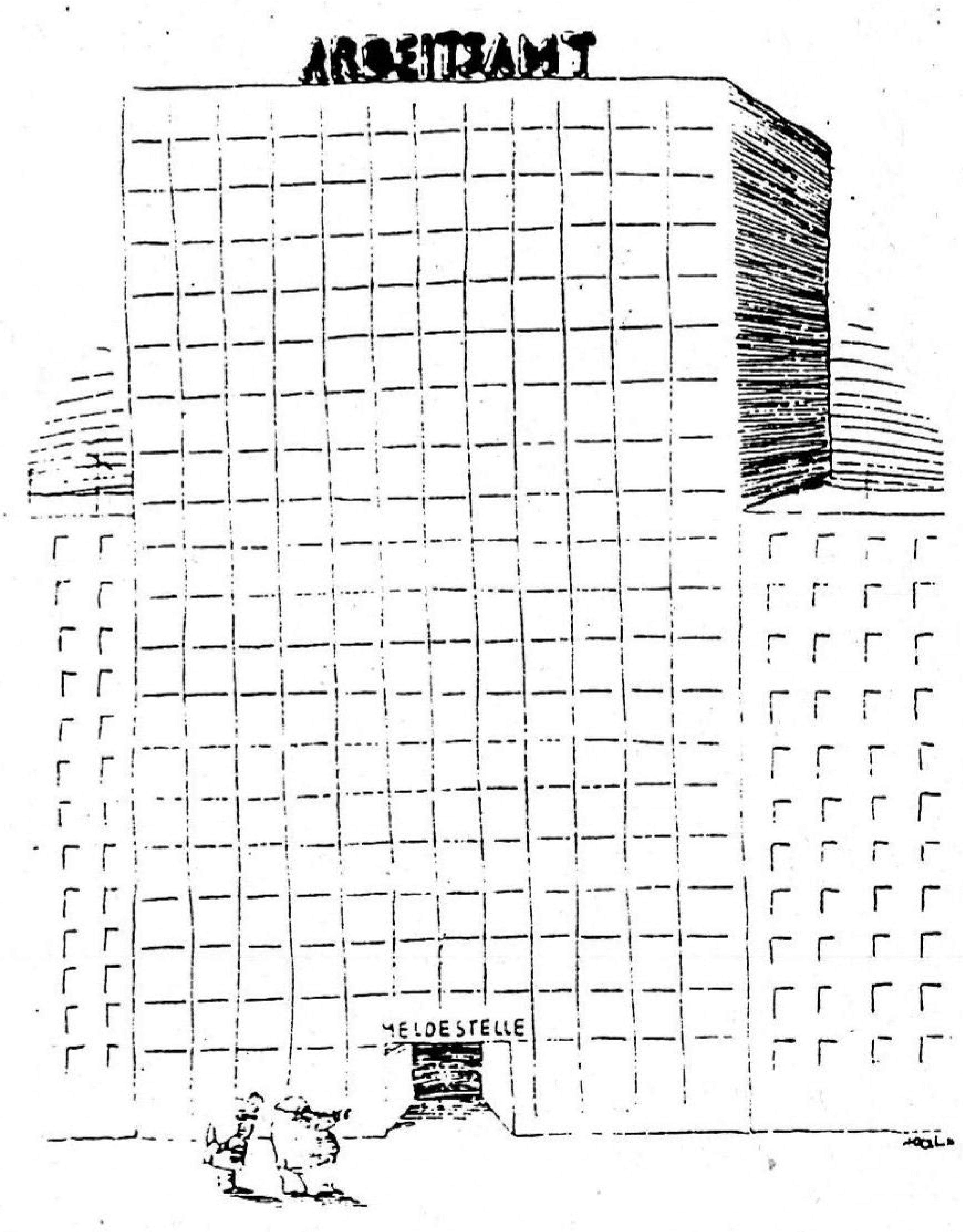
FREMD IST DER FREMDE NUR IN DER FREMDE

Foto: Ursula Aurien, Berlin

gewünscht haben. Die frustige und resignierte Stimmung konnten wir selbst auch nicht überwinden, Diskussionen beschränkten sich meist auf gemeinsames Meckern und Abkotzen, überzeugende Vorschläge für praktisches, kollektives Handeln konnten auch wir nicht machen.
Ein paar Male besuchten wir die zuständigen SachbearbeiterInnen und stellten sie "zur Rede" -dabei klinkten sich auch "normale" Arbeitslose ein- , sie zogen sich aber immer auf die selbe windelweiche Haltung zurück: "Finden wir auch nicht gut, können aber nichts dagegen machen/ haben schon alles versucht". Diese Aktionen erzeugten auch keine weitergehende Dynamik, sodaß wir keine Lust mehr hatten, uns dieselben Argumente von denselben SachbearbeiterInnen anzuhören.

Vor dem Hintergrund folgender Entwicklungen müssen wir nun unser weiteres Vorgehen planen: Der Meldeappell war aus der Sicht des Arbeitsamtes bisher relativ erfolgreich, viele haben sich schon aufgrund der Meldeaufforderung abgemeldet, insgesamt sollen um die 10% (regional unterschiedlich) aus den Leistungen gestrichen worden sein. Auf der anderen Seite konnte die Durchführung des Meldeappells "rationalisiert" werden, d.h. es gibt kaum noch Schlangen oder Wartezeiten, es wird selektiver vorgeladen. Insofern hat auch der anfängliche Ärger über die Schikane nachgelassen, die meisten arrangieren sich mit dem 1-2 monatigen Termin. Die Maßnahme ist vorläufig nur auf 6 Monate befristet, was dannach kommt, ist unbekannt. Die Funktion der Institution Arbeitsamt wird jedenfalls überdeutlich: Sie dient nicht der Vermittlung sondern der Kontrolle von Arbeitslosen.

Von großer Bedeutung sind für unsere weitere Praxis daher auch die anvisierten pauschalen Kürzungen, mit denen allein im Bereich Bundesanstalt für Arbeit/ Arbeitslosenkohle für 1994 15-16 Milliarden Mark eingespart werden sollen.
Um dem gesamten Ausmaß des sozialen Angriffs gerecht werden zu können, müssen wir auch versuchen, über unsere Belange als Arbeitslose hinaus Bezüge zu anderen, vom Krisenangriff (= alles, was darauf abzielt, das wir mehr arbeiten sollen und weniger dafür bekommen) betroffenen Bereichen herzustellen und gemeinsame Kampfstrategien zu entwickeln!!!



"DAS IST IM MOMENT UNSERE EINZIGE OFFENE STELLE!"

Unser praktischer Vorschlag ist zunächst, für Ende August/ Anfang September eine Kundgebung vor einem Arbeitsamt zu organisieren, zu der wir möglichst breit mobilisieren und auf der wir die Kürzungen und Angriffe in verschiedensten Bereichen in einen Zusammenhang stellen wollen.
Dabei geht es uns vor allem darum, die Bereitschaft auszutesten, über das verbreitete, aber konsequenzenlose Meckern hinaus aktiv zu werden, sich einzuklinken. Sollte der Versuch erfolgreich sein, wollen wir ihn an verschiedenen Orten wiederholen und für den Herbst eventuell eine Demo vorbereiten. Weiteren und besseren praktischen Vorschlägen gegenüber sind wir natürlich offen. Wir werden weiterhin Aktionen auf den Arbeitsämtern machen und unsere Ideen zur Diskussion stellen!

Für alle Betroffenen und Interessierten: Wir treffen uns jeden Mittwoch (also wieder am 4.8 und 11.8.) um 20 Uhr im Blauen Salon (oder im Vorraum), Mehringhof, Gneisenaustr. 2a / 2. Hof / 2. OG.

Gewalt gegen Behinderte

Seit einigen Monaten häufen sich Berichte über tätliche Angriffe und Überfälle auf Behinderte. Als Osteogenesis imperfecta-(OI)-Betroffener muß ich mich schon deshalb mit diesem Phänomen beschäftigen, weil für mich schon geringste körperliche Attacken katastrophale Folgen haben können. Aber auch andere Behinderte sollten sich davor hüten, dieses Phänomen zu ignorieren, oder es lediglich einer kleinen Gruppe von sogenannten "gewaltbereiten rechten Spinnern" zuzuschreiben, wie dies zur Zeit gerne von offizieller Seite getan wird.
Verständnis für die "armen, irregeleiteten" Täter, denen Zukunftsperspektiven, familiäre Geborgenheit und was noch alles fehlen und die deshalb ihren "Frust" an Schwächeren abreagieren, will und kann ich beim besten Willen nicht aufbringen. Solche Erklärungsmuster helfen mir als potentiellem Opfer wenig, und außerdem kann ich kein Verständnis für Leute entwickeln, die mir nach dem Leben trachten. Ich möchte auch keinen weiteren Betroffenheitsaufsatz zu diesem Thema schreiben. Davon gibt es zur Zeit wahrhaftig genug. Auch wenn viele Behinderte es nicht wahrhaben wollen, die Ursachen für die Gewalt und die daraus resultierende Bedrohung für uns liegen tiefer, weil sie ein Zeichen für das Verhältnis sind, das unsere nichtbehinderten Mitbürger tatsächlich zu uns haben.

Ist Gewalt gegen Behinderte wirklich so neu?

Es ist in diesem Zusammenhang u.a. von erheblichen Interesse, ob Gewalt gegen Behinderte in letzter Zeit tatsächlich derart zugenommen hat oder ob sich die Öffentlichkeit heute lediglich mehr damit beschäftigt. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang überlegen, wo Gewalt tatsächlich anfängt.
Gewalt gegen uns gab es auch schon, bevor die Medien dieses Phänomen entdeckt haben. Rollstuhlfahrer wurden auch früher schon nicht in Gaststätten und Kinos eingelassen. Prozesse gegen Reiseveranstalter, wegen der Anwesenheit von Spastikergruppen in Ferienhotels, gab es bereits vor zehn Jahren. Behinderte wurden schon immer von inkompetenten oder überforderten Behördenbediensteten in Heime gesteckt. Geistig Behinderte waren schon immer dem Hohn und Spott ihrer Mitmenschen ausgesetzt. Behinderte Kinder wurden auch früher schon - oft lebenslänglich - von ihren Eltern versteckt. Behinderte Frauen waren auch schon vor 1992 Opfer von Vergewaltigungen. Auch vor Singers Thesen wurden neugeborene behinderte Kinder ohne Behandlung liegen gelassen.
Die Gewalt beginnt nicht erst beim Mordversuch oder einer Vergewaltigung. Einen Menschen an einem menschenwürdigen Leben zu hindern, ist ebenfalls Gewalt. Diese alltägliche Gewalt wurde in der Vergangenheit und wird auch heute nicht als solche registriert, weil die Fälle meist nicht so spektakulär waren bzw. sind, daß sie genügend Stoff für die Medien hergeben würden. Daß die Öffentlichkeit heute mehr darüber erfährt, ist gut und wichtig. Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob Art und Häufigkeit der Berichterstattung die Grundeinstellung unserer Mitmenschen dauerhaft ändern wird. Wir werden in den Berichten immer noch als die "armen, bedauernswerten Krüppel" dargestellt und kaum jemand bemüht sich, etwas tiefer zu graben und sich mit der Einstellung der "braven Bürger" uns gegenüber zu beschäftigen bzw. über die Ursachen dieser Einstellung nachzudenken. Gerade das Wissen um diese Einstellung könnte für Behinderte evtl. einmal überlebenswichtig werden.

Wie sehen uns eigentlich unsere Mitmenschen?

Foto: Ursula Aurlen, Berlin

Gesellschaftliche Einstellungen resultieren aus der Wahrnehmung. Nichtbehinderte nehmen uns in der Regel immer zuerst durch unsere oft andersartigen Lebensumstände und Bedürfnisse wahr. Das beginnt bei der Art unserer Fortbewegung, auf Krücken oder im Rollstuhl, bis hin zum daraus folgenden speziellen Toilettenhäuschen. Die Rampe am Rathaus, der Behindertenfahrdienst, die Pflegedienste, die "beschützende Werkstatt" und all die anderen Sondermaßnahmen und -einrichtungen bilden die Fixpunkte, durch die die nichtbehinderte Umwelt unsere Existenz hauptsächlich wahrnimmt.
Durch diese Wahrnehmungsweise und die Berichterstattung über die "guten Taten", die zu unserer Integration unternommen werden, werden Behinderte immer zuerst als gesellschaftliche Kostenfaktoren wahrgenommen. Das Bild vom "armen, hilflosen Krüppel", der Hilfe braucht und froh sein muß, wenn man sie ihm gewährt, hat sich in den letzten Jahren leider nicht sehr verändert. Nichtbehinderte machen mich in letzter Zeit, meistens indirekt, wieder häufiger darauf aufmerksam, daß meine Existenz eigentlich eine erhebliche Belastung für Staat und Steuerzahler sei. Welcher Behinderte wurde nicht schon mit dem Spruch genervt, daß in der Nachbargemeinde wieder ein Behindertenheim eingeweiht wurde und wieviel das wohl gekostet habe. Für Politiker und Funktionäre ist es stets ein willkommener Anlaß, bei der Eröffnung einer weiteren Sonder-Einrichtung darauf hinzuweisen, wie sehr man sich doch für uns einsetze und daß keine Kosten und Mühen gescheut würden, uns in die Gesellschaft zu integrieren. "Es wird doch viel für Euch getan", diesen Satz kennen wir wohl alle. Mit welchen Anstrengungen es zum Teil verbunden ist, diese vermeintlichen Annehmlichkeiten zu erkämpfen, will kein Mensch wirklich wissen, weil man sich ja dann näher mit seiner eigenen Einstellung gegenüber Behinderten beschäftigen müßte.
Ein weiterer Faktor, der die Einstellung Nichtbehinderter wesentlich beeinflußt, ist die Tatsache, daß sich Wissenschaftler, spätestens seit Herrn Singer, wieder laut über unsere Existenzberechtigung äußern. In Dissertationen beschäftigt man sich damit, daß die Gesellschaft "an jedem nicht geborenen Behinderten durchschnittlich 7,3 Millionen DM sparen" könne, was "bei 100.000 genetisch Geschädigten" 730 Milliarden bedeute (Spiegel 5/93). Spätestens hier bin ich als OI-Betroffener, dessen Behinderung genetisch bedingt ist, auch gemeint.
Unter diesen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, daß sich die Forschung immer mehr mit der Vermeidung von Behinderung (Pränatale Dia-

gnostik etc.) befaßt, anstatt mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der lebenden Behinderten. Behinderung wird auch im wissenschaftlichen Diskurs mehr und mehr mit Leid, Not, Elend und vor allem mit Kosten verbunden. Obwohl der Diskurs streng wissenschaftlich geführt wird, gelangen Teile davon, meistens noch "unverdaut", bis an die Stammtische. Spätestens dort ist es vorbei mit der Wissenschaftlichkeit. Mischt man sich als Behinderter in die Stammtischversion dieses Diskurses ein, - der wissenschaftliche Diskurs findet sowieso ohne unsere Beteiligung statt - kommt meistens schnell die Antwort, daß man selbst natürlich nicht gemeint sei, was mich fatal an das Beispiel vom ausländischen Arbeitskollegen erinnert, den jeder hat und der ein prima Kumpel sei und der auch nie gemeint ist, wenn man gegen Ausländer hetzt. Es gehe ja "nur" um die, die sich überhaupt nicht selbst helfen könnten, für die der Staat für alles aufkommen müsse und die ja sowieso "nichts vom Leben hätten, weil es für sie nur eine Qual" sei. Spätestens hier sitzen Singer, Hackethal, Atrott und ihre Adepten mit am Stammtisch.



Konkurrenzneid

Durch die Art, wie uns die nichtbehinderte Öffentlichkeit wahrnimmt und wie man über unsere Existenzberechtigung diskutiert, stehen wir in einer Reihe mit anderen gesellschaftlichen Gruppen wie Alten, Sozialhilfeempfängern, Asylanten usw., die, je nach politischer Großwetterlage und Absicht, entweder als "Kostenfaktoren" (s. "Asylantenschwemme") oder als Beispiel guter Taten bedarfsweise hervorgehoben werden.
In Zeiten zunehmender wirtschaftlicher, politischer und moralischer Unsicherheit und Desorientierung erwecken derartige Darstellungs- und die daraus resultierenden Denkweisen sozialen Neid. Dieser Neid auf vermeintliche Konkurrenz an den "Fleischtöpfen" ist übrigens nicht nur bei Nichtbehinderten anzutreffen. Auch von Behinderten höre ich oft genug, daß "für Asylanten, Ausländer, Asoziale usw. ja so viel Geld ausgegeben", aber niemand an uns Behinderte denken würde. Ich erspare mir hierzu einen weiteren Kommentar. Solche Denkweisen zeigen allerdings, daß die Kosten-Argumentation wirkt. Sozialneid, gepaart mit fortschreitender finanzieller und auch geistiger Verarmung unserer Gesellschaft sind Teil der Ursachen für die zunehmende Gewalt gegen Behinderte. Das Bild, das von uns in der Öffentlichkeit gezeichnet wird, fördert zumindest die Zunahme des Sozialneides.



Was können wir tun?

Die Forderung nach einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz ist prinzipiell ein guter Ansatz. Es ist jedoch zu befürchten, daß ein solches Gesetz nichts an der Grundeinstellung der Bevölkerung ändern wird.
Seit den sechziger Jahren gibt es in den USA Gesetze gegen Rassendiskriminierung. An den Lebensumständen der Schwarzen hat sich bis heute trotzdem nicht viel geändert.
Wer ernsthaft glaubt, rechtsradikale Randalierer, unterstützt vom losgelassenen Mob, würden sich um Gesetze scheren, sollte spätestens seit Hoyerswerda, Rostock und Mölln klüger geworden sein. Verlassen wir uns auf die Ordnungshüter oder auf unsere Mitmenschen, dürften sich unsere Chancen im Alltag auch nicht wesentlich verbessern. Ich erinnere hier an den Fall der Rollstuhlfahrerin, die einen Überfall auf sich zur Anzeige brachte und zunächst seitens der Polizei darüber aufgeklärt wurde, froh zu sein, überhaupt noch zu leben. Der Überfall geschah am hellen Tage und in aller Öffentlichkeit. Niemand kam der Frau zu Hilfe. Diese Reaktionen wären wohl auch mit einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz geschehen. Ein Gesetz, das die Rechte Behinderter klar und deutlich festlegt, wäre sicher ein Fortschritt in Bezug auf die Durchsetzung unserer Rechte gegenüber Behörden, Arbeitgebern etc., es wird allerdings nichts an der Grundhaltung der Nichtbehinderten uns gegenüber ändern.

Obwohl auch die Pädagogik nicht alles ändern kann, sehe ich größere Chancen für eine langfristige Einstellungsveränderung in integrativen Maßnahmen. Wenn behinderte und nichtbehinderte Kinder bereits im Kindergarten und in der Schule zusammenkommen, besteht wenigstens eine geringe Chance, daß sie als Erwachsene eine andere Grundeinstellung zueinander haben. Solange integrative Maßnahmen allerdings nicht die Regel sind, besteht auch in Zukunft die Gefahr, daß sie teilweise die Ursache dafür sind, daß wir hauptsächlich als "Kostenfaktoren" angesehen werden.
Ein weiteres, wenn auch kleines Beispiel ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Gäbe es einen behindertengerechten ÖPNV, wäre ein Großteil der Sonderfahrdienste überflüssig und Behinderte könnten an diesem Teil des Alltags teilnehmen. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn Behinderte dann auch die gleichen Tarife zahlen würden. Damit wäre zumindest ein kleiner Teil des Sonderstatus, der das herrschende Bild vom "Sonderfall" weiter aufrechterhält, ausgeräumt.
Sämtliche integrativen Maßnahmen haben aber nur dann einen Sinn, wenn sie zu einer Selbstverständlichkeit werden und nicht, wie bisher, als "Wohltat" an uns dargestellt werden. Solange wir im derzeitigen Sonderstatus leben müssen, können wir lediglich versuchen, langfristig eine Einstellungsveränderung zu bewirken, indem wir unserer nichtbehinderten Umwelt tagtäglich selbstbewußt gegenübertreten, sie mit unserer Anwesenheit konfrontieren und damit zur Auseinandersetzung mit uns zwingen. Wenn man sich klar macht, wieviele behinderte Menschen

nur allein in unserer Republik leben, sollte das nötige Selbstbewußtsein eigentlich vorhanden sein. Andere sogenannte Randgruppen haben gezeigt, daß massives und selbstbewußtes Auftreten, ohne ständiges Lamentieren, sehr wohl dazu führt, daß eine gesellschaftliche Gruppe ernst genommen bzw. toleriert wird.
Hierzu müßte allerdings endlich das "Betteln" um Anerkennung und das teilweise schon peinliche Ignorieren der eigenen Behinderung durch die Betroffenen selbst bzw. deren Funktionäre aufhören. Die Hackordnung zwischen den verschiedenen Behinderungsarten und den Verbänden müßte sich auflösen. Diskussionen darüber, ob geistig Behinderte gemeinsam mit Körperbehinderten an Sportwettkämpfen teilnehmen dürfen, was vorgekommen ist, dienen der Sache bestimmt nicht.

Wir müssen für uns selbst anerkennen, daß wir anders sind und uns selbst mit unseren körperlichen Unzulänglichkeiten akzeptieren. Wir sollten endlich damit beginnen, unsere Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sie nicht Funktionären oder gar politischen Institutionen überlassen. Wir müssen eigene Lebensformen und damit auch eigene Formen konstruktiver Auseinandersetzung mit unserer nichtbehinderten Umwelt entwickeln. Die Krüppelbewegung ist ansatzweise in diesem Sinn aktiv. Andere Behindertengruppen und Organisationen sollten daraus lernen.

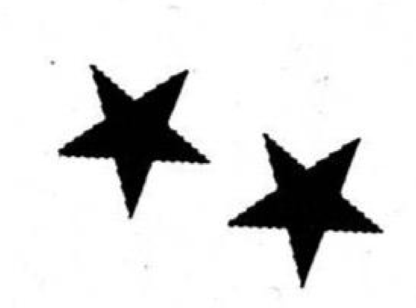
Wir werden damit zwar nicht verhindern, daß einigen von uns auch in Zukunft Gewalt angetan wird, das verhindern wir aber auch nicht, wenn wir weiterhin krampfhaft und unbedingt in allen Lebensbereichen mit den Nichtbehinderten mithalten wollen und darüber unsere spezifischen Lebensbedingungen und die daraus resultierenden Bedürfnisse weiterhin ignorieren. Nur die Behinderten selbst sind in der Lage, ihre tatsächlichen Bedürfnisse zu erkennen, zu artikulieren und sie durch eigene Initiativen zu verwirklichen.

Karlheinz Henn, Mühlheim a. Main

aus: die randschau



KRÜPPELINNENLAND IST NIRGENDWO



Krüppelfeindlichkeit als eine Form des Rassismus

Anlaß für dieses Papier sind verstärkte Gewalttätigkeiten gegen Minderheiten, wie ImmigrantInnen und behinderte Menschen. Dies ist ein Versuch, unsere spezifische Betroffenheit als Krüppel bzw. Krüppelfrauen durch rechtsextremistische Gewalt herauszuarbeiten und unsere Position innerhalb antirassistischer Zusammenhänge zu bestimmen. Dies geschieht immer auf dem Hintergrund, daß wir KrüppelInnen, aber auch Angehörige der weißen, deutschen Mittelschicht sind. Wir wollen dabei deutlich machen, daß offene Gewalt gegen ImmigrantInnen ebenso wie gegen Behinderte kein isoliertes Phänomen ist, sondern im Zusammenhang mit Ausgrenzungsmechanismen gesehen werden muß, die für diese Gesellschaft prägend sind.



Krüppeltreffen in der Jugendherberge in Melsungen. Katrin Metz (l.).

Die Diskussion, ob Krüppelfeindlichkeit als eine Form von Rassismus gesehen werden kann, oder ob nicht vielmehr von Biologismus gesprochen werden muß, ist sicherlich noch nicht zu Ende geführt. Die Ursache dieses Problems liegt darin, daß unter Rassismus in erster Linie die Diskriminierung von Menschen aus anderen Kulturen verstanden wird. Auf der anderen Seite verdeutlicht die Verwendung des Begriffs Rassismus, daß Behindertenfeindlichkeit nicht nur ein individuelles Problem ist, sondern eine politische Dimension hat. So kann zwischen dem kulturellen und biologischen Rassismus unterschieden werden. Wir verwenden 'Rassismus' vorläufig als Arbeitsbegriff. Er ist hier sehr weit gefaßt: dementsprechend muß Antirassismus die Auseinandersetzung mit jeder Diskriminierung aufgrund von realer oder zugeschriebener Andersartigkeit beinhalten.
Wir sind keine homogene soziale Gruppe und lassen uns nicht auf unsere Eigenschaft als KrüppelInnen reduzieren; wir sind deshalb auch nicht allein als KrüppelInnen von Gewalt bedroht. Es geht uns auch darum aufzuzeigen, daß wir zugleich z.B. als Frauen, ImmigrantInnen oder auch nur Andersdenkende auf jeweils eigene Art von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind. Behinderte ImmigrantInnen sind nicht nur auf zwei Ebenen von Rassismus betroffen, sondern leben sicherlich in einer nochmals besonderen Situation, auf die wir mangels Erfahrungen in diesem Papier nicht eingehen können.

Bei der Berichterstattung über körperliche Übergriffe gegen verschiedene Minderheiten wird die alltägliche Gewalt gegen Frauen aller Schichten und Gruppen übersehen. Auch bei den aktuellen Gewaltakten spielt das Geschlecht der Opfer für die Öffentlichkeit nur eine Nebenrolle; dabei wird ignoriert, daß sich mit diesen Übergriffen die alltäglich erlebte Gewalt gegen Frauen potenziert. Das Geschlecht der Opfer von Übergriffen wird nur dann interessant, wenn sich dadurch das voyeuristische Interesse der Medienöffentlichkeit bedienen läßt. Die Vergewaltigungen sind dabei eine besondere Form der Machtdemonstration der Täter und der Demütigung der Opfer. Während die Bedrohung für behinderte Männer weitgehend neu ist, stellt sie für behinderte Frauen, wie auch für Immigrantinnen 'nur' eine neue Eskalationsstufe dar.

Die politische Dimension von Behindertenfeindlichkeit ist nach wie vor nicht allgemein anerkannt. Während in der Frauenbewegung immerhin seit einigen Jahren Rassismus als Folge von Zuschreibung analysiert wird, gilt Behinderung (und demzufolge auch die Ablehnung von Behinderten) immer noch als individuelles Problem.
Bei behinderten Menschen gibt es unabhängig von dem Land, in dem sie leben, eine lange Tradition der Vernichtung und Vermeidung.
Diese hat einen doppelten Bruch erfahren: Zum einen wird durch die Aufklärung ein Menschenbild gesellschaftsfähig, nach dem Behinderte ein Recht auf spezifische Hilfen zur Akzeptanz und zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen haben. KrüppelInnen haben also erst seit 200 Jahren ein 'Bleiberecht'. Zum anderen wird der Wert Behinderter an der Ursache gemessen. Kriegskrüppel sind immer Männer; ihnen wird aufgrund ihrer Opferrolle eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung vor allem in Form von materieller Zuwendung und ideeller Anerkennung zuteil.
Durch die Entwicklung in der Biologie und deren gesellschaftlicher Umsetzung gibt es seit etwa 150 Jahren eine Denklinie mit unterschiedlichen Auswirkungen, die von der - nicht mehr opportunen - Vernichtung zur Vermeidung von Behinderten führt. Der Begriff der "Rassenhygiene", der aus diesem Denken hervorgegangen ist, ist dabei beliebig anwendbar; er umfaßt die 'religiöse Bedrohung' des Christentums durch das Judentum ebenso, wie die Bedrohung der 'Erbgesundheit' jedes/jeder Einzelnen durch Behinderung im biologischen Sinne. Behinderte sollen spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts in größerem Maßstab durch die Vererbungslehre verhindert werden. Mit der Beschränkung auf den körperlichen Defekt wird die politische Dimension von Behinderung - als Benachteiligung aufgrund von Abweichung - gezielt verschleiert. Auf diese Weise werden gesellschaftliche Verhältnisse biologisiert. So gilt Kriminalität nicht als Reaktion auf Armut, sondern als individuelle psychische Erkrankung, die vermeidbar ist.
Die Aufgabe der Vermeidung wird in erster Linie den Frauen zugeschrieben. Anfangs wird in den Eheberatungsstellen auf ihre Einsicht gesetzt, um dann später, anknüpfend an ein umfassendes Aussonderungssystem, mit Zwangsmaßnahmen zu reagieren (im Faschismus zunächst Sterilisation vor allem der Frauen, dann Massentötung). Die organisierte Massenvernichtung von Juden/Jüdinnen, Sinti und Roma, Behinderten, Homosexuellen und anderen Gruppen zeigt, daß es im faschistischen Staat um ein umfassendes Konzept zur Vernichtung des 'Anderen' ging. Der Faschismus ist kein 'Ausrutscher' der deutschen Geschichte, sondern die krasseste Realisierung bestimmter Denkmuster, die in veränderter Form in Teilen weiter bestehen. Die konkreten Ausprägungen sind dabei abhängig von den verinnerlichten sozialen Wertorientierungen jedes/jeder Einzelnen und der aktuellen Interessenlage gesellschaftlicher Machtgruppen. Während immigrierte ArbeitnehmerInnen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau unverzichtbar waren, ging es bei Behinderten zunächst nur um gesellschaftliche Teilhabe, also Zugang zu Bildung und Beruf. Jedes Wirtschaftssystem kann auf sie verzichten; lediglich in Zeiten von Arbeitskräftemangel wird auch die Arbeit von Behinderten gebraucht.

Menschen, die aus anderen Ländern kommen, erscheinen in reaktionären Ideologien als die "an den falschen Ort Verpflanzten". Sie konnten z. T. in ihrer früheren Heimat eine positive kulturelle Identität aufbauen, auch wenn diese in ihrem Zufluchtsland oft gar nicht mehr, oder nur noch in Nischen gelebt werden kann. Für Menschen, die aus politischen Gründen fliehen, beginnen die Erfahrungen von Diskriminierung, Gewalt und oftmals auch Folter jedoch nicht erst in der Immigration, sondern in ihrem Herkunftsland und sind der Grund für ihre Flucht. Behinderte werden in jedem kulturellen Umfeld als 'Betriebsunfall der Natur' angesehen, die es zu vermeiden gilt. Diese 'Betriebsunfälle' erscheinen immer als individuelle und isolierte Probleme. Es gibt keine ursprünglich gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhänge für behinderte Menschen.
Dieses Problem stellt sich für ethnische Minderheiten weniger, da ihnen in ihren Familien ihre kulturellen Zusammenhänge vermittelt werden können.
Ethnische Zugehörigkeit macht nur einen Teil der Identität aus. Sie ist einerseits für die Betroffenen zum psychischen Überleben in einer feindlichen Umgebung wichtig und bietet einen Ansatzpunkt zur Entwicklung von Widerstand gegen Unterdrückung, andererseits dient sie als Zuschreibung als die 'Anderen', die 'Fremden'. Ebenso wie der Rassebegriff kann die 'kulturelle Identität' zu einem ideologischen Konstrukt werden, um das jeweils 'Andere' scheinrational ausgrenzen und bei Bedarf abwerten zu können. Kulturelle Identität wird jedoch neben der ethnischen Herkunft auch durch andere Merkmale bestimmt (z. B. durch Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische Überzeugungen und spezifische körperliche, geistige und psychische Einschränkungen). Es ist schwierig, an Stelle der deutschen Kultur beispielsweise von einer Kultur der Lesben oder Krüppel zu sprechen, da jeder Mensch über verschiedene Identitätsmerkmale verfügt. Der Vielfalt der möglichen kulturellen Identitäten entsprechen verschiedene Ebenen von rassistischer Gewalt.
Seit einigen Jahren erleben wir in unterschiedlichsten Bereichen eine neue Offensive mit dem Ziel, das Risiko 'Behinderung' endgültig auszuschalten. Während die Naturwissenschaft mit



Foto: Ulrike Riess, Calgary

Auf dem Krüppeltreffen in Melsungen mit zwei AutorInnen dieses Diskussionspapiers: Jutta Rütter (l.) und Thomas Schmidt (r.)

Humangenetik und Pränataldiagnostik auf dem Weg zur Optimierung des Menschen voranschreitet, konzentrieren sich Teile der Geisteswissenschaft darauf, die Ausmerzung des Unvollkommenen philosophisch, theologisch und juristisch zu begründen. Der Anpassungsdruck gegen KrüppelInnen erreicht damit eine besondere Qualität, auch gemessen an anderen Minderheiten. Therapie läßt sich in manchen Ausprägungen als radikale Form der Zwangsassimilation an die 'Normalität' begreifen. Behinderung soll nicht nur aus dem öffentlichen Raum verbannt, sondern gänzlich zum Verschwinden gebracht werden und mit ihr im Extremfall der/die Behinderte selbst. Opfer dieser Entwicklung sind behinderte Menschen, die zunehmend ihr Lebensrecht legitimieren müssen oder es von vornherein abgesprochen bekommen und Frauen, die als Gebärerinnen für ihre Kinder in 'Produkthaftung' genommen werden. Dabei werden behinderte Frauen auf ihre Behinderung reduziert. Als potentielle 'Risikoschwangere' wird ihnen implizit das Recht auf Mutterschaft abgesprochen. Sie müssen sich in besonderem Maße der expandierenden Medizin aussetzen, um jedes scheinbar berechenbare Behinderungsrisiko auszuschließen.
Frauen werden in der Regel nicht unter äußerem Zwang zu den Untersuchungen genötigt, sondern unterziehen sich ihnen oft freiwillig. Hauptgrund dieser Freiwilligkeit ist die Angst vor einem behinderten Kind. Bei der Vorstellung, ein behindertes Kind zu bekommen, werden die Eltern mit ihren eigenen Ängsten vor Behinderung, Einschränkungen und Leiden konfrontiert. Hinzu kommt die Angst vor Ächtung und sozialer Isolation, sowie gesellschaftlich produzierte Schuldgefühle. Gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen führen auf der individuellen Ebene zur Abspaltung der eigenen behinderten und fremden Anteile. Hier zeigt sich eine besondere Problematik, die unsere Situation von der anderer, von Gewalt bedrohter Gruppen unterscheidet: Die mit Behinderung verbundenen Ängste sind existentiell, und sie sind nicht ausschließlich irrationaler Natur; die Möglichkeit, durch Unfall oder Krankheit selbst behindert zu werden, ist allgegenwärtig. Gegen die Ängste vor Behinderung läßt sich schwerer moralisch argumentieren als gegen dumpfen Fremdenhaß; ihre Verarbeitung ist ein Lernprozeß, der nicht von vornherein vorausgesetzt werden kann.
In der Debatte um das Lebensrecht Behinderter wird häufig das Eigeninteresse der Betroffenen ins Feld geführt, denen "soviel Leiden" nicht zuzumuten sei. Diese anmaßende Barmherzigkeit eignet sich hervorragend zur Rationalisierung der eigenen Ängste und lenkt zugleich von den ökonomischen Hintergründen von Eugenik und



Euthanasie ab; wer wird bei soviel Mitgefühl noch von Geld reden?
Das Wort vom "unzumutbaren Leiden" kann dabei subjektiv durchaus ehrlich gemeint sein; es ist Ausdruck der Verinnerlichung eines Wertesystems, in dem jede körperliche oder geistige Einschränkung nur als Leiden vorstellbar ist.
Trotzdem genügt es nicht, den ideologischen Charakter solcher Werturteile aufzudecken, denn auch diese haben einen rationalen Kern, mit dem wir leben müssen: Behindertsein ist nicht immer 'beautiful'. Die Abschaffung des Leidens ist aber auch durch die Abschaffung der Leidenden nicht möglich; Erfahrungen wie Krankheit Alter oder Tod gehören zur Lebensrealität, auch wenn sie in unserer Gesellschaft verdrängt werden. Es geht darum, diese Erfahrungen wieder in das Bewußtsein zu integrieren.
Wir haben es also schwerer als andere Minderheiten, unser Anderssein positiv zu bestimmen; Behinderung ist traditionell negativ definiert, als 'Defizit' und als Nichterfüllung herrschender Leistungs- und Schönheitsnormen.
Diesen Anpassungsdruck bekommen Krüppelfrauen in ganz besonderer Weise zu spüren. Die patriarchale Wertorientierung dieser Gesellschaft reduziert Frauen auf ihren Körper und macht es ihnen dadurch schwerer, beispielsweise körperliche Unvollkommenheit durch andere Fähigkeiten zu kompensieren.

Wenn es so etwas wie eine positive 'Krüppelidentität' geben kann, so muß sie sich auf ein gemeinsam zu entwickelndes Menschenbild und ein daraus resultierendes verändertes Gesellschaftsverständnis gründen.
Das einzige, was uns KrüppelInnen gemeinsam ist und auf das wir uns positiv beziehen können, ist unsere Verschiedenheit. Behinderung erscheint als ganz persönliche Eigenschaft, die Individualität ausmacht. Eine positive Identität könnte darauf aufbauen, unsere Unterschiedlichkeit, die verschiedenen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Einschränkungen, als etwas Eigenes und zugleich Bereicherndes zu begreifen.
Diese Verschiedenheit erzeugt jedoch zugleich eine Hierarchie unter den Behinderten, da jede Behinderung mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Anerkennung verbunden ist. Dies ist vielleicht das größte Hindernis auf dem Weg zu einer gemeinsamen Identität und damit auch zu solidarischem Handeln.
Ähnliches gilt auf einer anderen Ebene für das Verhältnis zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Randgruppen und die (Un)möglichkeit der gegenseitigen Akzeptanz und davon ausgehende gemeinsame Gegenwehr. Der Mechanismus des Teilens und Herrschens kommt hier voll zur Geltung. Gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen werden die Verteilungskämpfe unter den ohnehin Benachteiligten härter. Der herrschende Diskurs vom 'Mißbrauch' sozialer Leistungen führt dazu, daß sich der Sozialneid nicht gegen die Besitzenden richtet, sondern gegen andere EmpfängerInnen von Transferleistungen. Wer auf Sozialleistungen angewiesen ist, gerät automatisch unter Mißbrauchsverdacht; dabei sind es immer die Anderen, die "auf unsere Kosten schmarotzen". Diese Strategie kann nur deshalb funktionieren, weil sie auf der individuellen Ebene ein tief verwurzeltes Bedürfnis bedient: Sich nach unten abzugrenzen und durch die Existenz noch Schwächerer doch 'irgendwie' als Teil der Gesellschaft fühlen zu dürfen. Dabei bestimmt sich die jeweilige Position in der Hierarchie zum einen nach dem Grad der Normabweichung, noch mehr aber nach der Produktivität. Die aktuelle Diskussion um die Pflegeversicherung nimmt diese Werthaltung auf und verstärkt sie zugleich. Wenn in der Öffentlichkeit Pflegebedürftige nur noch als Kostenfaktor wahrgenommen werden, wird damit - ob gewollt oder nicht - die Gewalt gegen 'unproduktive' Menschen ideologisch vorbereitet.

Der Versuch, gegen rechtsradikalen Terror gemeinsam vorzugehen, kann nur Erfolg haben, wenn es gelingt, diese Spaltungsmechanismen ins öffentliche und individuelle Bewußtsein zu heben.

Katrin Metz (Berlin), Jutta Rütter (Berlin), Thomas Schmidt (München)

aus: die randschau

Seit dem 16. Mai 93, dem 53. Jahrestag der ersten Deportationen von Roma und Sinti in die Vernichtungslager im damaligen Generalgouvernement Polen, führen Roma-Organisationen Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach einem gesicherten Bleiberecht und Anerkennung als ethnische und kulturrelle Minderheit in der Bundesrepublik durch. Stationen des bundesweiten Kampfes der von Abschiebung in das ehemalige Jugoslawien und nach Rumänien bedrohten Roma sind Neuengamme, Solingen, Bonn und Dachau.
Nach der Vertreibung von der "Fluchtburg" auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau am 8. Juli sind mehrere hundert Roma in Richtung Straßburg aufgebrochen und hatten bei Kehl ein neues Lager errichtet. Ziel ist es, über die Europäische Menschenrechtskommission einen Abschiebestopp zu erwirken, bis das Ergebnis einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof vorliegt. Dort klagen die Roma-Vertretungen wegen Völkerrechtsbruchs (Verstoß gegen die Genfer Konvention) gegen die Bundesrepublik.
Seit dem 23. Juli darf sich nur noch eine kleine Gruppe von 30 Personen als eine Art Mahnwache in Kehl aufhalten. Ein Teil der Roma befindet sich seitdem auf einem Symbolmarsch durch Baden-Württenberg und Bayern an die Schweizer Grenze, um beim UNHCR in Genf vorstellig zu werden. Bei der voraussichtlichen Ankunft an der Grenze am Freitag, den 30. Juli `93, sollen bundesweit Aktionen zur Unterstützung des Kampfes der Roma stattfinden.

Wir rufen daher auf:

zu einer Solidaritäts-Demonstration

Bleiberecht durchsetzen!

am Freitag, den 30. Juli um 12 Uhr

vom Checkpoint Charlie (U-Bhf. Kochstr.)

zur Außenstelle des Bundesinnenministeriums

in der Mauerstr./Behrenstr. (Berlin-Mitte)

Seit mehreren Jahren kämpfen die Roma in der Bundesrepublik für ein gesichertes Bleiberecht.
In einem Postulatum an die Bundesregierung vom 5. Mai `93 fordern sie u.a. die Behandlung von Roma-Flüchtlingen entsprechend der Genfer Konvention und somit die Anerkennung als staatenlose Flüchtlinge, und daß die Bundesregierung nachträglich die Resolution 62 "Schutz der Roma" der UN-Menschenrechtskommission unterzeichnet. Beides würde bedeuten, daß die Roma ein gesichertes Aufenthaltsrecht in der BRD erhalten und als ethnische und kulturelle Minderheit besonders vor Diskriminierung geschützt werden.
Anstatt sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen, setzt die Bundesregierung das Unrecht, das an den Roma im Nazi-Deutschland begangen wurde, auf andere, auf "moderne" Weise fort: An den deutschen Grenzen jagen Bundesgrenzschützer und Bürgerwehren mit Infrarotkameras Roma, klauen ihnen ihr Geld, sperren sie in Lager ein und deportieren sie dorthin zurück, von wo aus sie geflohen sind.
Die spezielle Diskriminierung der Roma von Unten und Oben zu bekämpfen ist mit unsere Aufgabe!

Setzt Euch ein für ein gesichertes Bleiberecht aller Roma.
Wir fordern die Annullierung aller Deportationsabkommen gegen Roma und andere Flüchtlinge.
Grenzen auf für Alle!

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Streitstr. 1 in 13587



KEIN VERGEBEN! KEIN VERGESSEN!

verhindern wir den Schulterschluß der Krawatten- und Stiefelnazis beim "Rudolf-Heß-Marsch" am 14./21. August

Am 17.8. 1993 ist der sechste Todestag des Hitler-Stellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß. Er verstarb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Bevor Heß starb, wurde er in den faschistischen Kreisen als 'Botschafter des Friedens' dargestellt, der durch seine 'Fallschirm-Landung in Großbritannien' sein Leben aufs Spiel setzte, um 'in einem kühnen Alleingang den Frieden zu retten' (Vortrag W.R. Heß). Dieser diente dazu, mit dem kapitalistischen Großbritannien einen Seperatfrieden abzuschließen, um mit diesem zusammen gegen Osten zu maschieren. Als Privatsekretär ließ er sich von Hitler 'Mein Kampf' diktieren. Er war schon beim Putschversuch 1923 in München dabei und nach der 'Machtergreifung' 'Stellvertreter des Führers der NSDAP'. Es wird von den Faschistinnen und Faschisten versucht, ihre Ideologie an der Person von Heß wieder zu rehabilitieren. Die Massenmörder des Nazi-Regimes sollen als zu unrecht verurteilt dargestellt werden.

Seit 1988 veranstalten die FaschistInnen einen 'Rudolf-Heß-Gedächnismarsch'. Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen faschistischen Netzwerkes vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum 'Wallfahrtsort' geworden. Der 'Gedenkmarsch ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der FaschistInnen im europäischen Maßstab. Die Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit ihrer verschieden Flügel und treibt so einen festeren Zusammenhalt voran. 1991 waren in Bayreuth (der Marsch war in Wunsiedel gerichtlich verboten) 2000 FaschistInnen versammelt, was damit die größte faschistische Versammlung auf dem Boden der BRD war. 1992 waren es ebenfalls 2000 die im thüringischen Rudolstadt verbotenerweise marschierten.

In den letzten zwei Jahren machte der 'gesellschaftliche Auftrieb' für rassistische, nationalistische und revanchistische Positionen es auch der Schlips- und Kragen-Fraktion von NPD, DVU, Reps bis hin zu den bürgerlichen



Seit dem 16. Mai 93, dem 53. Jahrestag der ersten Deportationen von Roma und Sinti in die Vernichtungslager im damaligen Generalgouvernement Polen, führen Roma-Organisationen Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach einem gesicherten Bleiberecht und Anerkennung als ethnische und kulturrelle Minderheit in der Bundesrepublik durch. Stationen des bundesweiten Kampfes der von Abschiebung in das ehemalige Jugoslawien und nach Rumänien bedrohten Roma sind Neuengamme, Solingen, Bonn und Dachau.
Nach der Vertreibung von der "Fluchtburg" auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau am 8. Juli sind mehrere hundert Roma in Richtung Straßburg aufgebrochen und hatten bei Kehl ein neues Lager errichtet. Ziel ist es, über die Europäische Menschenrechtskommission einen Abschiebestopp zu erwirken, bis das Ergebnis einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof vorliegt. Dort klagen die Roma-Vertretungen wegen Völkerrechtsbruchs (Verstoß gegen die Genfer Konvention) gegen die Bundesrepublik.
Seit dem 23. Juli darf sich nur noch eine kleine Gruppe von 30 Personen als eine Art Mahnwache in Kehl aufhalten. Ein Teil der Roma befindet sich seitdem auf einem Symbolmarsch durch Baden-Württenberg und Bayern an die Schweizer Grenze, um beim UNHCR in Genf vorstellig zu werden. Bei der voraussichtlichen Ankunft an der Grenze am Freitag, den 30. Juli `93, sollen bundesweit Aktionen zur Unterstützung des Kampfes der Roma stattfinden.

Wir rufen daher auf:

zu einer Solidaritäts-Demonstration

Bleiberecht durchsetzen!

am Freitag, den 30. Juli um 12 Uhr

vom Checkpoint Charlie (U-Bhf. Kochstr.)

zur Außenstelle des Bundesinnenministeriums

in der Mauerstr./Behrenstr. (Berlin-Mitte)

Seit mehreren Jahren kämpfen die Roma in der Bundesrepublik für ein gesichertes Bleiberecht.
In einem Postulatum an die Bundesregierung vom 5. Mai `93 fordern sie u.a. die Behandlung von Roma-Flüchtlingen entsprechend der Genfer Konvention und somit die Anerkennung als staatenlose Flüchtlinge, und daß die Bundesregierung nachträglich die Resolution 62 "Schutz der Roma" der UN-Menschenrechtskommission unterzeichnet. Beides würde bedeuten, daß die Roma ein gesichertes Aufenthaltsrecht in der BRD erhalten und als ethnische und kulturelle Minderheit besonders vor Diskriminierung geschützt werden.
Anstatt sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen, setzt die Bundesregierung das Unrecht, das an den Roma im Nazi-Deutschland begangen wurde, auf andere, auf "moderne" Weise fort: An den deutschen Grenzen jagen Bundesgrenzschützer und Bürgerwehren mit Infrarotkameras Roma, klauen ihnen ihr Geld, sperren sie in Lager ein und deportieren sie dorthin zurück, von wo aus sie geflohen sind.
Die spezielle Diskriminierung der Roma von Unten und Oben zu bekämpfen ist mit unsere Aufgabe!

Setzt Euch ein für ein gesichertes Bleiberecht aller Roma.
Wir fordern die Annullierung aller Deportationsabkommen gegen Roma und andere Flüchtlinge.
Grenzen auf für Alle!

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Streitstr. 1 in 13587



KEIN VERGEBEN! KEIN VERGESSEN!

verhindern wir den Schulterschluß der Krawatten- und Stiefelnazis beim "Rudolf-Heß-Marsch" am 14./21. August

Am 17.8. 1993 ist der sechste Todestag des Hitler-Stellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß. Er verstarb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Bevor Heß starb, wurde er in den faschistischen Kreisen als 'Botschafter des Friedens' dargestellt, der durch seine 'Fallschirm-Landung in Großbritannien' sein Leben aufs Spiel setzte, um 'in einem kühnen Alleingang den Frieden zu retten' (Vortrag W.R. Heß). Dieser diente dazu, mit dem kapitalistischen Großbritannien einen Seperatfrieden abzuschließen, um mit diesem zusammen gegen Osten zu maschieren. Als Privatsekretär ließ er sich von Hitler 'Mein Kampf' diktieren. Er war schon beim Putschversuch 1923 in München dabei und nach der 'Machtergreifung' 'Stellvertreter des Führers der NSDAP'. Es wird von den Faschistinnen und Faschisten versucht, ihre Ideologie an der Person von Heß wieder zu rehabilitieren. Die Massenmörder des Nazi-Regimes sollen als zu unrecht verurteilt dargestellt werden.

Seit 1988 veranstalten die FaschistInnen einen 'Rudolf-Heß-Gedächnismarsch'. Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des. europäischen faschistischen Netzwerkes vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum 'Wallfahrtsort' geworden. Der 'Gedenkmarsch ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der FaschistInnen im europäischen Maßstab. Die Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit ihrer verschieden Flügel und treibt so einen festeren Zusammenhalt voran. 1991 waren in Bayreuth (der Marsch war in Wunsiedel gerichtlich verboten) 2000 FaschistInnen versammelt, was damit die größte faschistische Versammlung auf dem Boden der BRD war. 1992 waren es ebenfalls 2000 die im thüringischen Rudolstadt verbotenerweise marschierten.

In den letzten zwei Jahren machte der 'gesellschaftliche Auftrieb' für rassistische, nationalistische und revanchistische Positionen es auch der Schlips- und Kragen-Fraktion von NPD, DVU, Reps bis hin zu den bürgerlichen



Seit dem 16. Mai 93, dem 53. Jahrestag der ersten Deportationen von Roma und Sinti in die Vernichtungslager im damaligen Generalgouvernement Polen, führen Roma-Organisationen Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach einem gesicherten Bleiberecht und Anerkennung als ethnische und kulturrelle Minderheit in der Bundesrepublik durch. Stationen des bundesweiten Kampfes der von Abschiebung in das ehemalige Jugoslawien und nach Rumänien bedrohten Roma sind Neuengamme, Solingen, Bonn und Dachau.
Nach der Vertreibung von der "Fluchtburg" auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau am 8. Juli sind mehrere hundert Roma in Richtung Straßburg aufgebrochen und hatten bei Kehl ein neues Lager errichtet. Ziel ist es, über die Europäische Menschenrechtskommission einen Abschiebestopp zu erwirken, bis das Ergebnis einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof vorliegt. Dort klagen die Roma-Vertretungen wegen Völkerrechtsbruchs (Verstoß gegen die Genfer Konvention) gegen die Bundesrepublik.
Seit dem 23. Juli darf sich nur noch eine kleine Gruppe von 30 Personen als eine Art Mahnwache in Kehl aufhalten. Ein Teil der Roma befindet sich seitdem auf einem Symbolmarsch durch Baden-Württenberg und Bayern an die Schweizer Grenze, um beim UNHCR in Genf vorstellig zu werden. Bei der voraussichtlichen Ankunft an der Grenze am Freitag, den 30. Juli `93, sollen bundesweit Aktionen zur Unterstützung des Kampfes der Roma stattfinden.

Wir rufen daher auf:

zu einer Solidaritäts-Demonstration

Bleiberecht durchsetzen!

am Freitag, den 30. Juli um 12 Uhr

vom Checkpoint Charlie (U-Bhf. Kochstr.)

zur Außenstelle des Bundesinnenministeriums
in der Mauerstr./Behrenstr. (Berlin-Mitte)

Seit mehreren Jahren kämpfen die Roma in der Bundesrepublik für ein gesichertes Bleiberecht.
In einem Postulatum an die Bundesregierung vom 5. Mai `93 fordern sie u.a. die Behandlung von Roma-Flüchtlingen entsprechend der Genfer Konvention und somit die Anerkennung als staatenlose Flüchtlinge, und daß die Bundesregierung nachträglich die Resolution 62 "Schutz der Roma" der UN-Menschenrechtskommission unterzeichnet. Beides würde bedeuten, daß die Roma ein gesichertes Aufenthaltsrecht in der BRD erhalten und als ethnische und kulturelle Minderheit besonders vor Diskriminierung geschützt werden.
Anstatt sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen, setzt die Bundesregierung das Unrecht, das an den Roma im Nazi-Deutschland begangen wurde, auf andere, auf "moderne" Weise fort: An den deutschen Grenzen jagen Bundesgrenzschützer und Bürgerwehren mit Infrarotkameras Roma, klauen ihnen ihr Geld, sperren sie in Lager ein und deportieren sie dorthin zurück, von wo aus sie geflohen sind.
Die spezielle Diskriminierung der Roma von Unten und Oben zu bekämpfen ist mit unsere Aufgabe!

Setzt Euch ein für ein gesichertes Bleiberecht aller Roma.
Wir fordern die Annullierung aller Deportationsabkommen gegen Roma und andere Flüchtlinge.
Grenzen auf für Alle!

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Streitstr. 1 in 13587



KEIN VERGEBEN! KEIN VERGESSEN!

verhindern wir den Schulterschluß der Krawatten- und Stiefelnazis beim "Rudolf-Heß-Marsch" am 14./21. August

Am 17.8. 1993 ist der sechste Todestag des Hitler-Stellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß. Er verstarb 1987 im Gefängnis der Alliierten in Spandau und wurde in Wunsiedel beerdigt. Bevor Heß starb, wurde er in den faschistischen Kreisen als 'Botschafter des Friedens' dargestellt, der durch seine 'Fallschirm-Landung in Großbritannien' sein Leben aufs Spiel setzte, um 'in einem kühnen Alleingang den Frieden zu retten' (Vortrag W.R. Heß). Dieser diente dazu, mit dem kapitalistischen Großbritannien einen Seperatfrieden abzuschließen, um mit diesem zusammen gegen Osten zu maschieren. Als Privatsekretär ließ er sich von Hitler 'Mein Kampf' diktieren. Er war schon beim Putschversuch 1923 in München dabei und nach der 'Machtergreifung' 'Stellvertreter des Führers der NSDAP'. Es wird von den Faschistinnen und Faschisten versucht, ihre Ideologie an der Person von Heß wieder zu rehabilitieren. Die Massenmörder des Nazi-Regimes sollen als zu unrecht verurteilt dargestellt werden.

Seit 1988 veranstalten die FaschistInnen einen 'Rudolf-Heß-Gedächnismarsch'. Inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen faschistischen Netzwerkes vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum 'Wallfahrtsort' geworden. Der 'Gedenkmarsch ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der FaschistInnen im europäischen Maßstab. Die Demonstration ist auch Ausdruck der zunehmenden Zusammenarbeit ihrer verschieden Flügel und treibt so einen festeren Zusammenhalt voran. 1991 waren in Bayreuth (der Marsch war in Wunsiedel gerichtlich verboten) 2000 FaschistInnen versammelt, was damit die größte faschistische Versammlung auf dem Boden der BRD war. 1992 waren es ebenfalls 2000 die im thüringischen Rudolstadt verbotenerweise marschierten.

In den letzten zwei Jahren machte der 'gesellschaftliche Auftrieb' für rassistische, nationalistische und revanchistische Positionen es auch der Schlips- und Kragen-Fraktion von NPD, DVU, Reps bis hin zu den bürgerlichen



Parteien möglich auf die Straße zu gehen. Gestärkt wurden sie dabei durch den Rassismus von Staat und Medien, welcher am 26. Mai im sogenannten 'Asylkompromis' seinen vorläufigen Höhepunkt fand.

Unmittelbar nach den letzten zwei Aufmärschen begannen die massiven Angriffe auf Flüchtlinge und andere Menschen, die Aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Denkens nicht in das Weltbild der FaschistInnen passen, in einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß.

1991 Hoyerswerda 1992 Rostock

Sie waren jeweils der Auftakt für die Herbstpogrome der FaschistInnen, an denen sich reaktionär-faschistische Teile der Bevölkerung beteiligten. In diesem Jahr haben die HERRschenden durch Abschaffung des Asylrechts selbst den Startschuß gegeben:

1993 Solingen

Trotzdem wird immer noch von den HERRschenden und den Medien versucht, das Bild des 'verwirrten Einzeltäters' aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig nutzt die internationale Rechte das Treffen zur Vernetzung und Koordination. Wie jedes Jahr werden auch dieses Jahr FaschistInnen aus Spanien, Frankreich, England, Skandinavien, Belgien, dem ehemaligen Ostblock, Übersee,... erwartet.

Der Aufmarsch findet in einer Zeit statt in der Terror gegen 'ausländische' Menschen und andere Minderheiten schon zum Alltagsbild gehören. Alle regierenden Parteien setzten die Forderungen der FaschistInnen fleißig um. Nachdem sie selbst jahrelang vor allem durch die sogenannte 'Asyldebatte' den Rassismus selbst geschürt haben, behaupten sie nun, der Stimmung in der Bevölkerung nachgeben zu müssen.

Aus diesen Gründen ist es ersichtlich, wie zwingend notwendig es gerade an diesem Tag ist, den FaschistInnen nicht die Straße zu überlassen und unsere Inhalte offensiv nach außen zu tragen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß es kaum möglich war faschistische Aufmärsche zu verhindern, aber es gibt viele Möglichkeiten sie aktiv zu behindern. Außerdem soll es für möglichst viele Menschen machbar sein, ihren Widerstand in zwei zentralen Kundgebungen auszudrücken.

Wir wollen zeigen, daß es nach wie vor Menschen gibt, die sich dem staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus entgegenstellen und sich gegen faschistische und nationalistische Kontinuität wehren wollen.

Weil es gerade in letzter Zeit immer häufiger zu massiv sexistischem Auftreten während Antifaschismus-Aktionen gekommen ist, ist es wichtiger denn je gegen Rassismus und Sexismus in den eigenen Köpfen und Reihen vorzugehen.

Wichtige Infos und Termine:

Zur Zeit kann davon ausgegangen werden das mit großer Wahrscheinlichkeit der Aufmarsch der Faschos am 14.08.1993 stattfindet.

Von Berlin wird es auch dieses Jahr wieder einen Konvoi mit Bussen und PKWs geben. Das Informationsnetz ist diese Jahr nochmals überarbeitet worden und wird hoffentlich besser funktionieren.

Kartenvorverkaufsstellen für die Busse (35.-):

-Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr.2a, Mo - Fr 10 - 18.30 Uhr
-EX, Mehringhof, Gneisenaustr.2a, Mo - Do 17 - 1.00 Uhr, Fr und So ab 20.00 Uhr
-X.-B-Liebig, Liebigstr Ecke Rigaerstr

Ihr solltet die Karten so schnell wie möglich kaufen, falls wir noch mehr Busse mieten müssen.
Am Treffpunkt ist es nicht mehr möglich Karten zu kaufen.

Treffpunkt und Abfahrt für die Busse und PKWs
Samstag, 14. August 1993 5.00 Uhr morgens
TU Mathegebäude, Straße des 17. Juni
U - Bahnhof Ernst - Reuter - Platz

Es wird vor der Abfahrt noch eine VV geben in der wir alle wichtigen Informationen weiter geben werden.

VV Termin: 06.08.1993, 19.00 Uhr im Mehringhof, Versammlungsraum

Für sonstige Informationen steht euch das **SOS - Infotelefon** zu Verfügung:
Tel. **251 22 77**
Fr und Sa 16.00 - 4.00 Uhr und So 16.00 - 24.00 Uhr

Plakate und Flugis könnt ihr bei JRE Berlin bekommen, im Olof-Palme-Zentrum, Brunnenstr.125. Am besten Di und Do 15-17 Uhr

Es gibt kein ruhiges Hinterland

Mit der seit dem 1.Juli faktischen Abschaffung des Asyrechts setzen Parlament und Regierung die Parole "Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!" in die Tat um und geben den rassistischen und faschistischen TäterInnen das ideologische Fundament zum weitern Morden von Flüchtlingen und MigrantInnen.

* Rassistische Bürgerwehren an der Ostgrenze unterstützen tatkräftig Freiwilligenverbände des Bundesgrenzschutzes. Mit Kameras, Infrarottechnik mit neuestem technischen Know-How wird Jagd auf Menschen gemacht, in deren Adern kein "deutsches Blut" fließt.

* Mit der rückwirkenden Abschaffung des Rechts auf Asyl werden Menschen, deren Asylverfahren seit Jahren laufen, in die Illegalität getrieben. Laut Aussage der zentralen Ausländerbehörde in Eisenhüttenstadt sind in den ersten beiden Juliwochen etwa 40% weniger Flüchtlinge in die BRD gekommen, als in den Monaten zuvor. Es wird davon ausgegangen,daß viele gar keinen Asylantrag stellen, sondern gleich in die Illegalität gehen.

* Flüchtlinge, die heute kommen, werden entweder gleich abgeschoben oder bis zu drei Wochen in Transitlager auf sogenannten exterritorialen Gelände gepfercht. Auf dem Rhein-Main-Flughafen existieren lediglich zwei Schlafsäle, ein Gemeinschaftsbad und ein Speisesaal. Statt Fenster gibt es nur Glasbausteine und dadurch keine Frischluftzufuhr. Als Freilaufgelände dient ein ca. 500 qm großes Rasendreieck direkt in der Einflugschneise. Das Gelände ist mit einem Stacheldraht umzäunt. Der Bereich ist lediglich durch eine Sicherheitsschleuse zu erreichen.

PolitikerInnen, wie die brandenburgische Sozial- und Arbeitsministerin Hildebrandt, verharmlosen rassistische und faschistoide Angriffe. Auf einem gesamteuropäischen ökomenischen Kirchengemeindetreffen mit 180 VertreterInnen aus 28 Ländern sagte die Ministerin: " Nur eine Minderheit der ostdeutschen Jugendlichen ist rechtsradikal eingestellt. Selbst jene, die Molotowcocktails auf Asylbewerberheime schleudern,sind zum überwiegenden Teil keine Neonazis. Die jungen Leute im Osten sind wegen der Orientierungslosigkeit `aus dem Tritt geraten´."
Institutionen wie die Sozialministerien der Länder setzen diese "Deutsche zuerst "-Politik um:
Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge, Beschneidung der medizinischen Versorgung (keine Zahnbehandlung, keine Vorsorgeuntersuchungen etc.), Einführung von "Freßpaketen" ohne Rücksicht auf die Eßgewohnheiten der verschiedenen Ethnien. Die Lebensbedingungen in den Flüchtlingsheimen sind dementsprechend: menschenunwürdige Wohnverhältnisse, repressive Heimleitungen, die Kontakte zwischen Bevölkerung und Flüchtlingen unterbinden, Heimordnungen, die eher Gefängnis-Charakter festschreiben, die mit Hilfe oft rassistischer Wachschutzfirmen durchgesetzt werden. Daß Diskussionen mit PolitikerInnen keinen Sinn mehr machen, da diese auf großdeutschem Kurs sind, ist längst deutlich geworden.

Deshalb haben wir am Freitag, dem 9.7.93, bewaffnet mit Pappnasen, Sprühdosen und Plakaten, das Sozialministerium in Potsdam besucht. Die Gänge wurden mit Bleiberecht- Plakaten und Parolen wie "Schreibtischtäter" und "Bleiberecht für Alle" verschönert. Mit dieser Aktion haben wir deutlich gemacht, daß der rassistische Alltag in (Groß-)Deutschland nicht hingenommen und deshalb weiter gestört werden wird.



Die Pappnasen.

Zwei Antifaschisten aus dem Rhein-Main-Gebiet seit dem 16.07.93 in Untersuchungshaft.

Am Freitag den 16.07.93 fand in Hungen-Inheiden (zwischen Frankfurt/M und Gießen) ein Antifa-Konzert, organisiert von der örtlichen antifaschistischen Jugend Hungen-Inheiden, statt. Grund für diese Veranstaltung war der immer stärker werdende Druck und die Bedrohung von Menschen durch, zum Teil organisierte, Neonazis aus der Region. In den vergangenen Wochen kam es bereits mehrfach zu Übergriffen auf ausländische Menschen und ortsansässige Antifas. Mit dem Konzert wollten die VeranstalterInnen ein Zeichen gegen den Terror der Faschisten setzen und vor allem die Jugendlichen aus der Umgebung ansprechen und informieren.Im Verlauf des ganzen Abends kam es mehrfach zu Provokationen durch Skinheads die in unmittelbarer Nähe der Konzerthalle auftauchten. Diese wurden von Antifas entschlossen verjagt und aus der Umgebung der Halle vertrieben. Während des Konzertes versammelten sich in ca.500m. Entfernung zum Veranstaltungsort etwa 30 Personen, darunter etwa 15-20 der örtlichen Faschoszene zuzurechnende Menschen, auf einer Grillfeier. Von hieraus gingen die Provokationen aus.

Nach dem Ende des Konzerts, die meisten der BesucherInnen befanden sich schon auf dem Heimweg, kam es unerwartet zu einem brutalen Einsatz von seiten der Bullen. Diese fuhren mit einem halben Dutzend Streifenwagen in die Menge vor der Halle und fingen an umstehende Menschen, wahllos, festzunehmen was aber zum Teil verhindert werden konnte. Dabei drohte der durchgeknallt wirkende Hundeführer umherlaufende Hunde von KonzertbesucherInnen zu erschießen. Innerhalb dieses durcheinander machten die Bullen die beiden Festnahmen. BesucherInnen die gegen diese Festnahmen protestierten wurden von den Bullen mit gezogenen Knarren, Schlagstöcken und Reizgas angegriffen. In der sich entwickelten Auseinandersetzung konnten die Bullen mit Steinen und Flaschen verjagt werden, ohne allerdings die Festnahme entgültig verhindern zu können.

Die beiden sitzen seit dem späten Sonntagmittag in Gießen in Untersuchungshaft. Ihnen wurde unmittelbar nach der Festnahme und darüber hinaus die Kontaktaufnahme mit AnwältInnen verweigert. Bei dem für Sonntag angesetzten Haftprüfungstermin wurde beiden der Rechtsbeistand verweigert, genauer gesagt, unmöglich gemacht. Die beiden Anwälte wurden von den Bullen über den Ort und die Zeit der Vorführung gezielt desinformiert und zum Teil über mehrere Stunden durch die Gegend geschickt.Bis heute ist den Anwälten der konkrete Anklagepunkt nicht bekannt gemacht worden. Einzig und allein stützt sich die Staatsanwalt auf das von den Bullen zusammengelogene Konstrukt des Lanfriedensbruch.

Die Absicht der Büttel ist schon jetzt so offensichtlich das wir hiermit alle dazu aufrufen sich für die sofortige Freilassung der beiden Antifas einzusetzen.

Wir werden euch über Neuigkeiten auf dem laufenden halten und informieren.

Wir fordern die sofortige Freilassung aller Antifas und die Einstellung aller laufender Verfahren.

Spendenaufruf:

Konto Nr. 304801372 "Anna Schie" Blz. 500 502 01 Sparkasse 1822
Verwendungszweck: Prozess

Stand: 19.07.93

„Na! Hab ich dir doch gesagt, oder? ... Schafe und Rinder kann man einfach nicht mischen."

...gefunden in einem kanadischen Szene Blatt.

Toronto ON Canada

Heinz-Harri is afraid!

Since he tried to assualt a woman in Görlitzer Park in Berlin he stays clear of dark places.

When a woman entered the park, he followed her, made sexual advances, and fondled her. Apparently he had waited by the park entrance for a woman to go by.

What he didn't reckon with,

Heinz-Harri Ziegelowski

several women noticed and came to support the woman in her active resistance. Heinz-Harri had to escape with bumps, bruises and a shock, and without his ID-card.

Women watch out for one another!

Women hit back!

FETEN - PANNE

Die Solidaritätsfete für die Roma am 16. Juli hat über 1.800.-- DM Gewinn eingebracht und war insofern ein voller Erfolg. Vielen Dank an alle, die gekommen sind!

Trotzdem möchten wir uns noch einmal zu Wort melden wegen einer politischen Panne, die auf der Fete passiert ist, und die wir nicht unkommentiert lassen wollen: im Verlauf des Abends wurden Dias an die Wand direkt über der Tanzfläche projeziert. Die Dias zeigten den Weg der Roma in den letzten Monaten über Neuengamme, Solingen, Bonn, Dachau bis nach Kehl. Es ist zu einem teilweise sehr geschmacklosen Zusammenspiel aus Bildern, z.B. von KZ-Gedenkstätten, und Musik bzw. ausgelassenem Tanz gekommen. Wir waren erst spät am Abend, und nachdem sich Einzelne bei uns beschwert hatten, endlich so geistesgegenwärtig. den Diaprojektor auszuschalten.

Obwohl das von uns nicht so geplant war - die Dias sollten eigentlich früher, während des inhaltlichen Teils des Abends, und abseits von der Tanzfläche gezeigt werden - und schließlich verschiedene Zufälle zu dieser Situation geführt haben, können wir für uns nur festhalten: der Weg hin zu antirassistischem Verhalten ist voller Fallen und Bewußt-losigkeiten, und wir haben noch ein gutes Stück vor uns.

Versuch einer vorläufigen Einschätzung der Umstände der Erschießung von Wolfgang Grams und der Verhaftung von Birgit Hogefeld

Wir müssen davon ausgehen, daß der GSG 9 Einsatz in Bad Kleinen in der "Koordinierungsgruppe für Terrorismusbekämpfung" (KGT) langfristig vorbereitet, und von allen darin vertretenen Behörden und Institutionen politisch gewollt war. Also auch von der Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und dem bisherigen Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz Werthebach, die beide in der Öffentlichkeit gern so tun, als seien sie an einer Verständigung mit der RAF und den Gefangenen interessiert.
Offensichtlich kalkulierten die Vertreter der staatlichen Apparate, daß ihnen ein polizeilicher Erfolg gegen die RAF mehr einbringen würde, als sie die Folgen des dadurch herbeigeführten Scheiterns des von der RAF einseitig beschlossenen Deeskalationskurses kosten würde.
Bei der geplanten Festnahme von Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams handelt es sich also um eine wohlüberlegte und von den möglichen Folgen her kalkulierte Provokation, selbst wenn sie ohne Tote und Verletzte vonstatten gegangen wäre, mit dem Ziel, erstens, die RAF nach ihrem erfolgreichen Angriff auf den Gefängnisneubau in Weiterstadt politisch zu schwächen, und zweitens, um die RAF erneut in der von Angriff und Vergeltung geprägten militärischen Logik festzupressen, wobei sich der Staat das gespaltene Verhältnis der RAF zu dieser Logik zunutze machen wollte, und wohl eher mit Resignation und Ratlosigkeit als Reaktion auf die Festnahmen, denn mit entschiedener Gegenwehr gerechnet hat.
Gleichwohl deuten die Umstände der Aktion in Bad Kleinen darauf hin, daß Tote zumindest billigend in Kauf genommen wurden. Wenn auch noch nicht bewiesen ist, daß die Erschießung von Wolfgang Grams von der KGT direkt als Hinrichtung geplant war, so muß den Verantwortlichen bei der Vorbereitung der Aktion klar gewesen sein, daß in polizeilichen und militärischen Spezialeinheiten wie der GSG 9 ein Selbstverständnis vorherrscht, wonach das vorangige Ziel ihres Einsatzes eher darin besteht gesuchte Personen mit allen Mitteln "unschädlich" zu machen als sie zu verhaften.
Daß sich die Wirkung der Aktion in Bad Kleinen nach dem Tod von Wolfgang Grams und des GSG 9 Beamten Newrzella vollständig gegen die in der KGT vertretenen Institutionen richten würde, war natürlich nicht beabsichtigt. Das eingetretene Chaos und die Rücktritte beweisen nur, wie sehr die staatlichen Behörden mit ihrem pathologischen Festhalten an repressiven, polizeilichen Maßnahmen gegen die RAF, und mit ihrer Unnachgiebigkeit gegenüber den Gefangenen an der Wand stehen, daß sie Ausflucht in so riskanten Manövern suchen müssen.
Jetzt versuchen sich die Heuchler/innen Kinkel und Leutheusser-Schnarrenberger in Schadensbegrenzung, indem sie ankündigen ihre Politik der "ausgestreckten Hand" fortsetzen zu wollen, nur um darüber hinwegzutäuschen, daß sie an der Planung der Aktion in Bad Kleinen beteiligt waren, und für deren Folgen verantwortlich sind!
Für uns bleibt in unserer weiteren Arbeit Folgendes festzuhalten:
Solange sich die Bereitschaft des Staates, von seinem Vernichtungswillen gegenüber der RAF und den Gefangenen abzurücken, nicht in substantiellen Schritten erweist, solange müssen wir von einem parteiübergreifenden Konsens von CDU/CSU/FDP/SPD in der Frage der Priorität von militärischen/polizeilichen Maßnahmen als Umgangsform gegenüber der RAF und den Gefangenen ausgehen.
Zu den substantiellen Schritten gehört neben der Freilassung der Gefangenen als in konkreten Schritten anzugehendes Ziel und der Einstellung der neuen Kronzeugen/innenprozesse auch der Verzicht auf die weitere Fahndung nach Mitgliedern aus der RAF.

Liebe Grüße an Birgit Hogefeld und alle anderen Gefangenen!

15.7.93 Gruppe "Freiheit für die politischen Gefangenen" (Berlin)

KALTE WELT UND BLEIERNE ZEIT ...
ZUM TODE VON WOLFGANG GRAMS UND DEN AUSEINANDERSETZUNGEN AN DER UNI FRANKFURT IN DER NACHT VON 9. AUF 10. JULI 1993

dieser staat, dessen recht auf gewalt beruht, hat keine legitimation irgendeinen menschen zu verurteilen.
diejenigen, die dieses system stützen, das tagtäglich millionen dazu zwingt ihre arbeitskraft zu verkaufen; das zehntausende, die an diesem system kaputtgehen, in gefängnisse, irrenhäuser, erziehungsanstalten sperrt, das unzählige dazu verdammt, in elendsquartieren zu leben, das die ausländischen arbeiter/innen, ohne die das kapital längst nicht mehr lebensfähig wäre, wie parasiten behandelt - sie haben kein recht uns der gewalttätigkeiten zu bezichtigen.
die beherrschende klasse, das deutsche bürgertum, das zwei imperialistische weltkriege vom zaum gebrochen hat, das millionen von jüdinnen und juden und oppositionelle in kz's abschlachtet, besitzt kein recht, revolutionäres handeln als verbrechen abzustempeln.

WOLFGANG GRAMS IST TOT.
HINGERICHTET.

es geht uns nicht darum zu wissen, welches schwein von den gsg-9-killern ihn erschossen hat, oder ob es mehrere waren, egal sind uns auch die scheinheiligen beteuerungen staatlicher funktionsträger und die ihnen unterstellten und verbundenen massenmedien, welche die "sache" aufklären sollen. es ist uns auch scheissegal, welches bild wir der herrschenden öffentlichkeit vermitteln - trugschluß für die berichterstatter der bürgerlichen medien, die das zur demo in wiesbaden entdeckt haben wollen, hämisch lächeld die friedfertigkeit, disziplin und ordnung lobten. wir können demonstrieren und handeln, letzteres haben wir an der uni bewiesen, den mord an wolfgang grams haben wir weder hingenommen, noch sind wir zur "tagesordung" übergegangen.
wir sind auf die straße gegangen und haben an der uni frankfurt barrikaden errichtet, sie mit mollis in brand gesetzt. desweiteren sind die scheiben der unicafeteria des juridicum-gebäudes eingeschmissen worden. dort wo die angehenden späteren richter und staatsanwälte fressen, sind jetzt löcher. das sollte ihnen, wie auch allen anderen späteren karrieristen und funktionsträgern mal nahe bringen wie das wohl ist, wenn mensch durch löcher im kopf- und bauchbereich hingerichtet wird.
natürlich haben wir gewalt angewendet, wenn wir gewalt anwenden, beginnen wir keine neue kette von gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. da mann uns schlagen wird kennen wir das risiko, und wenn wir gewillt sind, das auf uns zu nehmen, hat kein dritter, und am allerwenigsten die erzieher/-innen, sozialbullen und intelektuellen, das recht, uns enthaltung zu predigen, auch wenn wir in der vergangenheit die politik der raf als praxis der liquidation - erhoben zum primat der politik - immer kritisiert haben, so ist für uns autonome die solidarität und trauer für wolfgang grams als mensch und revolutionär ehrlich und ohne widerspruch. wir nehmen die letzten erklärungen der raf (zurücknahme der eskalation) sehr ernst, weil wir auch hinter ihren zeilen den menschen entdecken. für uns stellt sich die gewaltfrage qualitativ: es kommt nicht darauf an, mit der gleichen feuerkraft oder schlaueren tricks das system auf der militärischen ebene zu schwächen. weder naht der endkampf, noch kann sich dieser jemals entwickeln losgelöst von den massenkämpfen.
wir haben die bürgerliche gewalt nicht erfunden, sondern vorgefunden; die gewalt, die wir dagegen anwenden muß aber verbunden sein mit positiven momenten: der erfahrung der solidarität, der entwicklung neuer umgangsformen, wir fragen nicht, ob es prinzipiell falsch oder richtig ist, gewalt anzuwenden, für uns stellt sich die frage als praktische. wir fragen: was sind unsere interessen und wie können wir sie durchsetzen? und wie wir diese interessen durchsetzen können, das bemißt sich an der alltäglichkeit der gewalt, in denen unter mörderischen bedingungen gearbeitet werden muß? wird nicht die arbeitsdisziplin in den fabriken druch lohnsysteme, akkordterror, werkspolizei und meister gewaltsam aufrecht erhalten?
gewaltsam wird jeder versuch autonomer interessenartikulation, ansätze alternativer lebensorganisation (zb.: besetzte häuser und jugendzentren) unterdrückt. ist es auch nicht gewalt, was täglich den leuten in den arbeits- und sozialämtern widerfährt? der mensch eingeheftet als nummer staatlich fürsorgliches interessenobjektkapitalistischerverwertungsmechanismen.
gewalt kann legitim nur in dem sinne gewollt und emanzipatorisch wirksam werden, in dem sie durch die drückende gewalt einer als unerträglich allgemein ins bewußtsein tretenden situation erzwungen wird. nur diese gewalt ist revolutionär. diese gesellschaftliche situation ist längst vorhanden: durch die gewalt durch arbeit und alltag, durch rassistische gewalt gegen ausländer/innen und flüchtlinge, durch sexistische gewalt gegen frauen, durch gewalt gegen alle gegen norm und regeln verstoßenden. gegengewalt gegen systemgewalt als emanzipatorischer beitrag zur allmählichen zersetzung bürgerlich kapitalistischer normen und werte liegt einfach an. zum schluß endlich: militanter und massenhafter widerstand sind weder widerspruch noch gegensatz, sondern können in günstiger lage sich ergänzen, in noch günstigeren zusammenfallen. ihre konstellation ist die frage einer spezifischen politischen praxis.
leben und sterben lassen - to live and to let die - war der titel eines james bond romans.
wir sollten achtsam sein, daß das nicht zur zynischen maxim einer korumpierten linken wird.

FOLGENLOSE BETROFFENHEIT IST SENTIMENTAL. DESHALB GREIFT AN! SCHLAGT DANN ZU, WENN SIE ES NICHT ERWARTEN!

AUTONOME GRUPPEN

Eine Stellungnahme der Verteidigung von Birgit Hogefeld zur Vorgeschichte der Verhaftung in Bad Kleinen

Die Verteidigung von Birgit Hogefeld sieht sich angesichts der staatlichen Vertuschungen und Unwahrheiten gehalten, folgende Stellungnahme abzugeben. Zur öffentlichen Vorverurteilung unserer Mandantin, der Aufhebung der Unschuldsvermutung, der Isolationshaft, der Verlegungspraxis – diesem unsäglichen Instrumentarium der Karlsruher Behörden sei an dieser Stelle nichts weiter ausgeführt. Da es die allseits eingeforderte Wahrheit bislang schwer hat, soll vielmehr mit einer ersten Stellungnahme zum „Spitzel Klaus S." ein Schritt zur Aufklärung der „Ereignisse von Bad Kleinen" getan werden.

Die Tatsache an sich ist ja mittlerweile weitgehend bekannt: Klaus Steinmetz ist ein Polizeispitzel, er hat die Geheimdienste auf unsere Spur gebracht und damit den Einsatz dieser Killertruppe in Bad Kleinen möglich gemacht. Ohne seine Spitzeldienste würde Wolfgang heute noch leben, und wir wären beide in Freiheit.

Mit der Entscheidung der RAF, der Gefangenen und Teilen der revolutionären Widerstandsbewegung Ende der 80er Jahre für eine politische Öffnung zu allen fortschrittlichen Teilen der Gesellschaft hin war eine Gefahr verbunden, die uns allen bewußt war. Ich kann mich an viele Gespräche in unterschiedlichsten Zusammenhängen erinnern, wo wir darüber geredet haben, daß der angepeilte Neuaufbau einer breiten Bewegung für die Umwälzung der menschenfeindlichen Lebensbedingungen hier und weltweit der Gegenseite ganz neue Möglichkeiten für den Einsatz von V-Leuten oder sonstigen Spitzeln bietet, und, natürlich, du kannst nicht einerseits sagen, daß du offen auf die verschiedensten Menschen und Gruppen zugehen willst, um rauszufinden, was zusammen möglich ist für den Aufbau einer „Gegenmacht von unten" und gleichzeitig jedem Menschen, den du neu kennenlernst, zuallererst mit Mißtrauen begegnen. Trotzdem war in diesen Gesprächen das Ergebnis immer dasselbe, nämlich, daß es bei menschlicher Nähe, Intensität und Genauigkeit in den Beziehungen unter denen, die sich für diesen Kampf zusammenfinden, möglich sein muß, sich gegenseitig so gut kennenzulernen und andere in ihrer ganzen Komplexität, also auch in ihrer Widersprüchlichkeit, zu verstehen, daß man der oder dem anderen mit absoluter Sicherheit vertrauen kann.

Und trotz der wirklich bitteren Erfahrung mit Klaus Steinmetz, die zu Wolfgangs Ermordung und meiner Verhaftung geführt hat, bin ich auch in den letzten Wochen davon nicht abgekommen: Vertrauen zwischen Menschen ist möglich: Es kann überall da wachsen, wo Menschen das für ihr gemeinsames Leben wollen.

Was ist bei der Verbindung zu uns in der Illegalität mit Klaus Steinmetz falsch gelaufen, wo liegen die Ungenauigkeiten und Fehler, die zu der schlimmen Fehleinschätzung über ihn geführt haben?

Die Voraussetzung, nach der der Kontakt mit Klaus Steinmetz zustande kam, war, daß GenossInnen (denen ich mich auch heute verbunden fühle) für ihn „die Hand ins Feuer legen" wollten, sie fühlten sich also sicher, ihm vertrauen zu können.

An diese GenossInnen habe ich jetzt natürlich viele Fragen, die meisten davon werden sie sich sicher selbst stellen.

Ich hatte mich am Donnerstag (24.6.) nachmittags mit Klaus Steinmetz in Bad Kleinen getroffen, danach sind wir zusammen nach Wismar gefahren, um uns um eine Übernachtungsmöglichkeit zu kümmern. In den Medien kam: Ich hätte in den Tagen davor öfter mit Klaus Steinmetz telefoniert und ihn auch zu Hause angerufen, um mit ihm über Weiterstadt zu reden – das ist alles erfundener Unsinn. Wir hatten uns im April mit Klaus Steinmetz getroffen und damals das Treffen in Bad Kleinen vereinbart. Am Donnerstag war die Stimmung zwischen uns fast von Anfang an ziemlich gespannt, Klaus Steinmetz war offensichtlich zum ersten Mal in der Ex-DDR, und er hatte an allem was auszusetzen. Er hat alles an West-Maßstäben gemessen, und selbst die Schließfächer vom Bahnhof waren ihm zu klapprig. Den Menschen, mit denen wir zu tun hatten, ist er zum Teil mit Überheblichkeit begegnet. Ich habe ihn gefragt, warum er das so macht, alles mit diesem Blick anzuschauen, und warum ihn überhaupt nicht interessiert, was hier los ist und wie die Leute sind. Er sagte natürlich dann, daß ihn das alles interessiert. Ich habe angefangen, ihm zu erzählen, daß ich zum Beispiel 1990/91 mit jemandem einfach ziellos in der Ex-DDR rumgerannt bin, weil das in der Zeit dort noch normal war und 'ne gute Möglichkeit, mit den unterschiedlichsten Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich fand das damals sehr spannend und interessant, denn die meisten Menschen waren anderen gegenüber noch aufgeschlossen, haben über sich und ihre Situation geredet und wollten was über das Leben im Westen wissen. Heute trifft man diese Offenheit nur noch sehr selten an, eigentlich vor allem noch bei ziemlich alten Leuten. Das Gespräch mit Klaus Steinmetz ging dann aber nicht weiter, ich habe es abgebrochen, weil ich gemerkt habe, daß es ihm völlig gleichgültig ist, was ich erzähle und denke.

Ich hatte ein stark distanziertes Gefühl

Bei dem vorherigen Treffen mit ihm hatten wir vor allem zum Ende hin das Gefühl, daß er jeder inhaltlichen Diskussion ausweicht und daß er froh ist, wenn die äußeren Bedingungen ein politisches Gespräch nicht zulassen. Ich hatte ihn am Freitag auf diesen Eindruck von uns angesprochen und auf eine gemeinsame Diskussion über die Fehler der KPD in den 20er Jahren, bei der wir sehr unterschiedliche Positionen hatten – an beides konnte er sich angeblich nicht mehr erinnern. Ich war ziemlich ratlos. Überhaupt kam am Freitag jedes Gespräch nur auf meine Initiative hin zustande, von ihm gingen keine eigenen Überlegungen aus, und er hat mir öfter gesagt, daß andere GenossInnen inhaltliche Diskussionen verhindern, die er für dringend notwendig hält. Mit mir hat er eine solche Diskussion jedenfalls nicht angefangen und auch keinen Gedanken von mir aufgegriffen.

Nach eineinhalb Tagen hatte ich ein stark distanziertes Gefühl zu Klaus Steinmetz, und das hatte noch einen anderen Grund.

Am Donnerstag liefen ja in vielen europäischen Ländern die Besetzungsaktionen der kurdischen Genossen, um den eskalierten Krieg gegen ihr Volk zu stoppen. Die Reaktionen von Klaus Steinmetz auf diese Initiative waren ziemlich exakt die Reaktionen rechter Zeitungen und des Kommentators des Bayerischen Rundfunks in dem Stil: sinnloses Kamikaze, sie verspielen ihre Sympathie, jetzt werden sie natürlich verboten und ausgewiesen – ich war ziemlich wütend, weil seine ganze Haltung total distanziert und unsolidarisch war. Außerdem hat's mir noch mal gezeigt, daß er überhaupt keinen Begriff der politischen Situation, in der wir uns alle heute bewegen und Initiativen bestimmen müssen, hat. Er hat überhaupt nicht verstanden, daß die kurdischen GenossInnen wenige Alternativen zu diesen Besetzungen gehabt hätten, um hier breite Öffentlichkeit und politischen Druck gegen diesen Völkermord herzustellen. Ich fand es konsequent und richtig, daß sie sich dabei gegen eine militärische Eskalation und für diese Besetzungen entschieden haben, sie haben alle dafür viel gegeben, ihre Freiheit.

Am Freitag abend hatte ich mir überlegt, daß ich so mit Klaus Steinmetz nicht weitermachen kann, immer wieder fange ich Gespräche mit ihm an und habe dabei das Gefühl, es interessiert und betrifft ihn überhaupt nicht. Die Folge davon war, daß wir den ganzen Samstag über sehr wenig miteinander geredet haben.

Ich habe jetzt natürlich die Frage an GenossInnen, vor allem aus Wiesbaden, die ihn lange kannten, ob sie ganz andere Erfahrungen mit Klaus Steinmetz gemacht haben als die, die ich hier kurz geschildert habe.

Sicher, das Treffen mit uns in Bad Kleinen war auch für ihn nicht die Normalität, er hat ja die ganze Zeit über gewußt, daß er Wolfgang und mich den Mördern ausliefert, also, wie war das für Euch mit ihm? Worauf basiert Euer Vertrauen, wenn Ihr ihn noch am 9.7.1993 in einem Infoladen-Flugblatt vor angeblicher Denunziation schützen wollt?

Ist eigentlich seine ganze Rahmengeschichte wahr? Der Bauernhof der Eltern in der Pfalz? Der Selbstmord des Vaters? Seit wann hat er seine Spitzeldienste geleistet – hat das schon während seiner Zeit in Kaiserslautern angefangen? War er durch die drohende Haftstrafe bei dem Einbruch weiter erpreßbar geworden, sein Spitzellohn – die Umwandlung des Urteils in Bewährung? Oder hat er tatsächlich nur das Geld gewollt?

Ich finde, es liegt ganz entscheidend bei Euch, die Fehler, die zu Klaus Steinmetz gelaufen sind, so aufzuarbeiten und öffentlich zu machen, daß es mit den übrigen Geheimdienstspitzeln, die in linken Zusammenhängen Fuß fassen konnten – ich gehe davon aus, daß es sie gibt – nicht zu weiteren schmerzhaften Erfahrungen kommen kann.

Als nach diesem Sonntag in Bad Kleinen der erste Verdacht aufkam, daß Klaus Steinmetz uns verraten hat, ist mir rein gefühlsmäßig nichts zu ihm eingefallen, was für mich Verrat ausgeschlossen hätte – das geht mir bei anderen Menschen, die ich kenne, und bei allen, die ich besser kenne, anders. Gegen den Verdacht, daß Klaus Steinmetz uns verraten hat, hat für mich in erster Linie gesprochen, daß mir aus der Sicht polizeitaktischer Überlegung keine Begründung für einen Zugriff zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort eingefallen ist – aber da habe ich sie zum Glück überschätzt. Es muß so gewesen sein, daß bei BKA, BAW usw. am Donnerstag große Enttäuschung darüber geherrscht hat, daß ich allein zu dem Treffen gekommen war, das war nicht unbedingt üblich. Ich vermute, daß Klaus Steinmetz sie am Donnerstag oder Freitag darüber informiert hat, daß Wolfgang am Sonntag kommen wird; falls meine Verhaftung zu einem früheren Zeitpunkt (Freitag/Samstag) geplant war, dann ist sie aus diesem Grund verschoben worden.

Der Ablauf meiner Verhaftung und Wolfgangs Erschießung

Der Ablauf am Sonntag vor Wolfgangs Erschießung und meiner Verhaftung war folgender: Wir waren zu dritt in dieser Bahnhofskneipe (Wolfgang und ich und Klaus Steinmetz), und wir haben diese Kneipe gegen 15:15 Uhr alle drei zusammen verlassen und sind nebeneinander Richtung Unterführung und die Treppe runtergegangen. Ich bin dabei ganz links gewesen, wer in der Mitte war und wer rechts, weiß ich nicht mehr. Als wir unten in der Unterführung angekommen waren und nach rechts Richtung Ausgang gebogen sind, hat mich ziemlich sofort dieser Bulle angesprungen – das habe ich ja schon gesagt. Klaus Steinmetz ist fast zeitgleich (also Sekunden später) einige Meter weiter „festgenommen" worden. Er lag in derselben Haltung wie ich flach auf dem Boden, hinter ihm stand ein Typ mit einer Pistole im Anschlag, die auf Klaus Steinmetz gerichtet war. Ich habe ihn die ganze Zeit, bis mir diese schwarze Kapuze über den Kopf gezogen worden ist, dort in ca. 15 Meter Entfernung von mir gesehen.

Daß der VS ihn jetzt diese Lügenkonstruktion hat schreiben lassen, um ihn wieder in seine alte Spitzelposition zu hieven, fand ich schon dreist.

Aber entsetzt hat mich die Reaktion der Leute vom Wiesbadener Komitee auf diesen Brief. Es muß so sein, daß Ihr das nicht merkt, aber Ihr seid mitten dabei, dieselben Fehler, die dazu geführt haben, daß dieser Spitzel uns ausliefern konnte, zu wiederholen. Wie könnt Ihr heute nach allem, was passiert ist, die Frage, ob Ihr Klaus Steinmetz den Freund und Genossen oder ob Ihr in ihm den Spitzel und Handlanger der Mörder seht, davon abhängig machen, ob er „konkret erklären (kann), wie er dort weggekommen ist?" (so jedenfalls habe ich das in der Zeitung gelesen). Und wenn er das „erklären" könnte und wenn ich das Gegenteil nicht gesehen hätte – was wäre dann?

Es war vorauszusehen und es kommt sehr massiv in den Medien: „Erstmals V-Mann in der Kommandoebene der RAF", „V-Mann an der Sprengung in Weiterstadt beteiligt" und ähnliches – daß das nicht stimmt, weiß der VS genau. Mit der Behauptung, Klaus Steinmetz wäre an der Sprengung dieses Knasts beteiligt gewesen, soll zum x-ten Mal die Kriminalisierung von GenossInnen, die in legalen Zusammenhängen leben, vorbereitet werden. Es gibt seit Jahren immer wieder Erklärungen gegen diese Kriminalisierungslügen, in denen die RAF schreibt, wie sie organisiert ist. Aber klar, die BAW probiert es immer wieder.

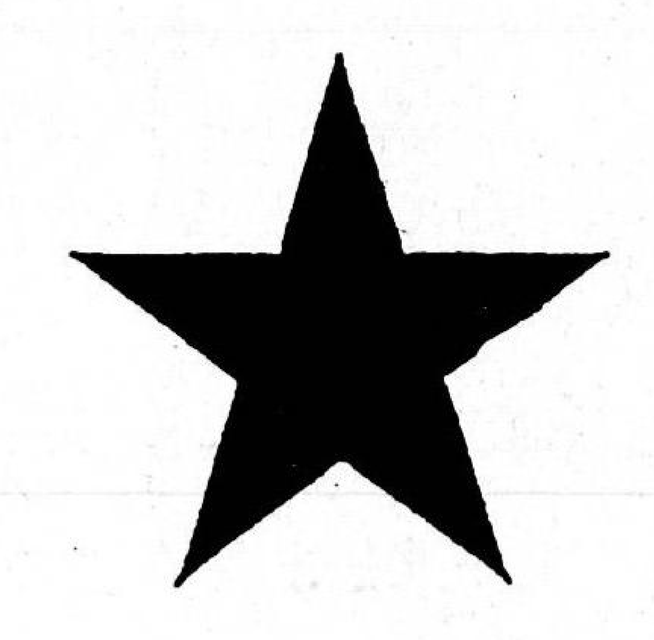
Ich selber habe lange in der Illegalität gelebt und kann sagen, daß einer wie der Klaus Steinmetz, den ich getroffen habe, niemals in die Lebenszusammenhänge dort eingeschleust werden kann. Mir liegt nichts daran, die Beziehungen, die ich in dieser Zeit gelebt und kennengelernt habe, zu idealisieren – manche Beziehungen sind sehr nahe und intensiv, zu anderen GenossInnen gibt es diese besondere Nähe und Wärme nicht – es ist so unterschiedlich, wie viele das aus ihren eigenen Lebenszusammenhängen kennen werden. Aber es gibt doch immer wieder Momente, wo du *alles* über jede und jeden weißt, ich meine damit die Grundeinstellung zum Leben, die Träume, Ängste, Hoffnungen.

Darüber hinaus entsteht unter diesen speziellen Lebensbedingungen zwischen allen eine besondere Verbundenheit, die daraus kommt, daß jede und jeder die Entscheidung getroffen hat, die anderen unter allen Umständen zu schützen, selbst wenn das mit dem eigenen Leben bezahlt werden muß. In bezug darauf besteht grenzenloses gegenseitiges Vertrauen; du legst, ohne auch nur den Bruchteil einer Sekunde zu zögern, dein Leben in die Hände deiner GenossInnen, und du bist dir jederzeit sicher, daß es dort gut aufgehoben ist. Das zu wissen und zu fühlen, war mir immer sehr wertvoll.

Der Tod von Holger Meins war ein tiefgreifender Einschnitt

Jetzt kurz zu meiner eigenen Biographie: Zu dem, was mich vor sehr vielen Jahren erschüttert und betroffen gemacht hat und meinen Lebensweg mit beeinflußt hat, gehören auf jeden Fall der Bericht eines vietnamesischen Gefangenen über die Folter in dem Gefangenenlager Poulo Condor und die letzten Notizen des sterbenden Siegfried Hausner. (Siegfried war schwerstverletzt nach Stammheim gebracht worden, er wollte mit einem Rechtsanwalt sprechen, und sie müssen ihn immer wieder gezwungen haben, Namen und Adressen von Anwälten aufzuschreiben. Er hat es mehrmals gemacht, seine Schrift wird immer zittriger – verschwimmt – Siegfried muß kurz darauf gestorben sein.)

Es war für mich beruhigend zu erfahren, daß Wolfgang nach dem Kopfschuß nicht noch mal bei Bewußtsein gewesen ist, so konnten sie ihn nicht mehr quälen.



Irmgard Möller ist jetzt im 22. Jahr in Haft, Ali Jansen wird trotz schweren Asthmas nicht freigelassen, die neue Prozeß-Welle soll gegen viele GenossInnen lebenslange Gefangenschaft zementieren, ich selber bin in Totalisolation.

In der Unmenschlichkeit und Brutalität dieses Staates gegen die politischen Gefangenen habe ich immer eine besondere Schärfe der allgemeinen Entwürdigung und Verachtung gesehen, die sich hier gegen die Menschen richtet, und ich konnte daran den Charakter dieses Systems, seinen unbedingten Vernichtungswillen gegen alle, die ihm feindlich gegenüberstehen, früh erfassen und begreifen.

Der Tod von Holger Meins – ich war damals 17 Jahre alt – war ein tiefgreifender Einschnitt in meinem Leben und hat seine Richtung mitbestimmt – genauso wie heute der Tod von Wolfgang und die Umstände seiner Tötung im weiteren Leben einiger junger Menschen eine Rolle spielen wird.

„Wir führen in vielen Sprachen den gleichen harten erbarmungslosen und opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Vernichtung des Nazismus und seiner Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und Freiheit ist unser Ziel."

Das ist der Anfang des Schwurs der KZ-Häftlinge von Buchenwald – in dieser Tradition habe ich mich, meine Lebensentscheidung und unseren Kampf immer gesehen.

kommunique der niederländischen rara zum anschlag auf das sozialministerium in den haag

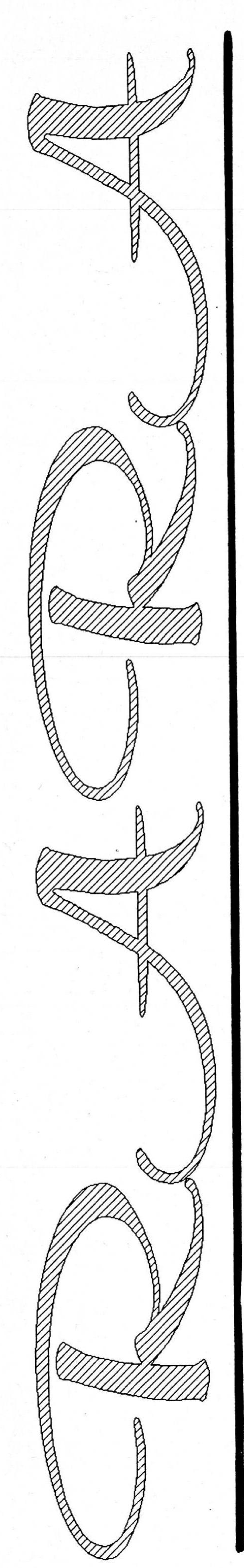
in der nacht vom 3o auf dem 1.juli haben wir nach zeitweiliger wiederholung und warnung, in der dritten etage des ministerium in den haag eine bombe zur explosion gebracht.ziel dieser aktion war die inspektion für illegale arbeit, die im ministerium ihren platz hat.
die dia(dienst inspektie arbeitsverhoudingen) hat eine spezialfunktion auf illegale.circa zwei mal per tag organisiert die dia in zusammenarbeit mit den örtlichen polizeistationen überfälle in betrieben, wo illegale vermutet werden.in den letzten jahren wurde der dienst der dia verdoppelt.
das bedeutet: mehr razzien, mehr opfer und mehr angst.mit dieser aktion wollten wir eine grenze ziehen und diesen menschenjägern für einen kurzen augenblick fühlen lassen, wie es ist gejagt zu werden.sie sollen merken wie es ist zielscheibe zu sein, sollen merken wie es ist stigmatisiert zu werden.(...)

mit diesem kommuniqué wollen wir tiefer auf die situation eingehen.

"einfach aber human"

die illegalen debatte ist so schnell verschwunden, wie sie wieder entstanden ist.ein optimist würde sagen das das die reaktionen waren von beschämenden versuchen des rottenberg und kosto's(alle im parlament von den haag der übersetzer)der abgelaufenen jahren bolkenstein rechts zu überhohlen.(bolkenstein sda)
(...)fäckelzüge, manifestationen und demonstrationen gegen rassismus geben immerhin die hoffnung, daß sich einige menschen ggen diese politik wehren.die politik hat ihren eigenen kurs, schaut zwar das die proteste massenhaft sind, schaut allerdings auch das sie innerhalb hollands bleiben.das bedeutet das sie so ungestört ihre pläne weiter verfolgen können.die hetze gegen illegale findet schon lange statt und hat eine amtliche form erhalten.eine regelrechte geschäftsführung die erklärt, daß illegale vogelfrei sind. die unterworfen sind staatlicher maßregelen die drakonisch sind und auch menschenunwürdig.
einfach aber human, hat staatssekretär von justiz kosto die sog. kommission "zeevalking" gegründet, die dafür sorgen tragen soll, das es den illegalen unmöglich gemacht werden soll hier zu leben. illegale sind problematisch, ist die kurze botschaft die in verschiedenen versionen hartnäckig durch politiker von rechts bis links verkündet wird.eine kakophonie von beschuldigungen und beleidigungen werden über diese bestimmte gruppe von menschen ausgeschüttet.
und nicht alleine über diese gruppe.

alles was nach ausländer/ausländerin aussieht steht unter dem schweren druck und verdacht am tropf zu hängen.menschen laasen sich nun einmal leicht manipulieren, wenn es um deren portemoaanie geht was leerer wird, werden könnte.so hat bürgermeister peper kürzlich gemeldet, daß ca. 1.1oo türken auf ein und dieselbe adresse gemeldet waren:"busladungen von menschen kommen aus der türkei um sozialhilfe zu kassieren und dann wieder nach die türkei reisen." (...) der ton ist gesetzt.wer denkt das die jagt auf illegale geringer wird/ist, muss enttäuscht sein.es ist eher die berühmte stille vor dem großen sturm.kosto teilt so mit, daß erst die illegalen verschwinden müssen, bevor flüchtlinge ins land dürfen.(...)



die richtung ist klar, die jagd geht weiter.

(...)

der große sprung nach vorne in das vereinigte europa, wovon wir nun zeugeIn sind wird durch eine harte aussparache begleitet.

(...)

<u>sündenböcke:</u>

dein verstand steht fast still, wenn du siehst wie mit menschen umgegangen wird.flüchtlinge die aus dem lande verwiesen werden, denen wird der mund mit klebeband zugepackt, damit die menschen im flugzeug nicht belästigt werden können.mittlerweile wird durch eine firma in den niederlanden ein integralhelm ontworfen, welcher es verhindert zu sprechen.nein, daß ist keine scene aus einem horrorfilm, dies ist realität einer politischen kommission.im sog. grens'-hospitium ist dieser horror wirklichkeit.(grenshospitium ist eine einrichtung nördlich von amsterdam wo "illegale" eingesperrt werden und verweilen müssen/ anmerkung d-übersetzer)

(...) langsam ist die neiderlande auf drakonischen kurs getrimmt. anstatt das das gegenteil behauptet wird, wird derzeit daran gearbeitet das razzien akzeptiert werden.derzeit sind es probeaktionen um zu sehen wie weit die bullen gehen können.(...)

in ganz europa ist extrem-rechts im aufmarsch.
sie machen dankbar davon gebrauch das die gesellschaft durch die politik kahlgeschoren worden ist.das undenkbare wird wieder gedaxht, das unsagbare wieder gesagt, die stiefel stampfen durch die strassen konfrontiert mit diesem aufmarsch und deren eigenen krisen in den gefestigten parteien geht diese nach rechtsaußen.(...)

<u>scheckbuch solidarität:</u>

okay, was uns betrifft ist es unmöglich zu toelerieren das ein beamter sein butterbrot damit verdient, indem er jagd auf menschen macht.(...)langsam wird rassismus normal, werden angst und gewalt eine normalität.mit unserer aktion ziehen wir eine grenze zur unmenschlichkeit.

bis zumnächsten mal

revolutionäre
anti
racistische
actie

1. juli 1993

ich denke das dieser auszug aus der rara erklärung auch in den deutschen medien behandelt werden muss.die übersetzung war und ist nötwendig, zumal rara die gleichen ziele verfolgt wie andere gruppen in der brd.

thomas kraemer
rara/ derzeit knast deutschland

Abschied von einer "autonomen" Ästhetik?

In der letzten Zeit habe ich sowohl bei bestimmten Demos, Festivitäten, Kneipenbesuchen als cuh im "Alltag" das Gefühl, daß das, was sich im weitesten Sinne als "autonome Szene" versteht, kulturell immer mehr vom "System" assimiliert wird. Wäre nicht weiter schlimm, solange die im engegeren Sinn politischen Aussagen und Aktivitäten, ihre Charaktere nicht verlieren, könnte mensch sagen. Diese Aussage legte jedoch eine Trennung der Bereiche "Politik" und "Kultur" zugrunde, wie sie bürgerlicher nicht sein kann. Geronimo hat im zweiten Band seiner "^Geschichte der autonomen Bewegung" darauf hingewiesen, daß diese am stärksten Zulauf hatte, wo sie sich nicht als Quasi-Partei verstand, sondern ästhetische Angebote in Musik, Kleidung, Zusammenleben, "Lebensstil" machte. Das war und ist zum Teil noch eng verknüpft mit der Punkkultur. Dies beinhaltet anhand der Kleildung und der Frisur offensiv dieser Gesellschaft mitzuteilen, was mensch von ihr halte, eine von den multinationalen Kulturkonzernen unabhängige "indipendent"-Musik, die allerdings genauso unter kapitalistischen Marktbedingungen produziert wurde, zu hören und derartige Konzerte zu organisieren und zu besuchen, sich äußerlich und im Konsumverhalten abzugrenzen.

Darüberhinaus ist mit dem, was eine zeitlang etwas großspurig als "autonome Gegenkutur" bezeichnet wurde, leider nicht so riesig viel passiert. Aber es war immerhin ein Ansatz.
Wenn ich heute die GenossInnen angucke, sehen viele aus wie geklonte Kudammtypen. Das Äußere ist so stromlinienförmig, daß hinter der Fassade mit der Baseballmütze genauso der Fascho von nebenan, der Bankangestellte oder was weß ich sein könnte. Das ist ein defensives Kuschen vor dem rechten Rollback. Ich rede garnichat von irgendwelchen SHARP-Skins, die sich aufgrund von Aufnähern ja meistens als solche erkennen lassen. Es sind die schicken, kurzhaarigen, modisch-teuergekleideten, PartygängerInnen, die ich außerhalb der Soli-Disco, optisch politisch nicht einordnen kann. Und, tut mir leid, den meisten nehme ich nicht ab, daß das alles Tarnung ist, und sich dahinter die militantenAktivistInnen befinden. Mit der Allgemeingültigkeit dieser Fascho-fashion auch "in unseren Kreisen", in der mensch sowohl in Kreuzberg als auch in Lichtenberg durchkommt, zeigt sich der momentane Sieg der Rechten im Kampf um die "kulturelle Hegemonität".

Das Ganze als individuelle Befreiung von früher üblichen szenekonformen Kleidungs-, Frisur- und anderen Vorschriften, find ich ziemlich kurzsichtig. Wer so unter der Repression der Szenepolizei, dem Krach der hc-Konzerte gelitten hat, muß sich ja nicht gleich als Gegenbewegung mit Technomüll und anderer Blödenmusik volldröhnen und den ganzen Kommerzscheiß mitmachen. Aber anscheinend habens viele nötig.
Ich glaube, daß viele das "Politische" vom "Privaten" trennen, letzteres kümmert sich um, soll heißen konsumiert Kultur. Darüber gibt es seit Jahren keine öffentliche Auseinandersetzung innerhalb der Scene. Stattdessen gilt die Yuppiedevise "anything goes". Die Unterscheidung zwischen "wahren" und "falschen" Bedürfnissen ist out, deshalb gibt es auch keine Maßstäbe, was konsumiert wird. Die Maßstäbe gelten nur (auch nicht immer) im politischen Bereich (anti-dies, anti-das). Durch die Einführung des Begriffs "pc" glaubt mensch diese Haltung in den kulturellen Bereich übertragen zu können. Dabei ist "pc" nur der letzte Schwindel der Kulturindustrie, um ihren Mist unter die Leute zu bringen. Mit einem vermeintlichen Bezug zu den Gettokids in den USA, den die meisten von aber nicht mal haben (denn wer von denen, die im Märkischen Viertel aufgewachsen sind, landet schon bei den Autonomen?), rechtfertigt sich dann das Tragen von USA, X oder 49ers T-Shirt. Oder habt ihr euch gar nichts dabei gedacht? Hauptsache hip. Denn die Jugendliche "Subkultur" wird sowas in der bürgerlichen Presse genannt, nicht immer zu unrecht.

All das ist eine Folge der Entpolitisierung unserer Kultur, die die Leute sich freiwillig von der Kulturindustrie aufschwatzen lassen. Wer sich was kauft sollte sich vielleicht überlegen, wie was von wem produziert wird, und ob hinter der vermeintlichen radikalen oder korrekten Botschaft nicht die kühle Kalkulation der Manager steckt, die jedes Kaufpotential ausbeuten, da? sich nicht bewußt abgrenzt.
Schließlich gibt es genug Kino-, Theater- und Konzertinitiativen, in denen nicht der neueste Hollywood-Dreck aufgeführt wird, sondern Produktionen von linken Leuten von hier, die ne Ecke mehr mit uns zu tun haben als ein Spike Lee Film. Aber diese Initativen werden nicht be- und gesucht, weshalb sie alle unter dem Existenzminimunm kreppeln. Ohne die Unterstützung und die Bewußtwerdung der Scene wird sich nie eine linke Kultur etablieren und ohne die läßt sich kein politischer Kampf gewinnen. Die Autonomen weder als abgeschottete Quasi-Partei, noch als subkultureller Amüsierhaufen der auch Demos und riots nur konsumiert, daß sollte es doch sein, oder? (Um es positiv zu sagen: nach eigenen kulturellen und politischen Maßstäben zu leben und daran auch arbeiten.)

Ein Antikulturaktivist

Tomme hus gir trøbbel

Ueber die Subkultur in Norwegen...

Durch meine Freundin Tonje, die aus Norwegen kommt, bin ich in Trondheim, der drittgroessten Stadt Norwegens gelandet. Trondheim hat ueber 130.000 Einwohner, jedoch koennten hier wesentlich mehr Menschen leben, da es viele leerstehende Wohnungen und Haeuser gibt. Die regulaere Wartezeit um eine Wohnung zu bekommen, betraegt ein Jahr. Private Wohnungen bzw. Haeuser sind fuer Ottonormalverbraucher unerschwinglich. Lediglich in einer Einrichtung fuer Jugendliche bestehen Changen auf Wohnraum - doch auch das ist nicht unproblematisch.

Die relativ grosse autonome Szene in Trondheim konnte sich mit dieser Situation nicht laenger abfinden und begann Anfang der Achtziger Haeuser und Wohnungen zu besetzen. So entstanden alternative Wohnprojekte vor allem in SvartLamon, einem Arbeiterviertel im Havenbezirk von Trondheim. Die Haeuser sind alt, klein aber meistens in bewohnbarem Zustand.

Das UFFA-Haus ist ein multikulturelles, autonomes Jugendzentrum in Trondheim. Von hier gehen politische Aktionen und Koordinationen aus, z.B. Demos, Hausbesetzungen, Infoveranstaltungen, Diskussionen, Videos etc., es gibt dreimal die Woche Volxkueche, taeglich Cafe´ und am Wochenende oft Konzerte (Hier haben u.a. FUGAZI, HELLS KITCHEN, M.D.C. und ALICE DONUT gespielt). Ausserdem sind Proberaeume, ein kleines Tonstudio, Kopiergeraete und Fax vorhanden. Es gibt einen Infoladen mit Buechern, Comix, Platten, Demotapes und T-Shirts.

Das UFFA-Haus entstand vor 10 Jahren aus einem besetzten Haus, von dem sich die Polizei weigerte es zu raeumen ("Das ist nicht unser Problem, sondern das der Kommune"). Seitdem ist es Treffpunkt aller Autonomen, Jugendlichen und Andersdenkenden aus Trondheim und Umgebung.

ES TUT SICH WAS! AUF NACH NORWEGEN!

SvartLa´mon lebt !!!



– Det er et økende problem at folk ikke overholder de sikringstiltak vi har satt i verk ved bygårder og leiligher som vi har stående tomme.

Det sier plankonsulent Rolf Krogstad i Trondheim bygg og eiendom.

– Vi forsøker etter beste evne å holde folk unna, men det er slett ikke lett.

MÅ RIVES

Krogstad sier at bare en døgnvakt kunne gitt en total sikkerhet for at ingen tar seg inn, men dette går jo slett ikke på slanke kommunale budsjetter.

Plankonsulenten sier at brannen på mange måter har gjort tingene lettere for kommunen. Riving må til for å opprettholde sikkerheten for de som ferdes i området.

OKKUPASJON

Samme natt som bugården i Elgeseter brant ned, okkuperte to ungdommer på Lademoen en deler av et hus i Biskop Darres gate.

Både vaktmestre og politi forsøkte å overtale ungdommene til å forlate kommunens eiendom frivillig, men de lyktes ikke i forsøket.

Politiet valgte å ikke fjerne ungdommene med tvang før pinsehelga. Man utelukker imidlertid ikke at man kan komme tilbake over pinsehelga.



***OKKUPERT:** «Ute» (t.v) og «Tonje» okkuperte hus på Lademoen torsdag. Forsøk på å overtale de to og andre sympatisører til å forlate stedet førte ikke fram.*

Kontaktadressen:

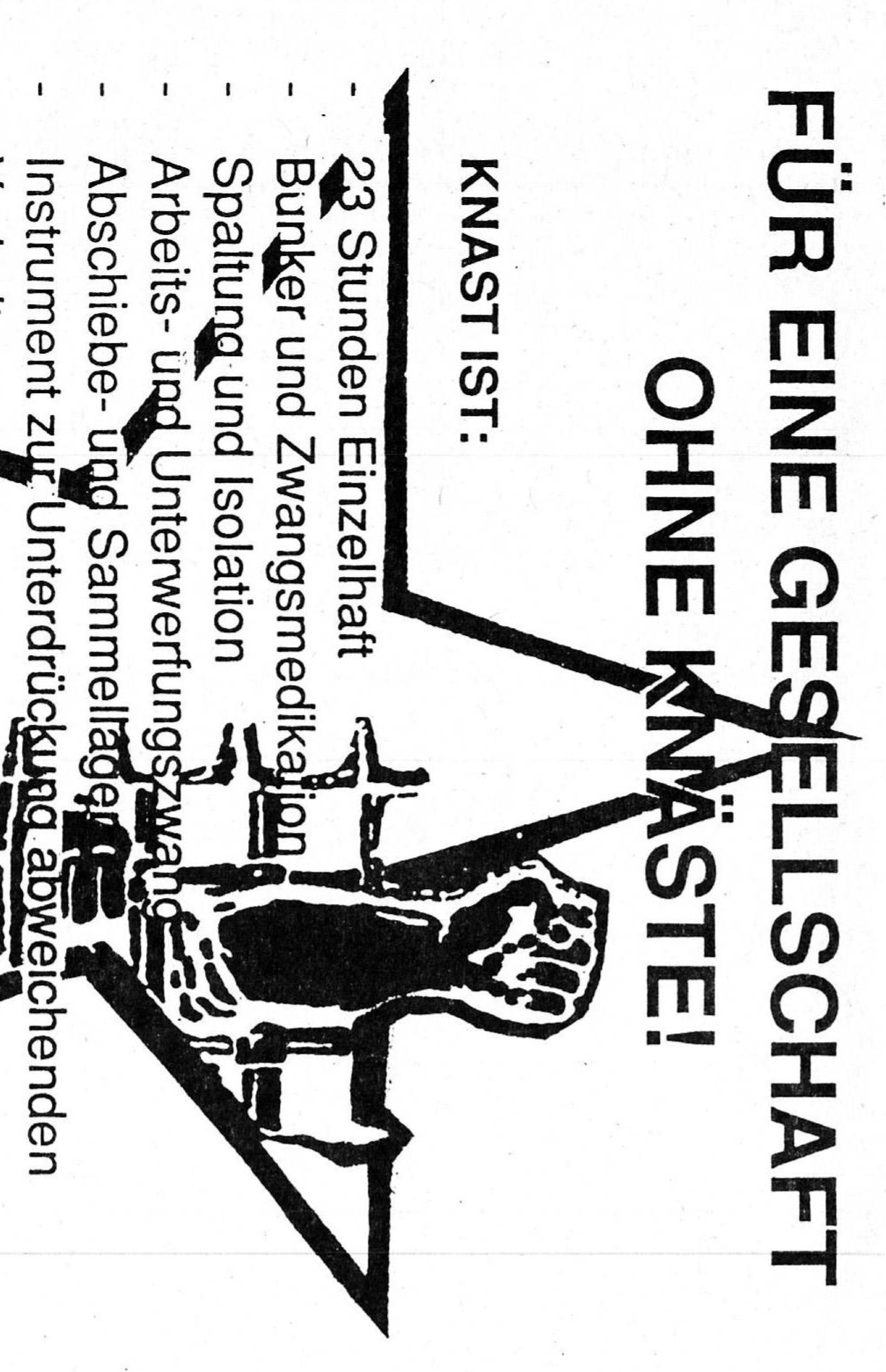
UFFA-Hus
Innherredsveien 69c
Postboks 5133 Lademoen
7002 Trondheim

B L I T Z
Pilestredet 30c
OSLO, Norwegen

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE!

KNAST IST:

- 23 Stunden Einzelhaft
- Bunker und Zwangsmedikation
- Spaltung und Isolation
- Arbeits- und Unterwerfungszwang
- Abschiebe- und Sammellager
- Instrument zur Unterdrückung abweichenden Verhaltens
- Mittel zum Machterhalt der herrschenden Klasse.



KNASTKONZERT

Von draußen für drinnen - regelmäßig vor den berliner Knästen - Free Conzert mit Infos über Knast und Repression - gegen Nazis!

SA, 31.7. 15⁰⁰

JVA PLÖTZENSEE HÜTTIGPFAD

U-BIRKENSTRASSE BUS 123 GEDENKSTÄTTE PLÖTZENSEE

AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage

Filme + Vorträge + Diskussionen

1.August Diskussionsveranstaltung mit Vortrag

Der Mythos von der deutschen Nation

»Nationalstaatsbildung, Bürgerliche Emanzipation, Kulturkampf, Völkische Restauration, Nationale Selbstbestimmung«

15.August Diskussionsveranstaltung mit Vortrag

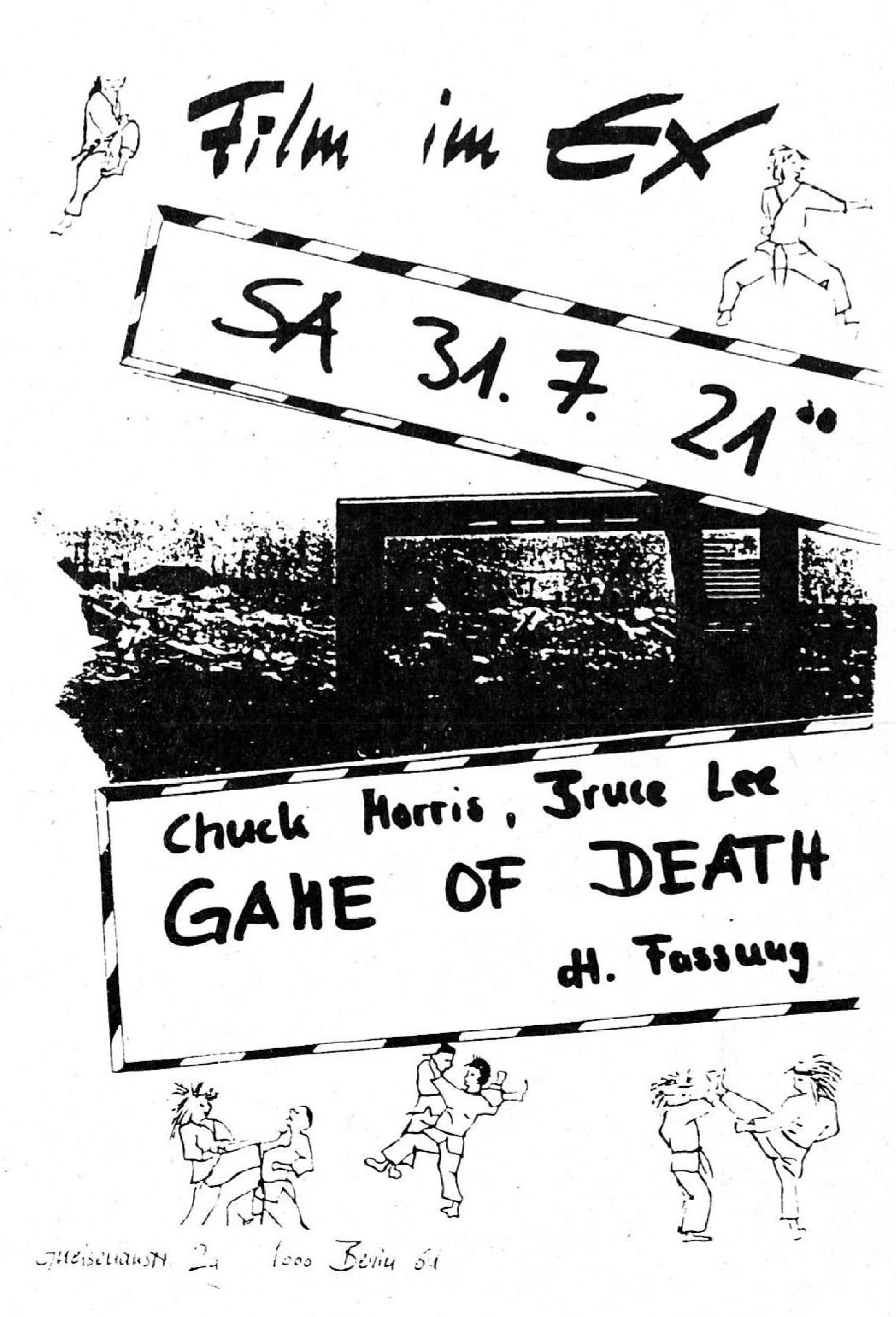
»Rechte Kerle«

Buchautor **Burkhard Schröder** berichtet über seine Recherchen in der Nazi-Szene

Café + Broschüren + Bücher

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr

V.i.S.d.P. Elvira Mayer, Badstr.17, 1-65



Liebes Ex! Während mein Opa und ich gerade Doors hören und eine rauchen, fragen wir uns, wer ist eigentlich Chuck Morris? D.S.



Termine






Do.29.07.: 19.30 Kurdistan-Infoveranstaltung; Bandito Rosso, Lottumstr.10, Mitte

Sa.31.07.: 15 Uhr Knastkonzert JVA Plötze; U-Bhf.Birkenstr.

Sa.31.07.: 21 Uhr Action-Film im Ex, Gneisenaustr.2a,1/61

So.01.08.: 17 Uhr Infoveranstaltung "Der Mythos von der deutschen Nation"; Antifa-Café Wedding, Osloerstr.12

Mi.04.08.: 20 Uhr Häuser-Treffen; X-B-Liebig, Liebigstr.34, Friedelhain

Sa.07.08.: 14 Uhr Anti-Olympia Vorbereitungstreffen; JAZ, A.-Bebelstr.92, 18055 Rostock

So.08.08.: Straßenfest in der Glasmeisterstr.; S-Bhf.Babelsberg

So.08.08.: 18 Uhr Infoveranstaltung "Widerstand gegen Militarypferderennen organisieren"; Autonomes Tierrechtscafé im Drugstore; Potsdamerstr.180, 2.OG

Mi.11.08.: 19 Uhr Anti-Olympia-VV in Rostock (wg.12.-15.08.)

Sa.14.08. oder Sa.21.08. "Wunsiedel"

So.15.08.: Infoveranstaltung "Rechte Kerle"; Antifa-Café Wedding

Mo.16.08.-Sa.21.08.: Antifa-Workcamp in Buchenwald Weimar









Gute neue Zeit

Mach die Augen zu
dreh dich um:
Der Faschismus
liegt hinter dir

Dreh dich zurück:
Was gar nicht
Faschismus sein muß
liegt vor dir

Wohin du dich drehst:
Was nicht mehr
Faschismus sein muß
liegt vor dir

Was nicht mehr
Faschismus sein muß
liegt rund
um dich her

Es bleibt nicht liegen
es reckt sich
es stemmt sich hoch
es steht auf

Halt die Hand vor die Augen
sag dir vor:
Der Faschismus
ist nirgends

Mach die Augen zu
sag dir nach:
Der Faschismus
liegt hinter dir

Erich Fried